

III. Die Konfrontation mit Arafat 1984–1986

Ende Januar 1984 bewertete die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen die politische Lage der PLO nach dem Ende der syrisch-palästinensischen Kämpfe im Libanon und hob drei wichtige Aspekte hervor: Es standen sich prosyrische beziehungsweise antisyrische Kräfte gegenüber, die um die Macht in der PLO kämpften. Beide Seiten vertraten ihre Position, ohne eine Dialogbereitschaft erkennen zu lassen. Und Arafat beabsichtigte, die palästinensische Nationalversammlung einzuberufen, um sich den eingeschlagenen jordanisch-ägyptischen, antisyrischen Kurs der PLO legitimieren zu lassen. Im Fall der weiteren Polarisierung, worunter eine von Arafat unter Ausschluss der Syrer vollzogene Neuausrichtung der PLO verstanden wurde, galt es als wahrscheinlich, dass Assad die von der SED beschriebene „gegenwärtige“ Linie verließ und entweder mit den ihm loyal verbundenen Teilen der Palästinenser eine zweite palästinensische Befreiungsorganisation formieren oder aber den Sturz Arafats herbeiführen würde⁶⁷⁸.

Beide Alternativen waren sowohl für die DDR als auch für die Sowjetunion inakzeptabel. Honecker lehnte eine so radikale Veränderung deshalb ab, weil sie das Bild einer geschlossenen arabischen antizionistischen Front des uneingeschränkt-legitimen und allseitig solidarisch unterstützten Befreiungskampfes der Palästinenser nachhaltig beschädigte und Ost-Berlin außenpolitisch vor die Wahl zwischen Arafat und der anderen palästinensischen Befreiungsorganisation stellte. Moskau wandte sich strikt gegen eine syrische Dominanz der PLO, um zu verhindern, dass Assad diese Macht gegen die Sowjetunion einsetzte⁶⁷⁹.

Der syrisch-palästinensische Konflikt wurde Anfang 1984 dadurch verstärkt, dass Arafat politisch eindeutig auf Jordanien zuing⁶⁸⁰. Die Sowjetunion wollte dies verhindern, musste allerdings zugleich Syrien in seiner Anti-Arafat-Politik bremsen und fand in Hafiz al Assad einen sehr selbstbewusst agierenden Partner. Um Arafat als Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees zu bewahren und Damaskus davon abzuhalten, eine alternative PLO zu gründen, war das ganze politische Gewicht Moskaus notwendig. Robert Freedman betont, dass sowjetisch-syrische Verhältnis unter Assad sei „a fascinating case study of the limits of a superpower’s influences on a client state, particularly when that client becomes the only lever of influence that a superpower has in a region deemed of great importance by the superpower’s leadership“⁶⁸¹. Freedman fährt fort: „All in all, the Soviet-Syrian relation since 1970 has been one in which the client State, Syria, despite its dependence on the USSR, has been able to manage its relationship with the USSR in such a way that it has obtained a very large degree of military aid and political support from the USSR, while giving very little in political obedience in return. Moscow has proved willing to pay the price, primarily because after 1976

⁶⁷⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, 31.01.1984, Bl. 6. Vgl. auch Sayigh, *Struggle*, S. 573–576.

⁶⁷⁹ So Primakov, *Arabs*, S. 240.

⁶⁸⁰ Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 648–653; Hart, *Arafat*, S. 471–474; Gowers/Walker, *Myth*, S. 238–242; Dannreuther, *Soviet Union*, S. 133–135.

⁶⁸¹ So Freedman, *Soviet Union*, S. 141.

Syria was the only major Arab State in which it could claim influence however limited that influence might be.“⁶⁸² Diesem Befund widerspricht, dass Präsident Assad wegen der Moskauer Intervention nicht noch schärfer gegen Arafat vorgeht⁶⁸³. Nach Darstellung der HV A formulierte die Sowjetunion im Frühjahr 1984 Eckpunkte, die sowohl für Syrien als auch Arafat bindend sein sollten: Die PLO bleibe der einzig legitime Vertreter des palästinensischen Volkes, eine gerechte Lösung der Palästinafrage impliziere die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, die Camp-David-Vereinbarungen und der Reagan-Plan müssten abgelehnt werden und schließlich hätten sich die wichtigsten Teilorganisationen der PLO – Fatah, DFLP, PFLP und Saïqa – zu einigen, um die vorherigen Prinzipien zu beraten und auf deren Basis „Lösungswege“ zu vereinbaren⁶⁸⁴.

Moskau definierte damit für die Palästinensische Befreiungsorganisation richtungsweisende Grundsätze. Die PLO sollte demnach vor einer syrischen Übernahme bewahrt und ihre Integrität garantiert werden, wenn Arafat sich dazu bekannte, keine Einigung mit Jordanien anzustreben, bevor die Palästinenser ihren Staat gegründet hatten. Die Sowjetunion verlangte von Arafat somit auch, dass zuerst die Versöhnung mit Syrien stattfand und danach eine einzuberufende Nationalversammlung den neuen politischen Kurs der PLO legitimierte, wobei der Vorsitzende des Exekutivkomitees niemals das Ziel eines souveränen palästinensischen Staates aus dem Blick verlieren oder gar aufgeben durfte. Dies bedeutete zugleich: Falls Arafat tatsächlich eine Vereinbarung mit Jordanien für zwingend notwendig hielt, dann war die Föderation – ein Verbund unabhängiger Staaten – das einzige Modell, das die Sowjetunion akzeptieren würde. Eine Preisgabe palästinensischer Souveränität in Form eines jordanisch-palästinensischen Bundesstaates – auch wenn dies von den Palästinensern so entschieden worden wäre – lag nicht im Interesse der KPdSU und schied als Lösung aus⁶⁸⁵. Diese Vorgaben galten auch für die Politik der SED.

Arafats Vertraute im Gespräch mit der SED

Zwischen Januar und April 1984 besuchten die nach Jassir Arafat wichtigsten Funktionäre der PLO/Fatah, Khalil al Wazir, Faruq al Qaddumi und Salah Khalaf, sowie die Vorsitzenden der DFLP, der PFLP und der Kommunistischen Partei Palästinas Ost-Berlin⁶⁸⁶. Im Juli fand zudem ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Saïqa

⁶⁸² So ebd., S. 199. Vgl. auch ders., Moscow, S. 325.

⁶⁸³ Vgl. die von Primakov, Russia and the Arabs, S. 240–245, geschilderte Intervention Anfang 1983.

⁶⁸⁴ So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 144. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 120–138.

⁶⁸⁵ Vgl. ebd., S. 120–125, 138.

⁶⁸⁶ Zu den Besuchen vgl. BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 16. 01. 1984, Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vorlage, 27. 01. 1984, Bl. 5; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vorlage, 07. 02. 1984, Bl. 28; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Bericht, o. D., ca. Februar 1984, Bl. 18–27; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3639, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 02. 04. 1984, Bl. 33; SAPMO-BArch, NY 4643/5, Schreiben Sulaiman Najabs an Friedel Trappen, 11. 05. 1984; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 138–140.

in der DDR statt⁶⁸⁷. Erich Honecker und Jassir Arafat trafen sich Anfang Februar 1984 nach dem Begräbnis des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow in Moskau⁶⁸⁸. Niemals zuvor hatte es in so kurzer Zeit einen so intensiven politischen Austausch zwischen der palästinensischen Seite und der DDR gegeben.

Khalil al Wazir, der „Verteidigungsminister“ der PLO, traf Mitte Januar 1984 mit Vertretern des Ministeriums für Nationale Verteidigung und mit dem stellvertretenden ostdeutschen Außenminister zusammen⁶⁸⁹. Wazir betonte, dass er mit seinem Besuch die seit 1982 geplanten, aber ständig verschobenen Gespräche nachholen wolle. Damit hätte im Grunde auch die noch offene ITA-Bestellung erörtert werden müssen, denn die Übergabe der seit November 1981 von der palästinensischen Militärdelegation erbetenen Rüstungsgüter stand noch immer aus⁶⁹⁰. Allerdings beteuerte Wazir, dass es nicht seine Absicht sei, „spezielle Wünsche um Unterstützung durch die NVA“ vorzubringen, sondern lediglich „den Wunsch der PLO-Führung nach einer weiteren Vertiefung der engen freundschaftlichen Beziehungen mit der DDR und nach einer Verstärkung des Delegations- und Gedankenaustausches auf allen Ebenen“⁶⁹¹. Es sei, so Wazir, „die Hoffnung des Genossen Arafat, bei baldiger Gelegenheit die DDR besuchen zu können, um Erich Honecker und dem Volk der DDR seinen Dank für die ständige solidarische Unterstützung für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes zu überbringen“⁶⁹². Außerdem versicherte Wazir: „Eine Einmischung in innere Angelegenheiten [der Palästinenser], insbesondere durch Syrien und Libyen, werde nicht zugelassen.“⁶⁹³

Diese Aussagen Khalil al Wazirs müssen als Versuch Arafats verstanden werden, gegenüber der DDR Druck aufzubauen, indem das PLO-Exekutivkomitee in die Offensive ging. Wazir kam nicht nach Ost-Berlin, um Vorwürfe zu machen oder sich über die Entscheidungen der SED zu beklagen. Unerwähnt blieben alle von Honecker gegen die Führung unter Arafat unternommenen Schritte, wie die zeitgleich mit dem Aufenthalt Wazirs stattfindende Eröffnung des Büros von ZIBADO im IHZ. Aber weil Honecker die Organisation Abu Nidal in die DDR eingeladen hatte, sie im Handelszentrum verkehrte und der SED-Staat die der Fatah feindlich gegenüberstehende Gruppe des Sabri al Banna als neuen Partner betrachtete, drängte Wazir im Namen Arafats auf ein baldiges offizielles und öffentliches Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO und Erich Honecker in der DDR. Arafat forderte einen solchen Termin in dem Bewusstsein, dass man ihn nicht abweisen konnte. Arafat ging es darum, den

⁶⁸⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3681, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 03. 07. 1984, Bl. 2.

⁶⁸⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 14. 02. 1984, Bl. 162–179. Die KpDSU, so Dannreuther, Soviet Union, S. 135, habe Arafat am Rande des Begräbnisses erklärt, dass er nur dann weiter unterstützt werde, wenn die Fatah auf die linke, innerpalästinensische Opposition u. Syrien zugehe.

⁶⁸⁹ Wazir hielt sich vom 11. 01. bis 14. 01. 1984 in der DDR auf. Eine Berichterstattung über diesen Besuch erfolgte nicht, vgl. ND, 10. 01. bis 15. 01. 1984; BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 16. 01. 1984, Bl. 1–3.

⁶⁹⁰ Vgl. ebd., Bl. 1 f.

⁶⁹¹ So ebd., Bl. 2.

⁶⁹² So ebd., Bl. 3.

⁶⁹³ So ebd., Bl. 2 f.

Widerspruch der SED-Politik aufzuzeigen, indem er die Diskrepanz zwischen dem suggerierten absolut konfliktfreien Bündnis DDR/PLO beziehungsweise Erich Honecker/Jassir Arafat und den tatsächlich gegen die politische Ausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah unternommenen Schritten implizit von Wazir zum Ausdruck bringen ließ.

Die SED konnte zwar die PLO-/Fatah-Sicherheit mit der Firma ZIBADO im Internationalen Handelszentrum konfrontieren und auch Syrien im Kampf gegen die Fatah einseitig unterstützen – Assads Auseinandersetzung mit der PLO wurde in der DDR zu keinem Zeitpunkt öffentlich thematisiert –, aber Honecker hatte die PLO-Politik bisher an den Grundsätzen ausgerichtet, nur Israel stelle die Gefahr und Ursache aller Aggression dar und Arafat sei der unumstrittene Anführer der Palästinenser. Erich Honecker war nicht imstande, Jassir Arafat jetzt öffentlich zu verleugnen. Das bedeutet, Arafat spitzte im Wissen um die sowjetischen Interessen und die ihm eigene besondere charismatische Führungskraft die Auseinandersetzung auf seine Person zu und wollte die DDR in Bedrängnis bringen: Honecker sollte ihn in Ost-Berlin vor den Augen Abu Nidals empfangen und ihm die Hand reichen. Arafat wollte provozieren. Daher betonte Wazir auch in dem Moment, in dem er Arafats Wunsch eines Besuches übermittelte, dass man die syrischen und libyschen Versuche, Einfluss auf die Entscheidungsgremien der PLO und die „inneren Angelegenheiten“ der Palästinenser zu nehmen, weiterhin entschieden bekämpfen werde⁶⁹⁴.

Faruq al Qaddumi, der Leiter der Politischen Abteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, traf rund zwei Wochen nach Wazir, Anfang Februar 1984, in der DDR ein⁶⁹⁵. Honecker erklärte ihm, zunächst müsse man prinzipiell „von der Frage nach dem Hauptfeind ausgehen. Sowohl für die PLO als auch für die DDR seien es die USA. [...] Für die PLO, deren Kampf bewiesen habe, dass man sie nicht bezwingen könne, sei es vor allem wichtig, als einheitliche Kraft weiter zu bestehen. Unter dieser Einheit verstehe die DDR nicht, dass man jeden halten müsse. Es gehe eher darum, die Festigung der Reihen auf der Grundlage beschlossener Prinzipien [zu erreichen].“⁶⁹⁶ Die DDR stehe, so Honecker weiter, „fest an der Seite der PLO. [...] Es sei möglich, dass dies Präsident Assad nicht sehr gefalle. Er hoffe, dass er durch diese, unsere Haltung gezwungen werde, über die Position seiner Freunde nachzudenken.“⁶⁹⁷

Qaddumi entgegnete, dass die PLO diesen Meinungs austausch für „nützlich“ halte, er aber zugleich auf Folgendes hinweisen wolle: „Die Hauptfeinde für die Durchsetzung einer einheitlichen arabischen Position seien die Haltung Syriens und Libyens. Er [Qaddumi] kritisierte die Haltung Syriens zu den Problemen der PLO. [...] Als Hauptursache für die Probleme der PLO nannte K. [Qaddumi] Syrien und Libyen.“⁶⁹⁸ „Der Besuch hatte Informationscharakter. Konkrete Ab-

⁶⁹⁴ So ebd., Bl. 2.

⁶⁹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2041, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 15. 02. 1984, Bl. 3.

⁶⁹⁶ So SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, 03. 02. 1984, Bl. 16.

⁶⁹⁷ So ebd., Bl. 17.

⁶⁹⁸ So BArch, DN 11/6403, Information des MfAA, 20. 02. 1984.

sprachen zur bilateralen Zusammenarbeit wurden nicht getroffen“ – mit dieser Feststellung schloss das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten seinen Bericht über das Treffen⁶⁹⁹. Selbstbewusst hatte Qaddumi Honecker die Stirn geboten. Anders als für den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR waren für den Leiter der Politischen Abteilung der PLO nicht die Vereinigten Staaten der Feind, sondern Syrien und Libyen⁷⁰⁰.

Im Gespräch mit Jassir Arafat, den Erich Honecker gut zehn Tage später in Moskau traf, ging Honecker sogar noch über das hinaus, was er Qaddumi gegenüber als „feste Haltung“ umschrieben hatte, die er möglicherweise auch zum Leidwesen Assads einnehme: „Genosse Erich Honecker versicherte Arafat der ständigen Solidarität des Volkes der DDR mit dem gerechten Kampf der PLO unter Führung Yasser Arafats [...]. [...] Genosse Honecker habe diese Meinung auch gegenüber dem syrischen Präsidenten Hafez al Assad vertreten, und ihm deutlich gesagt, dass es auch im Interesse Syriens sei, ein anständiges Verhältnis zur PLO unter Führung von Yasser Arafat zu haben. Bei aller Wertschätzung der Rolle Syriens sei die Haltung Syriens zur PLO verständlich.“⁷⁰¹

Obwohl die DDR wie die Sowjetunion nicht auf eine unmittelbare Absetzung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO und eine syrische Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation drängten, half Ost-Berlin Präsident Assad in dessen Vorgehen gegen die Fatah viel nachhaltiger, als dass es sich dafür einsetzte, den bisherigen Kurs Arafats zu unterstützen. Es war nicht das Ziel Honeckers, Damaskus dabei aufzuhalten, die politische Wende in der PLO herbeizuführen. Die SED wollte eine „antiimperialistisch-demokratische“ Führung des Exekutivkomitees implementieren, aber – anders als Syrien dies forderte – sollte Arafat diesem neu zusammengesetzten Gremium weiterhin vorstehen und für einen politischen Kurswechsel sorgen. Mit seiner doppeldeutigen Garantie gegenüber „der“ PLO, die nichts mit der Unterstützung der sie maßgeblich dominierenden Fatah zu tun hatte, versuchte Honecker Arafat und Qaddumi eine Lösung des Konfliktes mit Syrien nahezulegen, und zwar im Sinne der Prinzipien, die der Kreml 1984 formuliert hatte, die das Ende der jordanisch-ägyptischen Allianz, einen souveränen palästinensischen Staat und den Beginn einer „demokratischen“ Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, bestehend aus der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der Fatah, vorsahen⁷⁰².

Trotz allem, was seit seinem letzten Treffen mit dem PLO-Vorsitzenden im Oktober 1982 in Kuwait geschehen war, gab Honecker 1984 in Moskau vor, sich gegenüber Syrien für Arafat zu verwenden. Er wollte zudem glauben machen, dass es ihm „unverständlich“ sei, weshalb Syrien eine solche „Haltung“ einnehme. Arafat hätte die Möglichkeit besessen, auf dieses Angebot einzugehen. Die Füh-

⁶⁹⁹ So ebd.

⁷⁰⁰ Anders im Fall der DFLP: Das ZK der SED u. der Generalsekretär der DFLP „unterstrichen, dass die USA der Hauptfeind der Völker der Gegenwart ist“, so BArch, DZ 8/246, Bericht, 18. 04. 1984.

⁷⁰¹ So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 14. 02. 1984, Bl. 163 f. (Hervorhebung eingefügt).

⁷⁰² Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 120–138; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 144.

zung der PLO, die Honecker sich wünschte, entsprach aber nicht der politischen Überzeugung, die Arafat und die Fatah vertraten, sonst hätte es keine anhaltende Konfrontation mit Syrien mehr gegeben. Es ging Honecker selbstverständlich nicht darum, Arafat zu ermutigen, gemeinsam mit Jordanien eine Delegation für zukünftige Verhandlungen zu bilden, um sich damit als Gesprächspartner der Vereinigten Staaten auf die amerikanische Lösung festzulegen. Und er wollte ihn davon abbringen, eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Amman zu vereinbaren und mit König Hussain den Status des Westjordanlandes festzuschreiben, bevor ein souveräner palästinensischer Staat existierte. Das aber waren die Ziele Arafats und der Fatah.

Als Honecker Qaddumi und Arafat 1984 anbot, zwischen der PLO/Fatah und Syrien zu vermitteln, setzte er implizit voraus, dass die Fatah sich dazu bereit erklären würde, eine Umgestaltung und mehr syrischen Einfluss im Exekutivkomitee zuzulassen, um im Umkehrschluss das Bekenntnis der östlichen Staatengemeinschaft zu erhalten, dass sie die PLO vor einer direkten syrischen Übernahme oder anderweitigen Konkurrenz bewahren würde. Bedingung hierfür war jedoch, dass Arafat jede Zusammenarbeit mit Jordanien und Ägypten kategorisch ablehnte, denn dies wäre dem Eingehen auf separate Beschlüsse mit den Vereinigten Staaten gleichgekommen.

Honecker plante deshalb Anfang 1984, als er mit Arafat sprach, auch nicht, die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beziehungen mit Sabri al Banna zu beenden, sondern baute die Abu-Nidal-Kontakte zielstrebig aus. Das Zentralkomitee der SED erlaubte den Diplomaten des MfAA in Syrien schon Ende 1983 erste Verbindungen mit der Musa/Salah-Gruppe aufzunehmen⁷⁰³. Obwohl das ZK Anfang Juni 1984 ausdrücklich erklärte, diese Beziehungen dürften nicht dazu führen, dass die DDR „in die inneren Auseinandersetzungen der PLO“ involviert werde, und nur die Botschaft der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin als „Gesprächs- und Verhandlungspartner“ der ostdeutschen Regierung akzeptieren wollte, unterstützte die DDR kurze Zeit später auch Musa/Salah. Anfang November 1984 gestattete das MfS, Elektronik und Funkausrüstung an die Fatah-Putschisten zu verkaufen und erlaubte im Rahmen der Verträge auch, dass diverse Mitglieder der Gruppe in der DDR ausgebildet wurden⁷⁰⁴. Es war ebenfalls das Ministerium für Staatssicherheit, das – nachdem die Firmenniederlassung ZIBADO eröffnet war – alle Mitarbeiter des PLO-Archivs unter „operative Kontrolle“ brachte, insbesondere die Kontaktperson „Emir“. Dabei bediente man sich der IM „Gudrun“ sowie der Maßnahmen A, B und M, das heißt der Innenraumüberwachung mittels Kamera und Mikrophon, des Abhörens von Telefongesprächen und der Kontrolle des Brief- und Paketverkehrs⁷⁰⁵. Mit anderen Wor-

⁷⁰³ Vgl. BArch, DZ 8/245, Vermerk, 28. 11. 1982; PA-AA, MfAA, ZR 2708/89, Empfehlungen, 27. 09. 1983.

⁷⁰⁴ Vgl. BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55. Zur offiziellen Haltung der SED gegenüber Musa/Salah vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Vermerk, 01. 06. 1984, Bl. 124.

⁷⁰⁵ Das MfS leitete 1984 für die vier Angehörigen der PLO-Sicherheit im Objekt „Zwinger“ OPK ein, vgl. BStU, MfS, AOPK, 5259/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 1“, 07. 03. 1984, Bl. 5; BStU, MfS, AOPK, 9137/83, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 2“, 02. 04. 1984, Bl. 2; BStU, MfS, AOPK, 14037/85, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 3“,

ten: Erich Mielke versuchte etwaige Anfeindungen der Arafat-Firma Middle East Export & Import Company GmbH gegenüber dem Nidal-Unternehmen ZIBADO frühzeitig zu erkennen und auszuschließen.

Diese Maßnahmen ließen Anfang 1984 offenbar werden, wie Erich Honecker sich die Entwicklung der PLO vorstellte und auf welche Kräfte der Palästinenser die DDR ihre Erwartungen setzte. Mit den Ansichten und Absichten Arafats hatte dies wenig gemein. Unabhängig von der militanten Opposition in Form der Abu-Nidal-Politik, die als radikales Signal gelten sollte, plante Honecker die Umgestaltung der Führungsgremien der PLO. Dazu dienten ihm die Treffen mit der DFLP, der PFLP, der palästinensischen KP und der Saiqa. Die SED aktivierte jetzt die seit Sommer 1980, nach der EG-Deklaration von Venedig, initiierten separaten Parteibeziehungen zu den „progressiven“ Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, um – wie man Anfang 1984 feststellte – die „nationale Bourgeoisie“ aus der Führung der PLO zu verdrängen, und konzentrierte sich dabei auf die DFLP und PFLP⁷⁰⁶. Der palästinensischen KP sprach Ost-Berlin eine politische Bedeutung ab und die radikal prosyrische Saiqa stellte für die von der SED gewollte kollektive Führung der PLO, also dem einerseits von der Masse der Palästinenser akzeptierten und andererseits von der DFLP und PFLP dominierten Exekutivkomitee, ein Hindernis dar. Denn weder zeigte die Saiqa Kompromissbereitschaft noch wäre sie von der palästinensischen Bevölkerung als ein legitimer Teil der „Regierung“ anerkannt worden⁷⁰⁷.

Für welche politischen Ziele sich die SED-Führung einsetzte, hielt sie im Vorfeld der Beratungen mit der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, vom 10. bis 14. April 1984, fest: „Es muss davon ausgegangen werden, dass die DFLP unter den Kritikern Arafats die konstruktivste Haltung einnimmt. [...] Sie ist darauf gerichtet, die Einheit der PLO wiederherzustellen, um zu verhindern, dass die PLO als antiimperialistischer Faktor für die Nahostpolitik bedeutungslos wird. Den Kern der PLO müssen ihre größten Organisationen Fatah, DFLP und PFLP bilden. [...] Die DFLP lehnt die taktische Linie Arafats nach Tripoli (Besuch in Kairo, Gespräche mit Jordanien) grundsätzlich ab. Sie geht davon aus, dass Arafat zwar im nationalen Interesse handelt, aber illusorische Zielvorstellungen mit

17. 04. 1984, Bl. 3; BStU, MfS, AOPK, 3765/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 4“, 12. 09. 1984, Bl. 3. 1986 kamen OPK für die beiden neuen Mitarbeiter hinzu, vgl. BStU, MfS, AOPK, 3766/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 5“, 20. 01. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, AOPK, 4231/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 6“, 11. 03. 1986, Bl. 3. Zur IM „Gudrun“ vgl. Akte: BStU, MfS, AIM, 196/91. Zu den Maßnahmen A, B u. M vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 7; BStU, MfS, HA XXII, 17135, Bericht der Abteilung 26 an die HV A, 31. 12. 1984, Bl. 1.

⁷⁰⁶ Zum Zitat vgl. BArch, DZ 8/246, Vermerk, 05. 04. 1984.

⁷⁰⁷ Im Februar 1984 urteilte die SED: „Die palästinensische Arbeiterklasse [ist] objektiv und subjektiv noch nicht zum Hegemon der gesellschaftlichen Kräfte herangereift [...]. Aus diesem Grunde ist es kein Abweichen von dem historischen Führungsanspruch der Arbeiterklasse, wenn die PKP die von der nationalen Bourgeoisie beherrschte PLO als Führung der nationalen Befreiung anerkennt. Das Ziel ist vielmehr, Einfluss auf die PKP zu nehmen, um günstige Bedingungen für die Formierung der Arbeiterklasse, für ihren Kampf und ihre Mission zu schaffen“, so SAPMO-BArch, DY 30/13789, Empfehlungen, 03. 02. 1984, Bl. 40.

seinem Handeln verbindet. Die palästinensische Bourgeoisie, deren Interessen er vertritt, wird letztendlich [...] Kompromissen zustimmen, die den nationalen Interessen der palästinensischen Massen entgegenstehen. Arafats Politik dient objektiv der Ausweitung der Camp-David-Politik und der Unterlaufung des 1974 innerarabisch anerkannten Status der PLO, als einzig legitimierter Vertreter des palästinensischen Volkes zu handeln. Die Überwindung der Arafat'schen Linie bedeutet nicht den Sturz Arafats. Es gibt keine Alternative zu seiner Führung. Es muss eine neue kollektive Führung geschaffen werden, die in der Lage ist, Arafat stärker zu beeinflussen.⁷⁰⁸ In einem anderen Vermerk erklärte das Solidaritätskomitee: „Wir stimmen mit der DFLP überein, dass es keine Alternative zur Person Arafats gibt. Über Veränderungen in der Führung können nur die legitimen Organisationen der PLO entscheiden. Arafat wird als gewählter Führer des palästinensischen Volkes von der DDR respektiert.“⁷⁰⁹

Auf dem Weg zur 17. palästinensischen Nationalversammlung

Ende März 1984, zwei Wochen nach seinem Gespräch mit Honecker in Moskau, nahmen Arafat und der jordanische König den Anfang 1983 teilweise unterbrochenen Dialog wieder auf⁷¹⁰. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten stellte fest: „Die Wiederaufnahme der Gespräche mit König Hussain ist im Zusammenhang mit dem Bemühen Arafats und der ihm unterstehenden Kräfte in der PLO-Führung zu sehen, zu praktischen Schritten auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Palästinafrage zu kommen. Dieser Prozess wurde durch den Verlust des Libanon als Operativbasis für die PLO und durch die gespannten Beziehungen zu Syrien beschleunigt.“⁷¹¹ Infolge der von Arafat seit dessen Abzug aus Tripoli im Dezember 1983 initiierten ägyptisch-jordanischen Verständigung bildete sich am 27. März 1984 die sogenannte Demokratische Allianz, bestehend aus der PFLP, DFLP und KP Palästinas, die sich entschieden gegen Gespräche mit Kairo oder eine jordanische Vertretung palästinensischer Rechte aussprach, hingegen eine stärkere Orientierung der PLO an den Interessen der UdSSR und Syriens forderte⁷¹². Im Unterschied zu der von Assad gruppierten Opposition gegen den Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation erstrebte diese „Demokratische Allianz“ zur Überwindung der Probleme einen Dialog mit den politisch linken Kräften innerhalb der Fatah⁷¹³.

⁷⁰⁸ So BArch, DZ 8/246, Vermerk, 05.04.1984. Zum Aufenthalt der DFLP vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, o. D., ca. April 1984, Bl. 186–188.

⁷⁰⁹ So BArch, DZ 8/246, Gesprächshinweise, 10.04.1984.

⁷¹⁰ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 574f.

⁷¹¹ So BArch, DN 11/6403, Information des MfAA, 09.03.1984.

⁷¹² Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 575; Selim, *Nonstate Actor*, S. 275; Freedman, *Moscow*, S. 197. Rubin, *Revolution*, S. 66, erkennt ab dem Zeitpunkt der Gründung der Demokratischen Allianz eine faktische Dreiteilung der PLO in die von Arafat repräsentierte Organisation, die von Syrien beherrschte Musa/Salah-Gruppe u. jene Demokratische Allianz der DFLP, PFLP u. PKP.

⁷¹³ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 575; Selim, *Nonstate Actor*, S. 275; Rubin, *Revolution*, S. 66; Freedman, *Moscow*, S. 197.

Als Salah Khalaf Anfang April 1984 in der DDR eintraf, fügte er der Diskussion über die Absichten hinter Arafats Jordanienpolitik eine ganz neue Facette hinzu, indem er – der älteste Vertraute Arafats, der mit ihm gemeinsam die Fatah gegründet hatte – sich gegenüber dessen politischen Konzepten als ratlos und machtlos darstellte. Die Fatah sei, so Khalaf, bereit für eine Versöhnung mit Syrien, nur Arafat müsse noch „diszipliniert“ und „gedrängt“ werden, damit sein „Ableiten auf kapitulantenhafte Positionen“ verhindert werde⁷¹⁴. Der Leiter der PLO-Sicherheit lobte ausdrücklich „alles“, was die DDR bisher unternommen habe, um die progressive, nationale Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu befördern⁷¹⁵. Fünf Monate zuvor hatte er noch in Meckenheim mit dem Bundeskriminalamt verhandelt und die ihm unterstehende Firmenniederlassung der PLO-Sicherheit arbeitete im IHZ wenige Etagen getrennt von einem Büro, dessen Mieter Khalaf weiterhin seinen ostdeutschen Gesprächspartnern gegenüber als „Terroristen“ bezeichnete⁷¹⁶. Abdallah Frangi schreibt über Salah Khalaf alias „Abu Ayad“: „Es entsprach den Spielregeln, dass Arafat sein Vorgehen in jedem Fall zunächst mit Abu Ayad abstimme. [...] Abu Ayad war der Mann der schweren Aufgaben, der Panzer, der mit Argumenten die Front ins Wanken brachte. So fiel ihm zum Beispiel die Aufgabe zu, die linken Gruppen innerhalb der PLO zu zähmen, die kommunistische Partei, die demokratische Front [...]. Wie Arafat so war auch er mit allen Wassern gewaschen.“⁷¹⁷

Aus diesem Grund sollten Khalafs Worte auch lediglich der Beruhigung der SED dienen, um Arafat mehr Zeit für die Sondierungen zu verschaffen, denn noch war nicht entschieden, wann, wo und mit welchen Teilnehmern die 17. Nationalversammlung der Palästinenser stattfinden sollte. Arafat schickte Khalaf in die DDR, um ihn als den Mann zu präsentieren, mit dem die sozialistischen Staaten sein „Ableiten“ auf „kapitulantenhafte Positionen“ verhindern konnten. Egal unter welchen Umständen eine neue palästinensische Nationalversammlung einberufen wurde – Ost-Berlin sollte erfahren, dass es in der Fatah gewichtige Stimmen gab, die angeblich nicht Arafats Linie folgten und nicht für die jordanische Option votierten. Die Fatah war also fortschrittlich genug. Honecker musste nicht erst eine neue, kollektive Führung aufbauen lassen, zumal die Fatah seit April 1984 mit der „Demokratischen Allianz“ verhandelte, also anscheinend mit den von der DDR innerhalb der PLO als politisch maßgeblich angesehenen Kräften sprach, um angeblich eine Kurskorrektur zu erreichen.

Die Einberufung der 17. palästinensischen Nationalversammlung entwickelte sich bis November 1984 zum Schlüsselereignis für die weitere Beziehung zwischen der Sowjetunion und Arafat sowie zwischen der DDR und der PLO/Fatah. Am 9. Juli 1984 hatte sich die „Nationale Allianz“ als ein von Assad – in Anlehnung an die „Demokratische Allianz“ der DFLP, PFLP und Palästinensischen Kommunistischen Partei – kontrollierter Zusammenschluss der Saiqa, Fatah-Dis-

⁷¹⁴ So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 138–140.

⁷¹⁵ So ebd.

⁷¹⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Abschlussbericht, 24. 01. 1983, Bl. 156.

⁷¹⁷ So Frangi, Gesandte, S. 132f.

sidenten Musa/Salah, PFLP-GC sowie zwei weiterer Gruppen gebildet⁷¹⁸. Die „Nationale Allianz“ verstand sich im Kontext der geplanten 17. Tagung des palästinensischen Parlamentes als Basis für eine politische Alternative zur PLO und sprach Arafat und der Palästinensischen Befreiungsorganisation jede Legitimität im Kampf um Palästina ab. Das bedeutete, dass Syrien mit der „Nationalen Allianz“ einen entscheidenden formal-organisatorischen Schritt in Richtung der Proklamation einer Gegen-PLO setzte⁷¹⁹. Moskau hatte hingegen noch immer keine Lösung des Konfliktes zwischen Assad und der Fatah erreicht. Arafat und der Kreml konnten sich während des Sommers 1984 nicht einigen. Gegenüber dem syrischen Vizepräsidenten und Bruder Hafiz al Assads, Rifaat, sprach Moskau Mitte Juni 1984 laut ostdeutschen Informationen die Situation in der PLO noch nicht einmal an⁷²⁰. Nach Wertung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten verfolgte die Sowjetunion das Ziel, „mit dem Besuch [Rifaat al Assads] die große Bedeutung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu demonstrieren, was durch den Empfang auf höchster Ebene beiderseits hervorgehoben wurde“⁷²¹.

Die Führungskrise des Assad-Regimes, ausgelöst durch die mehrmonatige, gesundheitlich bedingte Regierungsunfähigkeit Präsident Assads, ließ die Sowjetunion 1984 davon absehen, mehr Druck auf Damaskus auszuüben und Arafats Position zu stärken⁷²². Assads Bruder hatte zudem im Mai/Juni 1984 versucht, die Gelegenheit zu nutzen und sich selbst als Nachfolger Hafiz al Assads an die Spitze Syriens zu setzen. Diese „Palastrevolution“ scheiterte allerdings und Rifaat al Assad musste Syrien im Juni 1984 verlassen. Er ging zunächst ins Exil nach Moskau⁷²³. Die Krise im innersten Machtbereich Syriens erschwerte es für die Sowjetunion – die zudem selbst von dem bereits krank in sein Amt gelangten, neuen KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko regiert wurde –, mit Nachdruck an der Gestaltung der syrisch-palästinensischen Beziehungen zu arbeiten⁷²⁴.

Anfang Oktober 1984 trafen sich Arafat, der sowjetische Außenminister Gromyko und Erich Honecker während der Feierlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestages der DDR in Ost-Berlin⁷²⁵. „Yasser Arafat beglückwünschte Genossen Erich Honecker zu seiner hervorragenden Rede. Besonders beeindruckt habe ihn der Bezug auf Marx und Engels, auf das Kommunistische Manifest. In der Politik der SED gibt es eine klare Linie, die von Marx und Engels ausgeht und die Theorie konsequent und schöpferisch verwirklicht. Das ist das Geheimnis der siegreichen sozialistischen Revolution in der DDR. [...] Obwohl die Lage des palästinensischen Volkes und die Situation im Nahen Osten sehr kompliziert seien, hat die

⁷¹⁸ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 575; Selim, *Nonstate Actor*, S. 275; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 162f.

⁷¹⁹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 575–579.

⁷²⁰ Vgl. BArch, DN 11/6402, Information des MfAA, 15. 06. 1984.

⁷²¹ So ebd.

⁷²² Erste Berichte über Assads Krankheit wurden im Dezember 1983 veröffentlicht, vgl. Lucien George: *La situation politique à Beyrouth demeure dominée par la maladie du président Assad*, in: *Le Monde*, 13. 12. 1983, S. 3; AFP: *Le président Assad a reçu pour la première fois depuis un mois un visiteur étranger*, in: *Le Monde*, 16. 12. 1983, S. 3.

⁷²³ Vgl. Perthes, *Political Economy*, S. 150f.

⁷²⁴ Zum Antritt Tschernenkos vgl. u. a. Freedman, *Moscow*, S. 148.

⁷²⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 287–291.

PLO-Delegation während ihrer Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der DDR neue Kraft und frischen Optimismus geschöpft. Die Begegnungen mit Erich Honecker, A. Gromyko und anderen führenden Genossen haben uns neue Zuversicht gegeben. Sie haben in uns das Gefühl erneuert, Bestandteil einer großen antiimperialistischen Bewegung zu sein. Die PLO wird in ihrem Kampf siegreich sein, weil sie mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten verbunden ist.⁷²⁶ Mit diesen Versatzstücken und inhaltlosen Formeln versuchte Arafat, das ihm gegenüber raue Klima in Ost-Berlin nicht noch unwirtlicher werden zu lassen. Auf der anderen Seite wiederum befand sich unter allen „Grußbotschaften“, die ostdeutsche Zeitungen zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR abdruckten, keine der PLO – wie schon am 27. Jahrestag, dem 7. Oktober 1976, als Arafat im Libanon zum ersten Mal gegen die syrische Armee gekämpft hatte⁷²⁷.

Das Gespräch zwischen Jassir Arafat und Andrej Gromyko habe „substanziellen Charakter“ getragen, urteilte die SED, obwohl es nur „kurz, [...] auf dem Bebelplatz am 6. 10. [1984]“ stattfand⁷²⁸. Der sowjetische Außenminister sagte: „Die PLO solle sich weiter um die Klärung des Verhältnisses zu Syrien bemühen, sich mit Syrien versöhnen. Die Sowjetunion arbeite weiter an der Lösung des Problems der Beziehungen zwischen der PLO und Syrien auf allen Ebenen. [...] Er wolle keinem einen Vorwurf machen. Die PLO soll, wenn möglich, gewisse Flexibilität gegenüber Syrien zeigen.“⁷²⁹ Arafat antwortete Gromyko: „Die PLO ist zu beliebiger Flexibilität bereit.“⁷³⁰ Gegenüber dem ZK der SED erklärte Arafat im Anschluss an das Gespräch, dass – wenn es schon zu keiner „spezielle[n] Zusammenkunft mit Genossen Gromyko“ käme – es „von größter Wichtigkeit“ für die PLO sei, dass wenigstens eine „kurze Pressemitteilung, vorbehaltlich der Zustimmung der sowjetischen Freunde, über das kurze Gespräch am Rande der Feierlichkeiten veröffentlicht würde. Vor allem angesichts der offiziellen Zusammenkunft des Genossen Gromyko mit dem israelischen Außenminister am Rande der UNO-Vollversammlung und dem Nichtzustandekommen eines Treffens des Genossen Gromyko mit Kaddoumi [Faruq al Qaddumi, Leiter der Politischen Abteilung der PLO] in New York. [...] Man dürfe den Feinden keine Gelegenheit geben, im Trüben zu fischen und das Nichtzustandekommen eines spezifischen Gesprächs für ihre Zwecke auszunutzen.“⁷³¹

Arafat legte Wert auf dieses Zeichen, um der gegen ihn gerichteten syrisch-libyschen Koalition – den „Feinden“ – zu zeigen, dass der Ostblock hinter ihm stand, obwohl es noch immer keine neue politische Grundlage für die Beziehungen der Fatah zu Syrien und der Sowjetunion nach dem zweiten Libanonkonflikt 1983 gab. Alles deutete seit Anfang des Jahres 1984 darauf hin, dass der Kreml, zum Teil paralysiert von einem kranken KPdSU-Generalsekretär und der Führungskrise in Damaskus, nur von der PLO Konzessionen verlangte, Syrien aber

⁷²⁶ So ebd., Bl. 287f.

⁷²⁷ Abgedruckt wurde im Oktober 1984 lediglich die „Grußbotschaft“ der KP Palästinas, vgl. ND, 10. 10. 1984, S. 7. Zum Jahr 1976 vgl. ND, 07. 10. bis 15. 10. 1976.

⁷²⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 289.

⁷²⁹ So ebd.

⁷³⁰ So ebd.

⁷³¹ So ebd., Bl. 291.

verschonte⁷³². Arafat wollte mit der öffentlich bekundeten Versicherung zeigen, dass er in Moskau Rückhalt genoss, um im Vorfeld der 17. Tagung des Nationalrates die von Syrien geforderte Entmachtung der Fatah zu verhindern. Ost-Berlin gab aber keine solche Erklärung ab⁷³³. Die PLO ließ dennoch über westliche Nachrichtenagenturen verbreiten, das Treffen Arafats mit Gromyko in der DDR sei „außerordentlich wichtig“ gewesen⁷³⁴.

Die weitere Annäherung zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und Jordanien hatte seit März 1984 die sowjetisch-palästinensische Krise zuge-spitzt. Auch die DDR gab der PLO-Führung eindeutig zu verstehen, dass sie einen Umbau des Exekutivkomitees anstrebte. Die konkreten politischen Beratungen fanden zwischen Januar und Juli 1984 nicht mit der Fatah, der Saiqa oder der PFLP-GC, sondern ausschließlich mit den „demokratischen“ Kräften, also der DFLP, der KP Palästinas und der PFLP, statt. Die SED wollte die politische Linke der PLO formieren, um im Vorfeld der anstehenden Nationalversammlung so viel progressiven Einfluss wie möglich auf das neu gewählte Exekutivkomitee ausüben zu können. Eine weiterhin nur von der Fatah dominierte „Regierung“ der PLO sollte es nicht länger geben. Selbst als Arafat Erich Honecker Ende August 1984 in Bukarest ankündigte, er werde diese parlamentarische Versammlung der Palästinenser „im nächsten Monat“ einberufen, und ihn „angesichts der Störma-növer Syriens“ darum bat, die Vorbereitung der Tagung mit „gegebenen Mitteln“ zu unterstützen, erwiderte Honecker lediglich, dass er „hoffe“, die bevorstehende palästinensische Nationalversammlung werde Beschlüsse fassen, die die Einheit der PLO stärkten, das heißt mehr Einfluss der progressiven Opposition zulie-ßen⁷³⁵.

Obwohl sich Honecker und Arafat bis November 1984 insgesamt dreimal sahen, bedeutete keiner dieser Termine eine ausdrückliche Unterstützung Arafats. Die Gespräche fanden am Rande allgemeiner Veranstaltungen statt. Die DDR verzichtete ganz bewusst darauf, ausschließlich eine PLO-Delegation zu poli-tischen Gesprächen unter Leitung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu empfangen, denn sie hielt dessen eingeschlagenen Weg für falsch. Der SED-Staat schloss indes im September 1984 ein neues, umfassendes Militärabkommen mit Damaskus ab, das jährliche Rüstungsexporte für mindestens 50 Millionen US-Dollar vorsah⁷³⁶. Verteidigungsminister Hoffmann betonte im Oktober 1984,

⁷³² Vgl. Freedman, *Soviet Union*, S. 194–199; Dannreuther, *Soviet Union*, S. 130–138. Vgl. auch die Aussagen des sowjetischen Außenministers gegenüber Arafat in: SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 287–291.

⁷³³ Im Gegensatz zu anderen Delegationen von Befreiungsbewegungen wurde auch kein Foto von Honecker u. Arafat veröffentlicht, vgl. ND, 06. 10. bis 15. 10. 1984.

⁷³⁴ So Salah Khalaf, vgl. Reuters: Demostración militar y ningún signo de distensión en el 35º aniversario de la RDA, in: *El País*, 08. 10. 1984, S. 5.

⁷³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, 22. 08. 1984, Bl. 277. Vgl. auch Mitteilung, 22. 08. 1984, in: Staatsverlag der DDR, *Dokumente*, Bd. XXXII, S. 276.

⁷³⁶ Vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984; BArch, DVW 1/54315, Aufstellung über die lieferbaren Erzeugnisse, 25. 09. 1984. Während seiner Reise nach Syrien im Juni 1984 führte auch Günter Schabowski, der damalige Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“ und Mitglied des

nach einem zweiten Besuch der syrischen Militärdelegation, diese Unterstützung sei „Ausdruck der sich kontinuierlich entwickelnden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien, Staaten und Armeen“⁷³⁷. Aufgrund der Vertragslaufzeit ergab sich ein Gesamtvolumen von 250 Millionen Dollar, die Ost-Berlin der syrischen Armee in Form eines niedrig verzinsten Regierungskredites anbot, im Grunde schenkte, denn Syrien erhielt bis 1988 Waren, ohne die Kredite zurückzahlen⁷³⁸.

Gemäß Artikel 5 des Abkommens erfolgte die Lieferung der „speziellen Ausrüstung“ auf der „Grundlage von Verträgen, die zwischen den zuständigen juristischen Personen (Vertragspartnern) beider Seiten abzuschließen“ waren⁷³⁹. In Verbindung mit Artikel 1, der die Rolle der „speziellen Außenhandelsbetriebe“ der DDR regelte, bedeutete diese Festlegung, dass die IHZ-Niederlassungen der syrischen Firmen 2, 4, 5, DEESI sowie ZIBADO Vertragspartner des AHB ITA sowie der IMES GmbH wurden. Die genannten Unternehmen vermittelten 1985 auf Grundlage dieses neuen Vertrages und der bestehenden Wirtschaftsabkommen Geschäfte, deren Provisionsgewinn annähernd 150 Millionen US-Dollar betrug⁷⁴⁰. Die PLO/Fatah erhielt demgegenüber 1984 100 Pistolen und 100 Maschinenpistolen im Wert von 25 000 Mark⁷⁴¹. Arafat erfuhr 1984/85, abgesehen von

ZK der SED, keine Gespräche mit Vertretern der PLO/Fatah. Die syrische KP legte Schabowski jedoch die Anti-Fatah-Politik Assads umfassend dar. Während seiner Begegnung mit Hafiz al Assad verzichtete Schabowski darauf, Partei für Arafat zu ergreifen, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2717/89, Vermerk, 20. 06. 1984; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2717/89, Vermerk, 29. 06. 1984.

⁷³⁷ So ADN: Militärs aus Syrien beim DDR-Verteidigungsminister, in: ND, 24. 10. 1984, S. 1.

⁷³⁸ Zum Gesamtvolumen vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984. Zu den syrischen Schulden vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1011, Vorlage, 08. 08. 1988, Bl. 69; BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3.

⁷³⁹ Vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984.

⁷⁴⁰ Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 432, Vermerk, 02. 12. 1985, Bl. 100f.; SAPMO-BArch, DY 30/17820, Information, 06. 02. 1985; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DI-SOS, Karton 8796, Mitteilung des TechnoCommerz an die DAHB, 12. 06. 1985; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 14. 01. 1985; BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 25. 06. 1984; BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 30. 12. 1985; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 14. 06. 1986.

⁷⁴¹ Vgl. BStU, MfS, Abt. Finanzen, 1393, Statistik über Ausgaben in Mark der DDR 1984, o. D., Bl. 138. Zu beachten sind demgegenüber auch die 1984/85 zugunsten Syriens überbrachten „materiellen Geschenke“ des MdI im Wert von rd. 400 000 Mark, vgl. BArch, DO 1/11539, Urkunde, 05. 06. 1984, Bl. 216; BArch, DO 1/11539, Urkunde, 16. 10. 1985, Bl. 204. Ob die im April 1984 vom Generalsekretär der DFLP persönlich in Ost-Berlin angefragten Waffen, unter anderem fast 6000 Raketen der Kaliber 120 u. 122 mm, 5000 Minen u. diverse Tausend Stück Munition sowie Panzerfäuste, bereitgestellt wurden, ist unbekannt, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Übersicht, o. D., ca. April 1984, Bl. 180f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Stellungnahme des Generalsekretärs der DFLP, 15. 04. 1984, Bl. 182f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Zehn-Punkte-Erklärung der DFLP, o. D., ca. April

der Bezahlung der Ausbildungskosten für die delegierten PLO-Studenten in Höhe von jährlich rund 350 000 Mark, keine anderweitige Hilfsleistung⁷⁴². Erich Honecker versagte ihm materielle Unterstützung und duldete – trotz des anderslautenden ausdrücklichen Wunsches des Ost-Berliner Botschafters der PLO –, dass die vormals für die Fatah tätige Firma 2 weiterhin im IHZ für Syrien und die Fatah-Dissidenten Musa/Salah arbeitete. Die DDR schloss mit dem Büro von Unternehmen 2 1984/85 sogar einen Vertrag im Gegenwert von annähernd einer Viertel Million US-Dollar, der die Ausbildung von Mitgliedern der Putschisten um Musa/Salah in der DDR vorsah⁷⁴³. Zwischen 1984 und 1986 schulte das SED-Regime wenige Arafat-loyale Angehörige der PLO und unterwies parallel sowohl die Fatah-oppositionelle Gruppe Musa/Salah als auch die extremistischsten, säkularen Gegner Arafats: die terroristische Abu-Nidal-Organisation⁷⁴⁴. Gemäß einer Ende November 1984 festgehaltenen Aktennotiz des MfS kann es als sicher gelten, dass Mielke jede dieser Entscheidungen nach Rücksprache mit Moskau traf und im Interesse der Sowjetunion handelte⁷⁴⁵.

1984, Bl. 184f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk o. D., ca. April 1984, Bl. 186–188.

⁷⁴² Die Kosten für einen Studienplatz beliefen sich jährlich auf rd. 11 000 Mark, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a, Übersicht, 20. 12. 1984. Zur Nichterwähnung der PLO vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066c, Statistik über die antiimperialistische Solidarität, Ergebnis 1984, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a, Übersichten und Statistiken; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984. Die Fatah-Unternehmen 3 sowie die Middle East Export & Import Company beschäftigten 1985 gemeinsam lediglich sechs Personen, wohingegen in den Büros der Firmen 2, 4, 5 sowie DEESI u. ZIBADO annähernd 35 Angestellte tätig waren. Die einzige konkret in Akten festgehaltene geschäftliche Handlung von Middle East u. Firma 3 bestand 1985 mutmaßlich im Schmuggel von Computern u. Elektronik im Wert von rd. 400 000 Mark. Auch wenn einzelne weitere geschäftliche Abschlüsse mit hoher Wahrscheinlichkeit zustande kamen, blieb deren Umfang signifikant hinter den ostdeutschen Handelsumsätzen mit der PLO-Opposition zurück, die einen Wert von mehreren Hundert Mio. US-Dollar aufwies, vgl. BArch, DL 2/6476, Bd. 1, Ergänzung zur Genehmigung, 17. 09. 1985; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Information, 28. 10. 1985, Bl. 92; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Schreiben, 12. 08. 1985, Bl. 60–62; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, o. D., ca. August 1985, Bl. 44; BTg-Drs. 12/7600, S. 209.

⁷⁴³ Vgl. BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55.

⁷⁴⁴ Zu den einzelnen Angaben vgl. BArch, DVW 1/54345, Protokoll zum Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO über die Ausbildung von Militärkadern, 19. 04. 1982; BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 1–3; Riegler, Fadenkreuz, S. 199; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24; Storkmann, Solidarität, S. 397f., 613.

⁷⁴⁵ Das MfS nahm Anfang November 1984 Rücksprache mit Moskau, ob „operatives Interesse“ an Firma 2 bestehe, denn es läge die „Bitte der PLO nach Ausweisung des A. al M. J.“ vor; im Original hieß es: „[J. A. M.], [Firma 2] IHZ [...] Auf Wunsch der PLO-Botschaft wird gegenwärtig die Ausweisung des Y. aus der DDR geprüft. Es wird gebeten, mitzuteilen, ob operative Interessen diesem Vorhaben entgegenstehen (Bitte auch in Moskau prüfen)“, so BStU, MfS, HA II, 26617, Schreiben, 06. 11. 1984, Bl. 61. Eine solche Ausweisung fand in der Folge nicht statt.

1. Die 17. palästinensische Nationalversammlung und das Hussain-Arafat-Abkommen

Mit Telegramm vom 15. November 1984 teilte die DDR-Botschaft aus Moskau mit: „Die Konsultationen im ZK der KPdSU [...] ergaben hinsichtlich der von Arafat beabsichtigten Tagung des Palästinensischen Nationalrates am 29. 11. in Amman Folgendes: [...] Die Politik der KPdSU besteht darin, auf Syrien und die PLO im Sinne eines konstruktiven Kompromisses einzuwirken. [...] Das Einwirken auf Arafat ist problematisch, weil er eine übertrieben harte Haltung der syrischen Führung demagogisch für den Ausbau seiner Position ausnutzen will. Arafat trägt gegenwärtig objektiv dazu bei, die Formierung der Gruppierung der rechten Flanke in der arabischen Welt (Jordanien, Ägypten, Teile der PLO, Irak und Saudi-Arabien), die Syrien gegenübersteht, zu erleichtern. Arafat hat eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, die ihn auf die rechte Seite der Barrikade stellt. Eine weitere Isolierung Syriens ist für uns [die KPdSU] unannehmbar. [...] Ausgehend von dieser Einschätzung wird die sowjetische Seite die Einladung nach Amman negativ beantworten.“⁷⁴⁶

Der Boykott

Die Parteiführung der SED beschloss fünf Tage später: „Die Information des Politbüros des ZK der KPdSU über die Haltung der UdSSR zum bevorstehenden Nationalkongress der PLO in Amman wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ein Vertreter der DDR wird zur Tagung des Nationalkongresses ebenfalls nicht entsandt.“⁷⁴⁷ Zuvor hatte es innerhalb der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen Auseinandersetzungen gegeben, inwiefern es „zweckmäßig“ sei, Honacker zu empfehlen, auf die von Arafat ausgesprochene Einladung zur 17. Nationalversammlung „positiv“ zu reagieren⁷⁴⁸. Friedel Trappens, der stellvertretende Leiter der Abteilung, schrieb seinem Vorgesetzten, Günter Sieber, am 16. November 1984: „Wir [die ZK-Abteilung] haben zahlreiche Argumente zusammengetragen, die unseren positiven Standpunkt erhärten. Es ist beim Stand der Entwicklung nicht auszuschließen, dass sich die Meinung unserer Freunde [in Moskau] noch ändert.“⁷⁴⁹ Aus den weiteren Ausführungen Trappens ist zu entnehmen, dass er meinte, es sei gerade jetzt notwendig, den politischen Kontakt zu Jassir Arafat nicht abreißen zu lassen und vor allem nicht die Syrer darin zu unterstützen, die Legitimität des Gipfels von Amman zu bestreiten. Deshalb sprach sich

⁷⁴⁶ So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Telegramm der Botschaft Moskau an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 15. 11. 1984, Bl. 7. Vgl. auch Dannreuther, *Soviet Union*, S. 139.

⁷⁴⁷ So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2086, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 20. 11. 1984, Bl. 2.

⁷⁴⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8. Zur Einladung vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Bericht der Botschaft Tunis an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 13. 11. 1984, Bl. 15f.

⁷⁴⁹ So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8.

Trappen dafür aus, die von Honecker geplante „Grußbotschaft“, die die ostdeutschen Forderungen nach Beteiligung der syrischen Opposition im Exekutivkomitee der PLO zum Ausdruck brachte, nicht nur an die Teilnehmer der palästinensischen Nationalversammlung, sondern an das gesamte palästinensische Volk zu adressieren⁷⁵⁰. Damit sollten auch diejenigen PLO-Gruppen angesprochen werden, die eine Teilnahme an der 17. Nationalversammlung in Amman ablehnten, weil Arafat sich nur „per Akklamation“ – wie es das MfAA der Parteispitze in Ost-Berlin meldete – die Zustimmung für die jordanische Option sichern wollte⁷⁵¹. Nach Meinung Trappens half die DDR auf diese Weise, die drohende Spaltung der PLO abzuwenden. Denn würde so verfahren, dann hätte man politische Forderungen an Arafat adressiert, die Rechtmäßigkeit der PLO aber nicht infrage gestellt; werde der Gipfel von Amman hingegen ignoriert, delegitimiere die DDR zugleich die gewählte Führung der PLO und damit auch ihre Funktion, das palästinensische Volk zu repräsentieren⁷⁵².

DDR-Außenminister Fischer schlug Erich Honecker letztlich vor, die DDR solle, so wie alle anderen sozialistischen Staaten auch, der palästinensischen Nationalversammlung von Amman fernbleiben⁷⁵³. Es ist nicht bekannt, dass die von Trappen favorisierte Grußbotschaft tatsächlich abgegeben wurde. Honecker scheint vielmehr den „Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, der ebenfalls auf den 29. November 1984 fiel, gewählt zu haben, um Jassir Arafat offiziell mitzuteilen, dass die DDR es als „Voraussetzung für den Sieg der gerechten palästinensischen Sache“ ansah, eine „enge Kampfgemeinschaft aller patriotischen arabischen Kräfte“ herzustellen – was Syrien mit einschloss⁷⁵⁴. Aber weder dieses Telegramm noch der erste offizielle ostdeutsche Boykott einer palästinensischen Nationalversammlung aus Protest gegen Arafat und als Zeichen der Ablehnung seiner Politik konnten verhindern, dass er sich durchsetzte. Bereits die Entscheidung für die jordanische Hauptstadt als Tagungsort war richtungsweisend für den Inhalt der von Arafat beabsichtigten Beschlüsse. Mit dieser Nationalversammlung wollte er den Grundstein für ein engeres Bündnis mit Jordanien legen, um gemeinsam mit König Hussain eine Lösung zu entwerfen, die es erlaubte, als Partner an der Seite Ammans über die politische Zukunft des Westjordanlandes mit den USA zu verhandeln⁷⁵⁵. Moskau hielt dies – wie es im Telegramm vom 15. November 1984 hieß – für „unannehmbar“; Arafat hatte die Fronten gewechselt und stand nun auf der falschen Seite der Geschichte, nämlich rechts der Barrikade⁷⁵⁶.

⁷⁵⁰ Vgl. ebd.

⁷⁵¹ So BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 05. 12. 1984, Bl. 47. Vgl. auch Sayigh, *Struggle*, S. 574–576; Tessler, *Conflict*, S. 653f.; Freedman, *Moscow*, S. 201f.; Ma'oz/Sela, *PLO*, S. 111f.; Hart, *Arafat*, S. 476–482; Rubin, *Revolution*, S. 67–69; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 66.

⁷⁵² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8.

⁷⁵³ Vgl. ebd., sowie die handschriftlichen Ergänzungen, Bl. 9. Vgl. auch Dannreuther, *Soviet Union*, S. 138f.

⁷⁵⁴ So Schreiben, 29. 11. 1984, in: Staatsverlag der DDR, *Dokumente*, Bd. XXXII, S. 277.

⁷⁵⁵ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 574–579.

⁷⁵⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Telegramm der Botschaft Moskau an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 15. 11. 1984, Bl. 7.

Die von der Fatah kontrollierte 17. Nationalversammlung verabschiedete am 29. November 1984 die von Arafat gewollte Neuausrichtung der PLO – trotz des Fernbleibens der von Assad kontrollierten Parteien, der DFLP sowie der PKP. Letztere war erstmals zu einer solchen parlamentarischen Versammlung zugelassen worden und hätte damit theoretisch Mitglieder des Exekutivkomitees stellen können; der DFLP hatte der Kreml einen Verzicht auf die Entsendung von Delegierten nachdrücklich empfohlen⁷⁵⁷. Damaskus und Tripolis erklärten umgehend, die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Arafat übe Verrat am palästinensischen Volk und es müsse jetzt eine Gegen-PLO entstehen⁷⁵⁸. Die Organisation Abu Nidal bezichtigte Arafat und Khalaf einer Zusammenarbeit mit amerikanischen und israelischen Sicherheitsdiensten und erschoss im Auftrag Syriens jordanische Diplomaten in Bukarest und Athen sowie ein Mitglied des PLO-Exekutivkomitees⁷⁵⁹. Khalil al Wazir warf wiederum dem Assad-Regime vor, sein Agieren gleiche „arabischem Zionismus“⁷⁶⁰. Der Konflikt zwischen Syrien und Arafat wurde mit der 17. Nationalversammlung wesentlich verschärft, denn die neue Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die machtpolitisch identisch mit der alten war, hatte die PLO demonstrativ in das antisyrisch-sunnitische Lager Jordaniens, Ägyptens, des Irak und Saudi-Arabiens integriert, aber „Jordan was at the forefront of an overall effort to nullify the recent gains of the Tehran-Damascus axis“⁷⁶¹.

Mit Abschluss der 17. palästinensischen Nationalversammlung hatte sich für die SED das Dilemma zwischen Anerkennung der legitimen Führung der PLO und einer notwendigen Absetzung der Fatah zu einer veritablen Krise entwickelt – wobei Syrien im Begriff war, die alternative palästinensische Befreiungsorganisation zu konstituieren. Der Militärattaché Arafats in der DDR fasste die Ergebnisse der Versammlung von Amman zutreffend zusammen: „Mit dieser Tagung wurde eine personelle und politische Teilung (de facto) der PLO erreicht. Es existieren zwei politische Grundrichtungen: 1. diejenigen, die eine politische Lösung über Jordanien und Ägypten für möglich halten, und die Annäherung an den Reagan-Plan suchen. [...] Dies ist die Grundrichtung der Fatah unter Arafat und des 17. Palästinensischen Nationalrates. 2. diejenigen, die eine politische Lösung mit den natürlichen Verbündeten und den bisherigen Freunden und aus eigener Kraft erreichen wollen. [...] Zu einer endgültigen Spaltung könnte es kommen, wenn die anderen Teilorganisationen sich zu einem eigenen Kongress finden.“⁷⁶²

Jassir Arafat und Salah Khalaf hatten am Tag der Gipfelbeschlüsse von Amman Amin al Hindi und Atif Bsisu nach Ost-Berlin entsandt, um dort die befürchteten Konsequenzen einer ostdeutschen Reaktion abzumildern; am 16. November, eine

⁷⁵⁷ Vgl. Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 122; Rubin, *Revolution*, S. 67; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 66. Zur Einflussnahme auf die DFLP vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 575–577.

⁷⁵⁸ Vgl. ebd., S. 577f.

⁷⁵⁹ Vgl. ebd., S. 578.

⁷⁶⁰ So ebd.

⁷⁶¹ So Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 122–125. Vgl. auch Sayigh, *Struggle*, S. 574–578; Tessler, *Conflict*, S. 648–654.

⁷⁶² So BArch, VA-01/42409, Vermerk, 30. 11. 1984, Bl. 114.

Woche vor dem Gipfel in Amman, hatte Khalaf noch persönlich mit Markus Wolf, einem der Stellvertreter Mielkes und Chef des Auslandsgeheimdienstes, gesprochen. Bsisu und Hindi bagatellisierten nach dem 17. Gipfel den Boykott der Sowjetunion und erklärten zugleich, die Beschlüsse lägen „leider nicht auf dem erforderlichen Niveau“, aber dies bedeute keine Veränderung der „strategischen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und speziell mit der DDR“⁷⁶³. Arafat sei zudem keineswegs „enthusiastisch“, sondern nur mit „erheblichen Stimmenverlusten“ wiedergewählt worden⁷⁶⁴. Khalaf präsentierte sich vor dem Gipfel von Amman erneut als verlässlicher Partner Ost-Berlins, der Einfluss auf die Fatah und Arafat nehmen könne, was freilich Heuchelei war. Seit dem Putschversuch im Mai 1983 gab es keinerlei Illoyalität der engsten Mitarbeiter an der Führungsspitze mehr⁷⁶⁵. Khalaf hielt auf der 17. Nationalversammlung die offizielle Rede der Fatah, in der er Syrien alle Schuld an den Konflikten mit der PLO zuwies; Assad habe seit 1976 versucht, die Palästinensische Befreiungsorganisation zu unterdrücken und zu beherrschen⁷⁶⁶. Geschickt verstanden es alle drei Fatah-Funktionäre, die enge Vertraute Arafats waren, in Ost-Berlin glauben zu machen, sie müsse man konsultieren und nicht die DFLP, PFLP, PKP, Saiqa, Musa/Salah, Nidal oder Syrien. Selbst Markus Wolf hob nach seinem Gespräch hervor, dass Salah Khalaf sich als die „Führungspersönlichkeit der nationalen Kräfte in der Fatah im Verlauf des PNR weiter profiliert“ habe⁷⁶⁷. Wolf stellte sich hinter die PLO-Sicherheit, die Khalaf leitete und der auch Hindi und Bsisu angehörten. Sie waren die vermeintlich „progressivsten“ Teile einer ansonsten antisozialistischen Fatah.

Es dauerte mehrere Wochen, bis die SED die neue Linie ihrer PLO-Politik nach den Beschlüssen von Amman festgelegt hatte. Erst kurz vor Weihnachten 1984 erteilte das MfAA Weisung über die offizielle Reaktion⁷⁶⁸. Es hieß nun, die DDR werde weiterhin die gewählten Führungsorgane der PLO als die „legitime Repräsentanz“ der Palästinenser ansehen, „mit denen die Beziehungen fortgesetzt“ werden sollten, keinesfalls würde Ost-Berlin einer zweiten Befreiungsorganisation zum Durchbruch verhelfen⁷⁶⁹. Dies entsprach der sowjetischen Politik, deren

⁷⁶³ Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Schreiben, 30. 11. 1984, Bl. 15–20.

⁷⁶⁴ Vgl. ebd., Bl. 17.

⁷⁶⁵ Zum Auftreten Khalafs in Ost-Berlin vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Vermerk, 16. 11. 1984, Bl. 35–38. Nach dem versuchten Putsch im Mai 1983 schlossen sich im Folgejahr zwei Leiter von PLO-Büros in Europa Assad an: Ribī Awad und Amar Talab, Arafats Vertreter in Helsinki bzw. in Warschau. Dies blieben die prominentesten Fälle von Übertritten hoher Fatah-Funktionäre zur syrischen Anti-Arafat-Opposition. Die finnische Vertretung der PLO leitete ab Sommer 1984 Zuhair al Wazir, der Bruder Khalil al Wazirs, vgl. UMA, 13-4, Lāhi-itā (PLO), Bericht des Nahostreferates an den Minister, 01. 10. 1984 (finnischsprachiges Original); UMA, 13-4, Lāhi-itā (PLO), Note des PLO-Büros, 26. 01. 1984; UMA, 13-4, Lāhi-itā (PLO), Note der PLO, 27. 03. 1984 (arabischsprachiges Original); UMA, 13-4, Lāhi-itā (PLO), Note des PLO-Büros, 03. 02. 1987; Gasztold-Señ, Geopolitics, S. 145.

⁷⁶⁶ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 576f.; Tessler, Conflict, S. 615.

⁷⁶⁷ So BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Schreiben, 30. 11. 1984, Bl. 21.

⁷⁶⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben, 19. 12. 1984, Bl. 68f.

⁷⁶⁹ So ebd. In diesem Sinne versuchte die SED auch zu verhindern, dass die – so das Solidaritätskomitee in einem Bericht Anfang 1985 – rein faktisch bereits eingetretene „Spaltung“ der palästinensischen Studentenschaft in der DDR tatsächlich zur formell

wichtigste Aufgabe – trotz allen Dissenses mit Arafat – darin bestand, Syrien vom letzten Schritt einer solchen Gründung abzuhalten⁷⁷⁰. Honecker verfügte allerdings, die politischen Beziehungen mit der Arafat-Opposition in jeder Hinsicht auszubauen und vor allem konkrete Ergebnisse bei der „antiimperialistischen“ Neuausrichtung der PLO zu erzielen. Gemeinsam mit den vermeintlich linken Kräften in der Fatah, die von Salah Khalaf angeführt wurden, und den „progressiven“ Mitgliedern der PLO, vor allem der DFLP, versuchte die SED, die Folgen der Gipfelbeschlüsse von Amman nachträglich zu korrigieren, ohne die gewählte palästinensische Führung für illegitim zu erklären⁷⁷¹. Dabei konnte sich die Parteispitze um Honecker offenbar nicht vorstellen, dass Arafat noch weiter von der östlichen Gemeinschaft abrücken würde und trotz der ihm in Form des Boykottes der 17. Nationalversammlung gezeigten Missbilligung mit Jordanien zusammenarbeiten wollte, um eine Lösung der Palästinafrage zu erreichen.

Arafat und Hussain: Der Verrat am palästinensischen Volk

Diese Annahme der DDR erwies sich am 11. Februar 1985, als Arafat und der jordanische König das sogenannte Hussain-Arafat-Abkommen unterzeichneten, als falsch⁷⁷². Mit dieser Vereinbarung erkannte die PLO faktisch den Staat Israel an und wollte eine Konföderation mit Jordanien in den von Israel geräumten Gebieten, die 1967 erobert worden waren, gründen. Alle weiteren politischen Schritte sollten von einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation beschlossen werden⁷⁷³. Das Hussain-Arafat-Abkommen „signalled a final rupture in Palestinian ranks“⁷⁷⁴. Syrien und Libyen proklamierten wenige Tage später die „Nationale Palästinensische Errettungsfront“, bestehend aus den Mitgliedern der „Nationalen Allianz“, also der Saiqa, der Fatah-Opposition Musa/Salah, der PFLP-GC und zwei weiteren Gruppen inklusive der Organisation Abu Nidal sowie erstmals auch der PFLP⁷⁷⁵.

Arafat hatte mit dem jordanischen Abkommen gegen drei Vorgaben Moskaus verstoßen: Erstens widersprach die Vereinbarung dem Grundsatz, nach dem vor einer Union, Konföderation oder anderweitigen Verbindung mit Jordanien ein souveräner palästinensischer Staat existieren sollte. Zweitens gab Arafat den Anspruch auf, allein für die Palästinenser zu kämpfen, indem er Jordanien freiwillig eine Mitsprache bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zugestand, obwohl nur die PLO von den sozialistischen Staaten als die ausschließlich legitimierte Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt wurde. Und

erklärten Gründung einer zweiten studentischen Vertretung der Palästinenser in der DDR führte, vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04. 01. 1985, Bl. 1-3; BStU, MfS, HA XX, 2074, Bericht, 03. 04. 1985, Bl. 241-243.

⁷⁷⁰ Vgl. Primakov, *Arabs*, S. 240-245.

⁷⁷¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben, 19. 12. 1984, Bl. 68f.

⁷⁷² Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 578; Tessler, *Conflict*, S. 654; Habib, *Hussein*, S. 50.

⁷⁷³ Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 654-656; Sayigh, *Struggle*, S. 579. Zum Wortlaut des Abkommens vgl. Hussain-Arafat Accord, 11. 02. 1985, in: State of Israel, *Israel's Foreign Relations*, www.mfa.gov.il/MFA (12. 03. 2011).

⁷⁷⁴ So Sayigh, *Struggle*, S. 579.

⁷⁷⁵ Vgl. ebd., S. 579f. Vgl. auch Kurz, *Fatah*, S. 108; Selim, *Nonstate Actor*, S. 275.

drittens führte er mit dem jordanischen Abkommen die Palästinafrage einer Lösung zu, die dem totalen Ausschluss der Sowjetunion gleichkam, denn Jordanien war der Verbündete Amerikas⁷⁷⁶.

Der Kreml ließ daher Ost-Berlin Mitte März 1985 wissen, wie mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zukünftig umzugehen sei, und informierte die SED über Arafats Empfang in Moskau. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO hatte gut vier Wochen nach dem Abkommen mit König Hussain an der Trauerfeier für den verstorbenen Generalsekretär Tschernenko teilgenommen⁷⁷⁷. Arafat sei während seiner Anwesenheit in Moskau „von einem schweigenden Nicht-Verständnis umgeben“ gewesen und habe lediglich mit dem Sekretär des Solidaritätskomitees sprechen können⁷⁷⁸. Die KPdSU urteilte, Arafat habe mit seiner Entscheidung zugunsten Jordaniens der palästinensischen Bewegung „einen Schlag ins Gesicht“ versetzt; die Fatah wolle eine Politik im Geiste von Camp David betreiben: „Arafat selbst versucht die prinzipielle Haltung der UdSSR durch den Gebrauch solcher Worte wie ‚versteht‘, ‚unterstützt‘ zu vernebeln. [...] Es gibt den deutlichen Versuch, eine Lösung nach amerikanischer Manier zu erreichen. [...] Er hat bisher keine Antwort auf seine Botschaft erhalten.“⁷⁷⁹

Weil der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO gegen alle elementaren Grundsätze der sowjetisch-sozialistischen Palästinapolitik verstoßen hatte, forr Moskau ab dem Februar 1985 die offiziellen Kontakte zu ihm und der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein. Arafat wurde nicht mehr von der Partei empfangen und erhielt keine weiteren Antworten auf etwaige Botschaften⁷⁸⁰. Sein Aufenthalt im März 1985 war der vorläufig letzte in der Sowjetunion bis April 1988⁷⁸¹. Da die KPdSU bereits vor der 17. Nationalversammlung erklärt hatte, Arafat habe eine prinzipielle Entscheidung getroffen und stehe rechts der Barrikade, begann sie nach dem Abkommen vom 11. Februar vom bisher gültigen Grundsatz, dass es zu Arafat keine Alternative gebe, abzurücken. Denn der Schaden, der bei einer erfolgreichen Implementierung des Hussain-Arafat-Abkommens drohte, war deutlich größer als die Risiken eines Wechsels an der Spitze der PLO. Es galt zu verhindern, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation für Moskau verlorenging und Syrien eine endgültige Spaltung vornahm⁷⁸². Und so erklärte man der SED Ende März 1985: „Die KPdSU sieht den Kern der Sache nicht im Schicksal von Einzelpersonen, sondern in der Erhaltung der PLO auf antiimperialistischer Position.“⁷⁸³

⁷⁷⁶ Vgl. Dannreuther, *Soviet Union*, S. 120–140.

⁷⁷⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94f.

⁷⁷⁸ So ebd., Bl. 94.

⁷⁷⁹ So ebd., Bl. 94f.

⁷⁸⁰ Winter, *DDR*, S. 85, unterstreicht, Moskau habe die Beziehungen mit Arafat im Februar 1985 „auf Eis gelegt“. Vgl. auch ders., *Bemerkungen*, S. 158; Robbe, *DDR*, S. 564. Golan, *New Thinking*, S. 65, beruft sich auf ein ab 1985 geltendes sowjetisches Verbot der materiellen Unterstützung zugunsten der Fatah/PLO. Vgl. auch Dannreuther, *Soviet Union*, S. 120–125, 137–139; Freedman, *Moscow*, S. 202f.; Sayigh, *Palestinians*, S. 142.

⁷⁸¹ Vgl. Kapeliouk, *Arafat*, S. 284; Dannreuther, *Soviet Union*, S. 140f., 161.

⁷⁸² Vgl. ebd., S. 139–149.

⁷⁸³ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94.

Einer der Stellvertreter Erich Mielkes, Gerhard Neiber, sagte im Mai 1985 in wenigen Worten klar und deutlich, was Ost-Berlin nach der Vereinbarung zwischen der PLO und Jordanien erreichen wollte: „Die DDR unterstützt nach wie vor den gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, dessen legitimer Vertreter die PLO mit ihrem gewählten Vorsitzenden Y. Arafat ist. Das bedeutet nicht, dass wir der Person des PLO-Vorsitzenden kritiklos gegenüberstehen. Auch er hat Fehler gemacht, die die Einheit der PLO infrage stellen und zu den gegenwärtigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen führten. Jetzt kommt es darauf an, die Einheit der PLO zu wahren und die Pläne der USA im Nahen Osten zu Fall zu bringen. Arafat, als Integrationsfigur der palästinensischen Widerstandsbewegung, muss auch durch den Einfluss der sozialistischen Staaten diszipliniert und ein Abgleiten in rechte Positionen verhindert werden. [...] Dazu ist es notwendig, dass das Abkommen Arafat-Hussain zu Fall gebracht wird.“⁷⁸⁴

Die Sätze Neibers und die Mitteilung der KPdSU umrissen die Bedingungen der sowjetisch-sozialistischen Politik nach dem Abkommen zwischen Jassir Arafat und König Hussain: Es galt, dem jordanisch-amerikanischen Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein Ende zu setzen, aber zugleich die Einheit der PLO zu bewahren, also das Abspalten einer neuen Palästinensischen Befreiungsorganisation beziehungsweise das Entstehen der syrischen Gegen-PLO zu verhindern. Die PLO-Politik der DDR orientierte sich ab März 1985 an der Maßgabe, Arafat – als der „Integrationsfigur der palästinensischen Widerstandsbewegung“ – ultimativ zu verstehen zu geben, dass eine sofortige Umkehr notwendig sei, „um die negative Entwicklung [...] in der PLO aufzuhalten“⁷⁸⁵. Im besten Fall sollte Arafat diese Wende vollziehen, indem er das Abkommen mit Hussain aufkündigte und eine kollektive Führung des Exekutivkomitees zuließ. Falls kein Konsens in dieser Hinsicht erreichbar schien, dann musste ein Kurswechsel ohne ihn erfolgen. Das Abkommen zwischen König Hussain und Jassir Arafat lag für die DDR und die Sowjetunion klar jenseits aller akzeptablen Lösungen⁷⁸⁶. Wie loyal konnten beziehungsweise mussten demzufolge Erich Honecker und das SED-Regime noch zur Person Arafats stehen? Wie weit konnte oder musste Ost-Berlin nach dem 11. Februar 1985 gehen, um zu verhindern, dass Arafat und Hussain tatsächlich Fakten schufen und dieses jordanisch-palästinensische Abkommen Ergebnisse zeitigte?

Die DDR legte im Frühjahr 1985 in Übereinstimmung mit der Sowjetunion die Reihenfolge der Prioritäten ihrer Politik gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation fest: Das Abkommen zwischen Arafat und Hussain war zu annullieren und dabei war primär darauf zu achten, die Spaltung der PLO zu verhindern. Falls die palästinensische Vereinbarung mit Jordanien nur aufgekündigt werden konnte, indem man sich von einzelnen Führungspersonen der Palästinensischen Befreiungsorganisationen trennte, durfte man auch vor einem Sturz

⁷⁸⁴ So BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58.

⁷⁸⁵ So BStU, MfS, ZAIG, 6745, Vermerk, o. D., Bl. 87.

⁷⁸⁶ Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58. Eine anhand der Quellen nicht nachweisbare Auffassung vertritt Winter, Bemerkungen, S. 158; ders., DDR, S. 85; Robbe, DDR, S. 563f. So auch Polkehn, DDR, S. 38.

Arafats nicht zurückschrecken. Aber das Risiko, dadurch die Einheit der PLO zu verspielen, musste gering sein. Diese Rangfolge der ostdeutschen Prioritäten war es, die Honeckers Anti-Fatah-Politik vor und nach dem 11. Februar 1985 voneinander unterschied. Oberstes Ziel der PLO-Politik war und blieb es aus Sicht Ost-Berlins, die Palästinensische Befreiungsorganisation als „antiimperialistische“ Potenz des Klassenkampfes zu erhalten. Verändert hatten sich indes die Bewertungen mit Blick auf Arafat und die Fatah. Galt vor dem Abkommen mit König Hussain Arafats Person noch als sakrosankt und die Fatah als eigentliche Ursache des Westkurses der PLO, so galt ab Februar 1985 die Devise, die „progressiven“ Teile der Fatah müssten vor Arafats „reaktionärer“ Ambition geschützt werden. Die Kritik an der „proimperialistischen“ Politik der PLO fokussierte sich auf Arafats Person. Deshalb sollte Jassir Arafat als Vorsitzender des Exekutivkomitees abgelöst werden – wenn es eine Alternative für ihn gab; jemanden, der ein vergleichbares Integrationspotenzial, so die Formulierung Neibers im Mai 1985, besaß, der folglich ähnlich populär unter den Palästinensern war und der dem linken Flügel der Fatah angehörte.

Anders als die Sowjetunion setzte die DDR ihre offiziellen Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation ab Februar 1985 nicht aus, sondern versuchte im Auftrag des Kreml, das Exekutivkomitee der PLO vom Einfluss der „reaktionären“ Kräfte zu befreien. Hatte Honecker Arafat Anfang 1984 noch erklärt, ihm sei die „Haltung“ Syriens gegenüber der PLO/Fatah „unverständlich“, kam ein Jahr später erst gar kein Treffen beider zustande, als in Moskau das zweite Begräbnis eines KPdSU-Generalsekretärs innerhalb von rund 13 Monaten stattfand⁷⁸⁷. Die politischen Urteile des ZK der SED waren nach dem Abkommen zwischen Arafat und Hussain ohnehin eindeutig. Fünf Wochen nach dessen Unterzeichnung verabschiedete die Parteiführung in Ost-Berlin einen „Maßnahmenplan der DDR gegenüber der PLO“, der zunächst folgende Lageeinschätzung gab: „Die palästinensische Bourgeoisie ist aufgrund ihrer gewachsenen ökonomischen und politischen Stärke [...] objektiv Hegemon der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung. [...] Da Syrien 1982/83 die Unterstützung für die PLO unter der gegenwärtigen Führung eingestellt hat, setzt Arafat auf Jordanien. [...] Y. Arafat ist [...] daran interessiert, dass die linken Kräfte außerhalb der Führungsgremien der PLO bleiben und sein persönlicher politischer Handlungsspielraum erweitert wird.“⁷⁸⁸

Der „Maßnahmenplan“ sah konkret vor, dass sich der stellvertretende Außenminister der DDR mit Jassir Arafat in Tunis treffen sollte, verantwortliche PLO-Funktionäre nach Ost-Berlin einzubestellen waren und der DFLP sowie der KP Palästinas Einladungen des ZK der SED und des Solidaritätskomitees erhielten, um mit ihnen gemeinsam das weitere Vorgehen zu beraten. Da die PFLP ent-

⁷⁸⁷ Zu den Regierungszeiten Andropows u. Tschernenkos vgl. Freedman, Moscow, S. 148.

⁷⁸⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20.03.1985, Bl. 88-91. Zu vergleichbaren Ergebnissen gelangte im Januar 1985 auch die Karl-Marx-Universität Leipzig. Die Fatah sei „die größte und bourgeoiseste Organisation [der PLO], sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder, Anhänger, ihrer ideologischen Ausrichtung als auch ihres Rückhalts bei konservativen Regimes der Region“, so BArch, DC 900/3089, Bericht, o. D., ca. Januar 1985.

schieden hatte, der syrisch-libyschen „Errettungsfront“ beizutreten, bedeutete dies zugleich, dass sie als linkes Korrektiv der beabsichtigten ostdeutschen Einflussnahme verlorenging, denn einen Dialog mit der PLO unter Vorsitz Arafats lehnte die „Errettungsfront“ ab⁷⁸⁹. Der DDR verblieben somit nur die PKP und die DFLP, um die gewollte „antiimperialistische“ Neuausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu vollziehen⁷⁹⁰. Ironischerweise war die SED fast 15 Jahre nach dem ersten „Maßnahmenplan“ des Politbüros in der palästinensischen Frage mit einem fundamentalen, seit 1970 ungelösten Problem konfrontiert: dem „reaktionären“ Einfluss der „bourgeoisien“ Kräfte um Arafat auf die Entwicklung der PLO.

Am 26. März 1985 fand das Treffen zwischen dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Jassir Arafat in Tunis statt, von dem lediglich bekannt ist, dass Arafat einen Brief an Honecker übergab⁷⁹¹. Hermann Axen bedankte sich Anfang April 1985 bei Salah Khalaf für dieses Schreiben, das in den Akten nicht gefunden werden konnte, und betonte, man habe es „mit Interesse studiert“⁷⁹². Khalafs damaliger Aufenthalt in der DDR galt ausschließlich der Erörterung des Abkommens mit Jordanien. Sowohl Hermann Axen als auch Erich Mielke, der ebenfalls mit Khalaf sprach, verlangten nach einer Erklärung, wie „sie [die Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO] gedenken, die Einheit der PLO wiederherzustellen und einen effektiven Kampf für den unabhängigen palästinensischen Staat zu führen“⁷⁹³.

Dass für die DDR nicht nur die Einheit der PLO „wiederherzustellen“ war, die seit April 1985 nicht mehr existierte, sondern auch jegliches Vertrauen in Arafat zerstört war, ließ Axen Khalaf wissen. Axen attestierte Jassir Arafat und der PLO-Führung, die gemeinsame Sache und das palästinensische Volk verraten zu haben, und zwar in allen essenziellen Fragen: der Anerkennung der PLO, der Gründung eines Staates und der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes. Unter Mithilfe des Exekutivkomitees und Arafats persönlichem Einsatz konnte sich – so Axen – Jordanien zum Vormund der Palästinenser entwickeln. Die Absicht der Gründung eines souveränen palästinensischen Staates existiere nicht mehr. Stattdessen solle das palästinensische Volk zukünftig einer amerikanisch-israelisch-jordanischen Souveränität unterliegen. Für die SED stelle sich daher nach der Vereinbarung von Amman die Frage, ob es zwischen der PLO und der DDR noch eine gemeinsame prinzipielle Position gebe, ob man noch dasselbe wolle. Hermann Axen ließ gegenüber Salah Khalaf keinen Zweifel daran, dass Ost-Berlin und die Palästinensische Befreiungsorganisation eindeutig entgegengesetzte Ziele verfolgten⁷⁹⁴.

⁷⁸⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20. 03. 1985, Bl. 88-93; Sayigh, *Struggle*, S. 580.

⁷⁹⁰ Vgl. ebd.

⁷⁹¹ Vgl. ADN: DDR solidarisch mit gerechtem Kampf der PLO, in: ND, 27. 03. 1985, S. 1.

⁷⁹² So BStU, MfS, ZAIG, 6746, Vermerk, 26. 04. 1985, Bl. 33.

⁷⁹³ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20. 03. 1985, Bl. 93; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3813, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 26. 04. 1985, Bl. 1.

⁷⁹⁴ Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 6746, Vermerk, 26. 04. 1985, Bl. 33-36.

Arafat war nach Überzeugung des ZK der SED im April 1985 nicht den bilateralen Verträgen und dem Kampf um einen souveränen palästinensischen Staat verpflichtet. Das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Arafats Vorsitz agierte in den Augen der SED vielmehr als Erfüllungsgehilfe einer „amerikanisch-imperialistischen“ Verschwörung gegen das palästinensische Volk. Arafat war nach Meinung der DDR, die Hermann Axen als ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen stellvertretend Salah Khalaf überbrachte, nicht länger *die* PLO und *die* PLO konnte auch nicht länger Arafat sein, denn *die* PLO war seit Anfang der 1970er Jahre per ostdeutscher Definition eine Befreiungsorganisation auf antiimperialistischer Grundlage, die für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes kämpfte und einen souveränen palästinensischen Staat – also keine Konföderation mit dem „reaktionären“, proamerikanischen Haschimitischen Königreich Jordanien – erstrebte⁷⁹⁵. Erich Mielke erklärte Khalaf mit gesetzteren Worten: „Die Palästinenser [...] dürfen nicht zulassen, dass bei ihm [Arafat] Illusionen aufkommen über die USA-Politik. Mit Arafat muss offen gesprochen werden, auch über die Bedenken, die sich bei uns und bei den sowjetischen Genossen bei der Analyse der politischen Schritte/Aktionen zwangsläufig ergeben müssen.“⁷⁹⁶

Die ostdeutsche Definition der antiimperialistischen PLO schloss nie aus, dass der Vorsitzende des palästinensischen Exekutivkomitees zugleich der „bürgerlich-reaktionärsten“ Gruppe *in* der PLO angehören konnte. Niemals jedoch durfte er dieser politischen Rechten helfen, ihre antisozialistischen Interessen im Namen *der* PLO zu verwirklichen. Er musste ein politisches „Abgleiten“ der PLO gen USA verhindern. Aber Arafat hatte alle ihm gegenüber vorgebrachten Bedenken der Sowjetunion und DDR bewusst ignoriert. Weil alle Warnungen keine Resonanz gefunden hatten und weil der Präsident der PLO durch das jordanisch-palästinensische Abkommen der Fatah die Möglichkeit verschaffte, deren „bourgeoise“ Ziele im Namen *der* Palästinensischen Befreiungsorganisation durchzusetzen, stand, wie Hermann Axen Salah Khalaf erklärte, für die DDR fest, dass die Vereinbarung mit König Hussain dem ostdeutschen Verhältnis zu Jassir Arafat den Boden entzog. Es konnte solange keine gemeinsame Front im Klassenkampf mehr geben, wie dieses im Namen der PLO geschlossene Abkommen existierte.

Alternativen zum Vorsitzenden

Parallel zu den Konsultationen mit Arafat und Khalaf in Tunis und Ost-Berlin begann die SED im März und April 1985 ihre Gespräche mit der DFLP und der Palästinensischen Kommunistischen Partei. Man sei „besorgt über die Gefahr, die für die Einheit der PLO entstanden [sei]“, so die SED, und die DDR wäre deshalb bereit, „entsprechend [ihren] Möglichkeiten an der Stärkung der progressiven Kräfte im Nahen Osten und der Wiederherstellung der Einheit der PLO mitzuwirken“⁷⁹⁷. Man „ermutige die Kräfte, die auf der Basis der Ablehnung der

⁷⁹⁵ Vgl. ebd.

⁷⁹⁶ So BStU, MfS, ZAIG, 6746, Zusammenfassung, 24. 04. 1985, Bl. 16.

⁷⁹⁷ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 05. 08. 1985, Bl. 164.

Vereinbarung zwischen Hussain und Arafat für die Wiederherstellung der Einheit der PLO auf antiimperialistischer Grundlage eintreten⁷⁹⁸. Konkret bedeutete dies, dass die DDR, abgestimmt mit der Sowjetunion, eine politische Plattform bildete, die aus der PKP, DFLP und den angeblich linken Teilen der Fatah um Salah Khalaf bestand. Diese sollten in regelmäßigen politischen Konsultationen die Neustrukturierung der Führungsebene des Exekutivkomitees vorbereiten. Voraussetzung dafür war die Annullierung des Abkommens vom 11. Februar. Die KPdSU befürwortete und unterstützte die sogenannte Aktion Dreiklang, um auf diese Weise „Arafat weiter zu isolieren“, wie sie Ende Oktober 1985 der SED mitteilte⁷⁹⁹.

Dieser „Aktion Dreiklang“ schloss sich die PLO/Fatah im August 1985 an⁸⁰⁰. Genauer gesagt, Salah Khalaf erklärte die Bereitschaft zum Dialog mit Moskau über eine neue, kollektive Führung der PLO. Da die SED die Machtstellung der Fatah realistisch beurteilte und die Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu wahren wünschte, erstrebte sie mit der „Aktion Dreiklang“ nicht eine konsequente Ablösung der Fatah. Der politisch linke Flügel der Fatah sollte vielmehr die gesamte Fatah zur Vernunft bringen, damit diese ihre Macht im Exekutivkomitee an die DFLP und die PKP abtrat und schließlich gemeinsam mit diesen beiden Gruppen ein „demokratisches“ Exekutivkomitee bildete. Um diese Mitwirkung der linken Fatah zu erreichen, setzte die SED maßgeblich auf Salah Khalaf, der diesen linken Flügel ihrer Meinung nach kontrollierte. Er sollte die Macht in der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Anleitung der sozialistischen Seite neu verteilen und war in den Augen der DDR die aussichtsreichste Alternative für Arafat. Khalaf sollte das Exekutivkomitee führen, falls Arafat der Annullierung des Abkommens mit Jordanien nicht zustimmen würde⁸⁰¹.

Neben der ab Juli/August 1985 auf den Weg gebrachten „Aktion Dreiklang“ bestand das zweite Element der ostdeutschen Reaktion auf das Hussain-Arafat-Abkommen in einer engeren Zusammenarbeit mit Sabri al Banna. Das Ministerium für Staatssicherheit führte mit Banna vom 27. bis zum 30. März 1985 in Ost-Berlin diverse Gespräche, über deren Inhalt nichts bekannt ist⁸⁰². Allerdings begann unmittelbar im Anschluss an die Treffen am 15. April für elf Mitglieder der Abu-Nidal-Gruppe eine spezielle militärische Ausbildung in der DDR⁸⁰³. Bislang hatten sich – nach Darstellung des MfS – alle der Organisation Nidal von ostdeut-

⁷⁹⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 19. 06. 1985, Bl. 141.

⁷⁹⁹ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 24. 10. 1985, Bl. 219.

⁸⁰⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 02. 09. 1985, Bl. 194.

⁸⁰¹ Zur Beurteilung Khalafs vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Vermerk, 16. 11. 1984, Bl. 35–40; BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 04. 11. 1985, Bl. 3f.

⁸⁰² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Stellungnahme, 26. 06. 1987, Bl. 101. Seale, Abu Nidal, S. 277, bezieht sich ohne Angabe einer Quelle auf eine „lange Unterredung“ Bannas mit Mielke während dieses Aufenthaltes.

⁸⁰³ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 2; Riegler, Fadenkreuz, S. 199; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24.

scher Seite angebotenen Schulungen auf das Studium des Marxismus-Leninismus beschränkt, so auch der vom 7. Januar bis 5. April 1985 andauernde dritte Lehrgang, an dem 20 Angehörige Abu Nidals teilnahmen⁸⁰⁴. Die elf Personen, die ab Mitte April in „politisch-operativer Schulung“, „Operativ-Taktik“ und dem Umgang mit Waffen und Sprengstoff unterwiesen wurden, befanden sich folglich mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits seit spätestens Januar 1985 in der DDR⁸⁰⁵. Ihre im Frühjahr 1985 fortgesetzte militärische Ausbildung dürfte auf die direkte Absprache mit Abu Nidal während der Konsultationen Ende März zurückzuführen sein. In jedem Fall war die militantere Zusammenarbeit mit Sabri al Banna Bestandteil des ostdeutschen Konzeptes, mit dem Arafat zur Umkehr gedrängt werden sollte. Denn Honecker verfügte eine Spezialausbildung für die Gruppe „Händler“, obwohl in Ost-Berlin bekannt war, dass Sabri al Banna nach dem 17. Palästinensischen Nationalkongress im Auftrag Syriens vermehrt Attentate auf Fatah-Funktionäre durchführte⁸⁰⁶. Auch Präsident Assad setzte darauf, mit der Saiqa und Fatah-Opposition eine politische Alternative zur PLO aufzubauen und gleichzeitig mit Banna gegen Arafat und Jordanien zu kämpfen⁸⁰⁷. Das SED-Regime hielt dieses Wissen über die gegen die Fatah gerichteten Taten Abu Nidals im April 1985 nicht davon ab, Angehörige seiner Organisation militärisch auszubilden. Es begann diese Form der Unterstützung vielmehr bewusst erst in jenem Augenblick. Die Interventionsbereitschaft der DDR war somit aggressiver geworden und Sabri al Banna sollte die Entschlossenheit Honeckers demonstrieren, die Maßnahmen der „Aktion Dreiklang“ durchzusetzen.

Wie gestört das Verhältnis zwischen Honecker und Arafat Mitte 1985 war, zeigt der Umgang mit der im Sommer 1985 anstehenden feierlichen Exmatrikulation der ersten 28 Absolventen der PLO/Fatah an der ostdeutschen Offizierschule. Dieses Ereignis – der erfolgreiche Abschluss der militärischen Unterweisung von Kämpfern Arafats in der DDR – hätte eigentlich den Empfang einer Militärdelegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ein entsprechend propagandistisch aufbereitetes Zeremoniell verlangt. Angesichts der von Moskau eingefrorenen Beziehungen zur PLO/Fatah schrieb Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung, allerdings bereits Ende März 1985 an Erich Honecker: „Meiner Meinung nach ist diese Angelegenheit [die Exmatrikulationsfeier] insbesondere deshalb problematisch, weil wir nicht wissen, welche Genossen in die DDR einreisen wollen und in welche Gruppierung innerhalb der PLO sie einzuordnen sind, sie bei ihrem Eintreffen in der DDR sicherlich offiziell begrüßt und von mir und eventuell sogar von dir empfangen werden wollen. Davon ausgehend

⁸⁰⁴ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25.05.1987, Bl. 2. Die zweite Schulung von fünf Mitgliedern der Gruppe Abu Nidal wurde vom 07. 11. bis 29. 11. 1984 durchgeführt. Das MfS vermerkte: „Bei den Kursanten handelte es sich um Teilnehmer des 1. Marxismus-Leninismus-Grundlehrgangs, die befähigt werden sollten, in ihrer Organisation selbstständig Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus zu vermitteln“, so ebd.

⁸⁰⁵ Zu den Inhalten der Ausbildung vgl. ebd., Bl. 2f.

⁸⁰⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 794/50, Einschätzung, 05.02.1985, Bl. 246f.

⁸⁰⁷ Vgl. Habib, Hussein, S. 70–75; Rubin, Truth, S. 90; Sayigh, Struggle, S. 578f.; Seale, Abu Nidal, S. 119–135, 151–178.

gestatte ich mir, dir für den Fall deiner Zustimmung zu dieser Bitte, der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorzuschlagen, dass der Aufenthalt dieser Delegation als ein Arbeitstreffen ohne protokollarische Maßnahmen und ohne Empfang durch hochrangige Vertreter der DDR gestattet wird.“⁸⁰⁸ Vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit der 17. palästinensischen Nationalversammlung im November 1984, des Abkommens mit Jordanien im Februar 1985 und der anschließenden Moskauer Kontaktsperre gegenüber Arafat war es für den Verteidigungsminister der DDR „problematisch“, einen im Grunde banalen Termin wahrzunehmen: die feierliche Verabschiedung von PLO-Kämpfern, die eine mehrjährige, vertraglich vereinbarte, auf Kosten der DDR solidarisch gewährte militärische Ausbildung absolviert hatten. Erich Honecker erklärte sich mit dem Vorschlag Hoffmanns am 30. März 1985 einverstanden⁸⁰⁹.

„Sicherlich“, so der Minister, wollte eine Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation von ihm begrüßt werden, „eventuell sogar“ von Erich Honecker. Arafat hätte im Falle eines solchen Empfanges behaupten können, die PLO/Fatah sei in Ost-Berlin anlässlich der feierlichen Verabschiedung seiner in der DDR ausgebildeten Kämpfer standesgemäß begrüßt worden, was zeige, wie eng und freundschaftlich Honeckers Verhältnis zu ihm sei und wie sehr die DDR die PLO/Fatah unterstütze; alle nach Amman und dem Abkommen mit Jordanien gemutmaßten Reibungen zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation seien imperialistische Propaganda. Um auszuschließen, dass man einem Vertreter der PLO-Führung – also der Fatah, eventuell Arafat persönlich – diese Bühne bot, wurde die gesamte Exmatrikulation zum „Arbeitstreffen ohne protokollarische Maßnahmen“ herabgestuft⁸¹⁰.

Weil allerdings auch dann nicht vorher feststand, welche Funktionäre Arafat in die DDR schicken würde oder ob er nicht kurzerhand die Gelegenheit nutzen und überraschend selbst erscheinen würde, legte die DDR die Teilnehmer an der zum „Arbeitstreffen“ erklärten Exmatrikulation selbst fest. Dazu wurde der Anlass dieser gesamten Veranstaltung aber nicht mehr mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation im engeren Sinne in Verbindung gebracht, sondern zum ersten Mal seit 1964 empfing die DDR eine Delegation der PLA, der Palästinensischen Befreiungsarmee⁸¹¹. Die Einheiten der PLA unterstanden nur auf dem Papier Arafat, de facto wurden sie von Ägypten, Syrien, Irak und Jordanien kontrolliert⁸¹².

Honecker ließ im August 1985 die 28 Palästinenser, die 1982 offiziell als Angehörige der PLO zur militärischen Ausbildung in die DDR delegiert worden waren, nicht mehr als Kämpfer von Arafats Organisation verabschieden, sondern als Teil der syrischen Brigade der PLA. Die Abordnung der syrischen PLA, die an der Exmatrikulation in Ost-Berlin teilnahm, wurde von Khalil al Wazir – Mitglied der

⁸⁰⁸ So BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 29. 03. 1985, Bl. 86.

⁸⁰⁹ Vgl. Honeckers Signum ebd.

⁸¹⁰ So ebd.

⁸¹¹ Vgl. BArch, VA-01/42456, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 21. 08. 1985, Bl. 26.

⁸¹² Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 51 f., 68; Sayigh, Struggle S. 98, 112 f.; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173–182; Frisch, Palestinian Military, S. 52–68; Selim, Nonstate Actor, S. 269; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 60 f.

Fatah und Arafats „Verteidigungsminister“ – angeführt. Die DDR erkannte Wazir jedoch nicht, wie bislang, als „Oberkommandierenden der Streitkräfte der palästinensischen Revolution“ an, sondern bezeichnete ihn als „Chef des Generalstabes der Palästinensischen Befreiungsarmee“⁸¹³. Wazir, der erstmals nicht in seiner PLO-Funktion in der DDR auftrat, führte eine Delegation der PLA an, deren militärische Einheiten er nicht kommandierte und die seit 1976 immer wieder im Libanon gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation Arafats gekämpft hatten. Der PLA-Delegation gehörte darüber hinaus auch das Mitglied des „Generalstabes der Palästinensischen Befreiungsarmee“ Abu Musa an – einer der beiden Fatah-Putschisten des Mai 1983⁸¹⁴. Das SED-Regime konzipierte die Verabschiedung der ersten in der DDR ausgebildeten PLO-Kämpfer folglich als einen bewussten Affront gegen Arafat. Khalil al Wazir leitete die Delegation möglicherweise nur deshalb, weil bei seiner Absage „General“ Abu Musa diese Funktion übernommen hätte.

Ein Gespräch zwischen Honecker und Wazir kam Ende August 1985 nicht zustande. Dafür empfing Verteidigungsminister Hoffmann „einen palästinensischen Gast“, wie das „Neue Deutschland“ titelte, ohne Wazirs Namen zu nennen⁸¹⁵. Bei diesem Treffen mit Hoffmann sagte Wazir: „Syrien versuchte unsere politischen Einrichtungen zu zerschlagen und verhinderte, dass der Palästinensische Nationalrat [zusammenkam]. Aber wir trafen uns in Amman.“⁸¹⁶ Wazir spielte damit auf die Zeitspanne zwischen der 16. und der 17. Nationalversammlung an. Das letzte Treffen vor dem 17. Gipfel von Amman war im Februar 1983 in Algier abgehalten worden, dazwischen lagen die schweren Kämpfe mit Syrien in Beirut, der Bekaa-Ebene und Tripoli⁸¹⁷. Heinz Hoffmann, der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, antwortete Wazir: „Wir kennen die Entwicklungen im Libanon, verfolgen mit Sympathie den Kampf der PLO und bedauern die Schwierigkeiten mit Syrien, aber ein Einwirken von uns ist nicht möglich. Wir haben mit Syrien diplomatische, ökonomische und militärische Beziehungen und sagen den syrischen Genossen unsere Meinung, die mit Ihrer übereinstimmt“ – gemeint war Wazirs vorangegangene Schilderung der Lage⁸¹⁸.

Zwei Tage nach dem versuchten Putsch Musa/Salaha hatte Hoffmann am 9. Mai 1983 in Damaskus mit Präsident Assad gesprochen. Damals garantierte er, die DDR werde „immer“ gemeinsam mit Syrien kämpfen und „alles“ tun, um Syrien zu unterstützen⁸¹⁹. Diese Zusagen wurden eingehalten, obwohl sie verlang-

⁸¹³ So BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 29.03.1985, Bl. 86.

⁸¹⁴ Vgl. BArch, VA-01/42456, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 21.08.1985, Bl. 26; BArch, VA-01/42456, Übersicht, o. D., ca. August 1985, Bl. 11.

⁸¹⁵ Vgl. ADN: Palästinensischer Gast im Verteidigungsministerium, in: ND, 31.08./01.09.1985, S. 1 f.

⁸¹⁶ So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., Bl. 32.

⁸¹⁷ Zur 16. palästinensischen Nationalversammlung vgl. Palestine National Council, 22.02.1983, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 357–364; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 66.

⁸¹⁸ So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., Bl. 33.

⁸¹⁹ Die Aussagen Hoffmanns in: BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13.05.1983, Bl. 33 (Hervorhebungen im Original).

ten, sich gegen Jassir Arafat und die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah zu stellen. Gut zwei Jahre später pflichtete Heinz Hoffmann Wazir bei: Ziel der Syrer sei eine „Zerschlagung“ der PLO – bedauerlicherweise sei dies aber nicht zu verhindern. „Wir kennen die Entwicklungen im Libanon, verfolgen mit Sympathie den Kampf der PLO und bedauern die Schwierigkeiten mit Syrien, aber ein Einwirken von uns ist nicht möglich“ – dieser Satz Hoffmanns kam im Sommer 1985 einem zynischen Bekenntnis zugunsten Assads, der Fatah-Opposition und der von der DDR seit dem Sommer 1982 geleisteten Unterstützung Syriens auf Kosten der PLO/Fatah gleich. In Anbetracht der Tatsache, dass dem ostdeutschen Verteidigungsminister Khalil al Wazir gegenüber, der eine PLA-Delegation leiten musste, an der auch Abu Musa teilnahm, erklärte Hoffmann damit zugleich, dass Ost-Berlin nach der 17. Nationalversammlung und dem Abkommen mit Jordanien nicht zwischen dem syrischen Regime und Arafat vermitteln würde. Das „Einwirken“ auf Assad war indiskutabel, denn Damaskus gehörte, genauso wie Sabri al Banna, zu den wichtigsten Verbündeten der DDR. Arafat war der Schwächere. Er hatte die sozialistisch-progressive Seite verraten, daher hatte er alles rückgängig zu machen und sich einer Kontrolle „fortschrittlicher“ Kräfte zu unterwerfen.

2. Der Anschlag auf die West-Berliner Diskothek „La Belle“

Der Kampf Assads gegen Arafat führte 1985 dazu, dass die PLO/Fatah Gegenmaßnahmen ergriff. Dem MfS lagen in diesem Zusammenhang Hinweise vor, dass Attentate auf Syrer sowie auf Mitglieder der Organisation Abu Nidal – möglicherweise auch auf Repräsentanten der Firma ZIBADO – geplant waren. Das Gespräch zwischen der Staatssicherheit und Sabri al Banna im März 1985 enthielt womöglich eine Warnung. Denn das MfS ging damals nicht nur davon aus, dass eine antisyrische „Aktion“ Arafats unmittelbar bevorstand, sondern Erich Mielke war bereits tätig geworden und hatte Schutzvorkehrungen getroffen⁸²⁰.

Assads Botschafter in Ost-Berlin als Ziel: Arafat beauftragt „Orient“

Seit spätestens Januar 1985 war dem MfS bekannt, dass die „Gruppe 17“ der PLO-/Fatah-Sicherheit ein Attentat auf den syrischen Botschafter in der DDR vorbereitete⁸²¹. Dieser Überfall sollte nicht im Osten ausgeführt werden, sondern

⁸²⁰ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5706, Vermerk, 22.03.1985, Bl. 213; BStU, MfS, HA XXII, 19664, Konzeption, 09.05.1985, Bl. 4.

⁸²¹ Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 05.01.1985, Bl. 13; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02.04.1986, Bl. 36–41, 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25.02.1986, Bl. 170–172. Die syrische Botschaft informierte Ende Januar 1985 erstmals das MfAA über geplante terroristische Aktionen der PLO; Libyen tat dies eine Woche später, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Note der Syrischen Botschaft, 25.01.1985, Bl. 3; BStU, MfS, HA II, 32884, Note des

während eines Besuches des Botschafters in West-Berlin⁸²². Der Staatssicherheit und auch dem sowjetischen Auslandsgeheimdienst lagen belastbare Informationen vor, die besagten, dass Arafat eine 1983 von der PFLP-GC zur PLO/Fatah übergelaufene Gruppierung an sich gebunden hatte und jetzt mit finanziellen und logistischen Mitteln unterstützte⁸²³. Die Zelle wurde demnach gezielt nach Ost-Berlin entsandt, um als Zeichen der Missbilligung den syrischen Botschafter entweder als Geisel zu nehmen oder zu ermorden sowie weitere syrische Diplomaten zu töten⁸²⁴. Erich Mielke ergriff daraufhin noch Ende Januar 1985 „operative Maßnahmen“, wobei er alle Schritte mit der Sowjetunion abstimmte⁸²⁵.

Zunächst wurden der syrische Botschafter sowie hochrangige Diplomaten der Vertretung und ein Verwandter Präsident Assads, der in Leipzig studierte, mit speziellen Sicherungsvorgängen unter dem Decknamen „Vogel“ und „Käfer“ rund um die Uhr bewacht⁸²⁶. Während des Besuches des syrischen Ministerpräsidenten und weiterer Regierungsmitglieder im Oktober 1985 galt dies gleichfalls für sie⁸²⁷. Die erkannten Personen der von Arafat und der „Abteilung 17“ entsandten Zelle bearbeitete die Staatssicherheit anfangs als „Gruppe Abu Jabbar“, benannt nach der mutmaßlichen Führungsperson, später unter dem Decknamen „Orient“⁸²⁸.

Libyschen Volksbüros, 07. 02. 1985, Bl. 30f. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 32884, Notiz, 21. 02. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, HA II, 4773, Information, 26. 09. 1985, Bl. 70f.

⁸²² Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

⁸²³ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71.

⁸²⁴ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

⁸²⁵ Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 05. 01. 1985, Bl. 13; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/12, Einsatz IMS „Alfredo“, 24. 01. 1985, Bl. 108; BStU, MfS, ZAIG, 6745, Vermerk, o. D., Bl. 87.

⁸²⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Einsatz „Vogel 2“, 05. 12. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 63; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 88–94; BStU, MfS, HA XXII, 5706, Vermerk, 22. 03. 1985, Bl. 213; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 94. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Vermerk, 12. 02. 1986, Bl. 138; UAL, DIB, 337, Anmeldung einer Veranstaltung, 17. 11. 1985, Bl. 3; UAL, DIB, 337, Schreiben des Komitees für Angelegenheiten ausländischer Studierender an die Karl-Marx-Universität-Leipzig u. TU Dresden, 02. 12. 1985, Bl. 6.

⁸²⁷ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Festlegungen, 26. 10. 1985, Bl. 11; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beobachtungsbericht, 04. 11. 1985, Bl. 118. Zum Aufenthalt der syrischen Delegation vgl. Ingolf Bossenz/Wolfgang Rex: Ministerpräsidenten der DDR und Syriens nahmen Gespräche auf, in: ND, 30. 10. 1985, S. 1; ADN: Treffen Erich Honeckers mit Syriens Ministerpräsidenten, in: ND, 01. 11. 1985, S. 1.

⁸²⁸ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/12, Einsatz IMS „Alfredo“, 24. 01. 1985, Bl. 108; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 24. 10. 1985, Bl. 116.

Gemäß Aktenlage leitete das MfS im November 1985 Operative Personenkontrollen (OPK) zu drei Mitgliedern der Gruppe „Orient“ ein, die nach wenigen Wochen erfolgreich beendet wurden und anschließend mit Unterbrechung von angeblich drei Monaten mit Datum des 4. April 1986 in einen OV „Orient“ übergingen⁸²⁹.

Nach Erkenntnissen der Staatssicherheit bestand die Zelle „Orient“ insgesamt aus nur fünf bis sieben Personen, von denen lediglich zwei bis drei längerfristig in Ost-Berlin verblieben. Dazu zählten „Orient 2“ und der Unterstützter „Ast 1“. Der Leiter von „Orient“, „Orient 1“, residierte in Tunis und war der Bruder des Mitgliedes „Orient 2“; er kannte Arafat persönlich⁸³⁰. „Orient 3“, das jüngste der drei Geschwister aus der Gruppe „Orient“, wurde eingesetzt, um zwischen der DDR und dem Nahen Osten zu pendeln⁸³¹. Während der Vorbereitungen der Tat fanden immer wieder Treffen zwischen „Orient 2“ und „Orient 3“ sowie hochrangigen Funktionären der „Gruppe 17“ und „Orient 1“ in Berlin statt. Unter anderem reiste auch mehrfach Labib Muhammad Hawari ein, der nach Hajal Abd al Hamid und Abu Tajib dritt wichtigste Mitarbeiter der Sonderabteilung „Gruppe 17“, der die Abteilung für „Spezialoperationen“ leitete⁸³². In einer Information des MfS an den sowjetischen Geheimdienst hieß es im November 1985, das „Sicherheitsbüro Arafats“ habe Palästinenser „zur Durchführung terroristischer Anschläge gegen Syrien“ entsandt. Zur Umsetzung dieser Operationen sei Hawari beauftragt worden, „kleine, finanziell und materiell unabhängige palästinensische Splittergruppen“ auszuwählen und zu instruieren⁸³³. „Da Hawari dem PLO-Vorsitzenden direkt unterstellt ist, kann davon ausgegangen werden, dass Arafat von den anti-

⁸²⁹ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 36; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss über das Anlegen des OV „Orient“, 04. 04. 1986, Bl. 57f.; BStU, MfS, HA XXII, 19454, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 1“, 14. 11. 1985, Bl. 16; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 1“, 31. 01. 1986, Bl. 2; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 2“, 31. 01. 1986, Bl. 5; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3“, 14. 11. 1985, Bl. 10–13. Der Eröffnungsbericht der OPK „Orient 2“ u. der Abschlussbericht der OPK „Orient 3“ wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit am 14. 11. 1985 eröffnet bzw. am 31. 01. 1986 abgeschlossen.

⁸³⁰ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19454, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 1“, 14. 11. 1985, Bl. 16; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 97; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 1“, 31. 01. 1986, Bl. 2; BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1“, 26. 06. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 36–50.

⁸³¹ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3“, 14. 11. 1985, Bl. 10–13; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 95–97.

⁸³² Zur Rolle u. Funktion der Personen vgl. Alexander, *Secular Terrorism*, S. 7f., 11, 16; Livingstone/Halevy, *PLO*, S. 106–124; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 95–97; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII and Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 9–11; BStU, MfS, HA XXII, 671/2, Rechercheergebnis, 27. 10. 1986, Bl. 139.

⁸³³ So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137.

syrischen Aktivitäten zumindest Kenntnis hat.“⁸³⁴ Erich Mielke befahl der HV A im August 1985 ihrer Kontaktperson „Emir“, also dem Residenten der PLO-Sicherheit in der DDR, mitzuteilen, dass es der Palästinensischen Befreiungsorganisation „verboten [sei], irgendwelche eigenständigen Aktionen zu Arabern in der DDR zu unternehmen. Im Falle der Verletzung dieser Forderung [hätten] sie sonst mit der Auflösung und Ausweisung aller Strukturen der PLO [dies meinte nur die der Fatah] in der DDR zu rechnen.“⁸³⁵

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es rasch, die Verbindungspersonen von „Orient“ in West- und Ost-Berlin zu identifizieren. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang bekannt, dass die Gruppe „Orient“ aus ehemaligen Angehörigen der PFLP-GC bestand, die nun in Berlin Verbindung mit dort lebenden Mitgliedern dieser Organisation aufnahmen⁸³⁶. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die PFLP-GC von Libyen und Syrien kontrolliert⁸³⁷. Personen der Berliner Zelle der PFLP-GC, mit denen „Orient“ den Kontakt herstellte, arbeiteten daher unter anderem als Diplomaten an der syrischen Botschaft in Ost-Berlin sowie im sogenannten Libyschen Volksbüro, der Botschaft Libyens in der DDR. Das wichtigste Mitglied war der mit diplomatischem Status akkreditierte Angestellte des Volksbüros J. Ch.⁸³⁸. Ch. war der Verbindungsmann zwischen der Botschaft Libyens und der PFLP-GC in West-Berlin. Dabei wurde er wiederum von den Mitarbeitern des libyschen Geheimdienstes A. K. und M.-U. A. E. angeleitet⁸³⁹.

Die Gegenmaßnahmen der Staatssicherheit im Fall „Orient“ konzentrierten sich seit Ende des Sommers 1985 darauf, in die Gruppe „Orient“ einzudringen und deren antisyrische Pläne zu verhindern⁸⁴⁰. Mielke setzte dazu unter anderem zwei der wichtigsten Inoffiziellen Mitarbeiter ein, die in der arabisch-palästinensischen Szene West- und Ost-Berlins tätig waren, IM „Alfredo“ alias Ahmad

⁸³⁴ So ebd. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35f.

⁸³⁵ So BStU, MfS, AIM, 12231/89, Bd. 1/1, Abschlussbericht, 27. 08. 1985, Bl. 27.

⁸³⁶ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3“, 14. 11. 1985, Bl. 10–13; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93–97.

⁸³⁷ Vgl. Alexander, *Secular Terrorism*, S. 41–43; Sayigh, *Struggle*, S. 574–589.

⁸³⁸ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 3, Note des Libyschen Volksbüros, 09. 10. 1984, Bl. 22; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 3, Gutachten der Charité Berlin, 29. 06. 1986, Bl. 35–40. Ch. besaß seit 1984 auch eine Akkreditierung als Mitarbeiter der Presseabteilung der syrischen Botschaft in der DDR, vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 06. 12. 1984, Bl. 43f.

⁸³⁹ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21–24; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40f.; BStU, MfS, HA II, 4698, Einschätzung, 01. 02. 1985, Bl. 19.

⁸⁴⁰ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93–97; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Bericht, 21. 03. 1986, Bl. 96–101; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Übersichtsbogen zur OPK „Weißer“, Februar 1986, Bl. 2f.; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Eröffnungsbericht zur OPK „Weißer“, 03. 02. 1986, Bl. 6–69; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII an Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss zum Anlegen des OV „Orient“, 04. 04. 1986, Bl. 57–67.

Hazam und IM „Alba“ alias Ali Chanaa⁸⁴¹. Zwar wurden beide IM von der Hauptabteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin geführt, jedoch besaßen sie einen ganz unterschiedlichen Hintergrund. Während Hazam schon seit 1974 für das MfS arbeitete und durch seine Beziehungen zum Umfeld der PFLP, PFLP-GC und PLO-/Fatah-Sicherheit zwangsläufig in Kontakt mit „Orient“ kam, wurde Chanaa dem MfS erst im Oktober 1981 von dessen späterer Ehefrau, der seit 1978 für ostdeutsche Dienststellen inoffiziell arbeitenden Verena Hampel alias IM „Petra Müller“ – die gleichfalls bei der Hauptabteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin registriert war – „zugeführt“⁸⁴². In der „Einsatz- und Entwicklungskonzeption des IMS ‚Alba‘“ legte man im August 1983 fest: „Der IMS ‚Alba‘ wird entsprechend der Aufgabenstellung des Referates 7 vorwiegend in Ausländerkonzentrationen West-Berlins sowie der Sicherung von Veranstaltungen arabischer Organisationen in West-Berlin eingesetzt. Das Ziel ist es, Informationen und Einschätzungen zu operativ-interessanten Arabern in West-Berlin, ihren Verbindungen zu Landsleuten, Organisationen und Einrichtungen in West-Berlin sowie ihren Kontakten zu DDR-Bürgern zu erarbeiten. [...] Dabei sind auch Feststellungen von Kontakten dieser Ausländer zu diplomatischen Einrichtungen in der Hauptstadt zu berücksichtigen. Darüber hinaus erarbeitete er Hinweise zu Personen mit operativ-interessanten Merkmalen. Es gelang ihm, zu einzelnen dieser Personen persönliche Kontakte herzustellen und teilweise operativ bedeutsame Informationen zu erarbeiten. [...] Die Anforderungen an den IMS zur zielgerichteten Kontaktverbindung sind zu erhöhen, zumal der IMS dazu in der Lage ist. Er verfügt über die notwendige geistige Beweglichkeit, ein ansprechendes Äußeres sowie ein gesundes Maß an Risikobereitschaft.“⁸⁴³ Bereits ab 1984 – noch vor dem Erscheinen der Gruppe „Orient“ in der DDR – sollte „Alba“ sich insbesondere auf die schon damals „operativ-interessante“ Per-

⁸⁴¹ IM „Alfredo“ unterhielt nach Aussage des MfS 1989 „feste und stabile Verbindungen“ zu dieser Gruppe, IM „Alba“ wird als „Verbindungsperson“ der Zelle „Orient“ bezeichnet, vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26.08.1989, Bl. 134–136. Zum IM „Alfredo“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 2/4–2/15, 3/1. Zum IM „Alba“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1. Unterlagen zum IM „Alba“ sind nur bruchstückhaft erhalten. Die Bedeutung dieses IM wird, wie auch im Falle „Alfredos“, anhand der gesamten Aktenlage deutlich.

⁸⁴² So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Überprüfungsplan für den IMS „Petra Müller“, 30.04.1985, Bl. 200. Vgl. auch BStU, MfS, AOG, 13162/79, Antrag zur operativen Bearbeitung, 01.10.1978, Bl. 10; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 07.12.1981, Bl. 8; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, 2/3, 2/4, 3/5. Zur OPK „Verena“ vgl. BStU, MfS, AOPK, 26281/80. Zur Anwerbung des „Alba“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Bericht, 21.10.1981, Bl. 70–72; BStU, MfS, BV Berlin, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Verpflichtung, 15.04.1982, Bl. 10; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 499/85, Vermerk, 25.03.1980. IM „Alfredo“ gehörte zu einem der engsten Kontaktpartner der Gruppe „Orient“; so lebten 1985/86 „Orient 2“ u. „Orient 3“ auf Vermittlung des IM „Alfredo“ bei einer DDR-Bürgerin in Berlin-Kaulsdorf, wenige Autominuten östlich Berlins, vgl. BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27.01.1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Abschlussbericht zur OPK „Eva“, 10.01.1987, Bl. 114.

⁸⁴³ So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Einsatz- und Entwicklungskonzeption des IMS „Alba“, 06.08.1983, Bl. 110f.

son des J. Ch. konzentrieren und wurde tatsächlich mit Erfolg vom MfS an die PFLP-GC herangeführt⁸⁴⁴.

Die Bedrohungslage im Sommer 1985 verdeutlicht, wie beschädigt das Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der DDR war. Zum ersten Mal wollte Arafat demonstrativ in Berlin Syrien terroristisch angreifen. Die Pläne sollten zwar nicht im Osten ausgeführt werden, gleichwohl war ihr Ziel – die Person des Botschafters Syriens – hoch symbolisch. Assad und Arafat bekämpften sich 1985 unerbittlich, und die Fatah wollte Rache nehmen⁸⁴⁵. Politisch war gut sechs Monate nach dem Hussain-Arafat-Abkommen eine vielschichtige und sehr widersprüchliche Gemengelage entstanden, die zu keinem eindeutigen Ergebnis, weder für die eine noch die andere Seite geführt hatte. Jassir Arafat erklärte die Allianz mit Jordanien – trotz sowjetischer Kontaktsperre – auch nach sechs Monaten nicht für beendet. Er konnte allerdings auch keine greifbaren Erfolge seiner proamerikanischen Politik vorweisen. Dabei setzte Arafats Entscheidung für die jordanische Option, die Ergebnis der Libanonkrise und der syrischen Kämpfe gegen die PLO 1982/83 war, von Beginn an voraus, dass rasch Fortschritte eintraten, beispielsweise indem Arafat erste substanzielle Zugeständnisse der Peres-Regierung oder eine politische Aufwertung durch das Weiße Haus erfuhr. Unterstellt man, dass Arafat 1985 ernsthaft versuchte, die PLO westlich-amerikanischen Forderungen anzunähern, er also die Anerkennung Israels und eine gemäßigte politische Haltung zur Lösung des Nahostkonfliktes innerpalästinensisch durchsetzen wollte, konnten nur Erfolge das Risiko mindern, dass die Fatah-Opposition ihn stürzte oder die PLO spaltete⁸⁴⁶. Im Frühjahr 1985 waren zudem erneut schwere Kämpfe um die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon ausgebrochen. Den Einheiten der PLO standen wieder syrische Truppen und die schiitische Amal gegenüber⁸⁴⁷.

Der Druck, den die innerpalästinensische DFLP- und PFLP-Opposition gemeinsam mit den Islamisten und Syrien auf Arafat ausübten, wurde durch den Konflikt mit Moskau größer und stieg umso mehr, je länger Arafat Widerstand leistete. Für die Fatah konnten die Angriffe von islamistischen oder säkularen Terroristen aber auch von Vorteil sein. Arafat konnte sich im Westen als gemäßigte Alternative und als Partner präsentieren. Dieses Konzept wandte er seit den

⁸⁴⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Bericht, 18. 10. 1988, Bl. 273f. Ali Chanaa war darüber hinaus auch eine der Quellen Mielkes zur Aufklärung der Muslimbruderschaft in West-Berlin, vgl. BStU, MfS, HA II, 586, Notizen, o. D., ca. Juli 1982, Bl. 30f.

⁸⁴⁵ 1985 plante die Fatah mutmaßlich mehr als ein Dutzend Anschläge, fast ausschließlich in Vergeltung syrischer Attentate. Fünf der von Arafat konzipierten antisyrischen Angriffe gegen Diplomaten u. Vertretungen Syriens sollten in Europa stattfinden, vgl. Merari/Elad, *Terrorism*, S. 98.

⁸⁴⁶ Vgl. Laham, *Rubicon*, S. 75f., 90–119; Rubin, *Revolution*, S. 72–75.

⁸⁴⁷ Vgl. Nir, *Berri*, S. 64–66; Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 147f., 152; Ehteshami/Hinnebusch, *Syria and Iran*, S. 129–131; Qassem, *Hizbullah*, S. 184f.; Bailey, *Lebanon's Shi'is*, S. 232f.; Sayigh, *Struggle*, S. 580–585; Avi-Ran, *Involvement*, S. 157; Kapeliouk, *Arafat*, S. 244f. Bei dem Angriff der Amal auf die palästinensischen Flüchtlingslager starben allein im Mai u. Juni 1985 über 600 Menschen, vgl. Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 152–155; Rubin, *Revolution*, S. 73; Sayigh, *Struggle*, S. 584.

1970er Jahren gegenüber Westeuropa erfolgreich an – auch wenn die Fatah während dieser Jahre antiwestliche „Aktionen“ ausführte und mit westdeutschen Terroristen kooperierte⁸⁴⁸. Ab Sommer 1985 ging Arafat erneut dazu über, Anschläge zu beauftragen. So versuchte Anfang Oktober 1985 ein Kommando der sogenannten Befreiungsfront Palästinas ein Kreuzfahrtschiff im Mittelmeer in seine Gewalt zu bringen und erschoss dabei eine amerikanische Geisel⁸⁴⁹. Die PLF wurde zum damaligen Zeitpunkt vom Mitglied des Exekutivkomitees der PLO Muhammad Abbas Zaidan alias Abu Abbas geführt und von der Fatah finanziert⁸⁵⁰. Als Reaktion auf diese Tat folgte eine Vergeltung durch die amerikanische Armee⁸⁵¹. Bereits am 25. September 1985 waren in Larnaka auf Zypern drei Israelis von Arafats „Abteilung 17“ – laut Erkenntnissen des MfS, die durch anderweitige Publikationen bestätigt werden, unter Mithilfe einer Person der Gruppe „Orient“ sowie eines britischen Rechtsradikalen – ermordet worden⁸⁵². Das israelische Kabinett beschloss daraufhin einen Luftangriff auf das Hauptquartier Arafats in Tunis, der am 1. Oktober 1985 ausgeführt wurde. Arafat befand sich nur durch einen Zufall zu dieser Zeit nicht im Gebäude, das vollständig zerstört wurde⁸⁵³.

Barry Rubin hat als Antwort auf die Frage, weshalb die Fatah diese beiden Angriffe auf Israel und die USA beging, zwei Thesen aufgestellt: Die erste besagt, die Fatah habe sich mit diesen Aktionen bessere Chancen im Hinblick auf die jordanische Option verschaffen wollen, da Arafat davon ausging, die Terroranschläge würden das Umfeld der laufenden Verhandlungen günstig beeinflussen, denn sie ließen ihn als vermeintlich gemäßigten Politiker erscheinen. Es galt demzufolge, die PLO im Gegensatz zu radikalen säkularen wie islamistischen Vereinigungen als Partner aufzuwerten⁸⁵⁴. Dass man die Fatah als verantwortliche Organisation

⁸⁴⁸ Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–75.

⁸⁴⁹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 586; Kapeliouk, Arafat, S. 248; Livingstone/Halevy, PLO, S. 252–255; Rubin, *Revolution*, S. 75–78; Smith, *Conflict*, S. 400.

⁸⁵⁰ Vgl. ebd.; Sayigh, *Struggle*, S. 586, 641; Livingstone/Halevy, PLO, S. 252–255.

⁸⁵¹ So zwang man ein ägyptisches Passagierflugzeug, in dem Zaidan u. weitere Terroristen des vorangegangenen Attentats vermutet wurden, zur Landung auf Sizilien. Zaidan wurde letztlich nicht festgenommen. Er lebte ab Herbst 1985 vorwiegend im Irak. Das MfS gewährte Zaidan 1985/86 Transitaufenthalte u. führte mit ihm mehrere Gespräche. Man schätzte ihn im Nachgang als „freundlich und bescheiden“ ein, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, „Aktion Gast“, o. D., Bl. 185a; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Dokumentation, o. D., Bl. 186; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Bericht, 26. 02. 1986, Bl. 112–114; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Vermerk, 23. 06. 1986, Bl. 120–122; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Bericht, 30. 06. 1986, Bl. 124–126; Sayigh, *Struggle*, S. 586; Livingstone/Halevy, PLO, S. 255–257; Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 47.

⁸⁵² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19429, Operativ-Information, 15. 10. 1985, Bl. 60f.; Alexander, *Secular Terrorism*, S. 11; Livingstone/Halevy, PLO, S. 122; Rubin, *Revolution*, S. 76, 157; ders., *Anti-Zionism*, S. 11; Smith, *Conflict*, S. 399; Sayigh, *Struggle*, S. 585f.; Kapeliouk, Arafat, S. 245f.; Dietl, *Agentin*, S. 302–307; Margaret L. Rogg: 3 Israelis Slain by Palestinians in Cyprus, in: *NYT*, 26. 09. 1985, S. A3.

⁸⁵³ Vgl. Tessler, *Conflict*, S. 660f.; Rubin, *Revolution*, S. 75f.; Sayigh, *Struggle*, S. 586; Dietl, *Agentin*, S. 312.

⁸⁵⁴ Zum gezielten Einsatz von Terrorismus bei Arafat u. den Angriffen Ende 1985 vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 41–75, 105–107; Rubin, *Revolution*, S. 69–79.

hinter den Taten identifizieren konnte, war eher unwahrscheinlich, da die konkreten Anschläge von anderen, lediglich von Arafat finanzierten und beauftragten Splittergruppen ausgeführt wurden und zeitgleich auch die PFLP-GC, Abu Nidal und islamistische Gruppierungen durch Gewalttaten in Erscheinung traten⁸⁵⁵.

Im zweiten Fall, so Rubin, setzte Arafat auf ein Scheitern der amerikanisch-jordanischen Verhandlungen, da es in den Gesprächen keine Fortschritte gab und Moskau sowie die radikale innerpalästinensische Opposition den Druck so weit erhöht hatten, dass er seinen proamerikanischen Kurs abbrechen musste. Die einkalkulierten amerikanischen oder israelischen Reaktionen sollten ein Weiterverhandeln mit Jordanien unmöglich machen. Arafat suchte nach einer Möglichkeit, ein Ende seines Westkurses einzuleiten, sich dem Kreml wieder zuzuwenden und die entstandene Blockade zu lösen. Die Sowjetunion hätte im Fall westlicher Angriffe auf die PLO/Fatah Arafat unter Wahrung des eigenen Ansehens wieder zu integrieren vermocht, nachdem das gemeinsame klassische Feindbild der gegen die friedliche Palästinensische Befreiungsorganisation aggressiv auftretenden Front Israels und der USA wiederhergestellt war. Alle syrischen Pläne zur Gründung einer zweiten Befreiungsorganisation der Palästinenser wären damit außerdem endgültig gestoppt worden. Denn die Hilfe für die PLO gegen Israel und die USA hätte alle vorangegangenen Konflikte mit Arafat in den Hintergrund gedrängt⁸⁵⁶. Dass von der Fatah und Arafat antisyrische „Aktionen“ vorbereitet wurden – und zwar früher als die Anschläge auf amerikanische und israelische Ziele – verändert und ergänzt diese Thesen.

Arafat selbst wollte mit dem Versuch einer Geiselnahme auf dem Kreuzfahrtschiff und der Ermordung der drei israelischen Bürger auf Zypern nicht ausschließlich eine Reaktion gegen die PLO provozieren, um die jordanische Option aufgeben zu können oder sich eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen, sondern er konzipierte parallel auch antisyrische Maßnahmen. 1985 plante die Fatah insgesamt mindestens fünf Attentate auf diplomatische Vertreter oder Botschafter Syriens in Europa, wobei nur dasjenige in Berlin eindeutig der DDR und damit der sozialistischen Seite schaden sollte⁸⁵⁷. Es kann berechtigt davon ausgegangen werden, dass schon der Versuch eines Attentats auf den syrischen Botschafter in Berlin Damaskus nicht länger von der Gründung einer Gegen-PLO abgehalten hätte und damit eine vollkommen neue Lage entstanden wäre. Der sowjetischen Nahostpolitik hätte dies besonders geschadet⁸⁵⁸. Die bis September 1985 ausgebliebene „Aktion“ in Berlin und der wachsende sowjetische Druck führten möglicherweise dazu, dass Arafat – bei gleichzeitig fehlenden Erfolgen in Bezug auf das Abkommen mit König Hussain – neuen, antiwestlichen Terrorismus initiierte. Er beabsichtigte damit, Konfusion nach allen Seiten herzustellen, um Dinge in Bewegung zu setzen. Er handelte in der Gewissheit, dass sich etwas

⁸⁵⁵ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 574–589.

⁸⁵⁶ Vgl. Rubin, *Revolution*, S. 66–83; Dannreuther, *Soviet Union*, S. 142–147; Freedman, *Moscow*, S. 209, 235–238; Golan, *Moscow*, S. 124f.

⁸⁵⁷ Vgl. Merari/Elad, *Terrorism*, S. 98; Livingstone/Halevy, *PLO*, S. 122–124; Sayigh, *Struggle*, S. 603f.

⁸⁵⁸ Zu den von Moskau befürchteten Konsequenzen einer syrischen Übernahme der PLO vgl. Primakov, *Russia and the Arabs*, S. 240f.

verändern musste, um dann sofort zu entscheiden, je nachdem, ob die Situation sich für oder gegen die jordanische Option entwickelt hatte⁸⁵⁹: „From Arafat’s standpoint, as long as he could pursue all paths simultaneously, there was no need to choose.“⁸⁶⁰ Dabei konnte er weder genau wissen, in welcher Weise eine amerikanische oder israelische Vergeltung auf terroristische Angriffe erfolgen würde, noch war die Fatah als Urheber zu identifizieren. Die Absicht, den syrischen Botschafter in Ost-Berlin zu töten oder zu entführen, bestand Ende des Jahres 1985 weiter. Ein erfolgreiches Attentat hätte also auch dann noch zu Reaktionen und somit zu Veränderungen der politischen Lage führen können⁸⁶¹.

Ziel des SED-Regimes war es 1985/86 noch immer, die jordanisch-palästinensische Option „zu Fall zu bringen“; nicht das „Schicksal“ von Einzelpersonen der PLO-Führung war bekanntlich von übergeordnetem Interesse, sondern ein Ende der proamerikanischen Politik Arafats⁸⁶². Honecker zeigte ihm, dass er ausschließlich Damaskus unterstützte, solange Assad keine zweite Befreiungsorganisation der Palästinenser proklamierte⁸⁶³. Währenddessen versuchte das MfS die Fatah davon abzuhalten, als Racheakt den Botschafter Syriens in der DDR zu ermorden. Die KPdSU informierte die SED Mitte September 1985, dass sie zwar noch immer „keine politische Voraussetzung für einen Besuch Arafats in der Sowjetunion“ sehe, sie aber „intensiv“ über die Botschafter in Tunis und Amman auf die PLO-Führung und Arafat einwirke⁸⁶⁴. Die von der Sowjetunion geforderte

⁸⁵⁹ Vor diesem Hintergrund müssen auch die Aussagen Arafats gegenüber Klaus Hänsch, MdEP, Anfang März 1986 bewertet werden. Arafat erklärte sich am 07. 03. 1986 – trotz der vorangegangenen antiamerikanischen Angriffe der Fatah und des von Amman erklärten Scheiterns der „jordanischen Option“ – im Namen der PLO prinzipiell bereit, VN-Resolution 242 anzuerkennen, wenn Washington im Gegenzug für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht eintrat; Hänsch erhielt diesbezüglich ein vierseitiges Papier Arafats, vgl. AdsD, 1/RZAA/000419, Vermerk, 14. 03. 1986.

⁸⁶⁰ So Rubin, *Revolution*, S. 70.

⁸⁶¹ Das MfS ging davon aus, dass die PLO/Fatah den syrischen Botschafter am Silvestertag 1985 bzw. dem Neujahrstag 1986 entführen wollte, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 88–94; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Analysen, 05. 12. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

⁸⁶² Zu den Zitaten vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94. Diese gemeinsame ostdeutsch-syrische Position war nicht zuletzt Hauptgegenstand der Gespräche, die der scheidende sowie der neu akkreditierte Botschafter der DDR in Syrien zwischen Herbst 1985 u. Frühjahr 1986 in Damaskus mit den wichtigsten Funktionären des Assad-Regimes führten. So stellte etwa der syrische Vizepräsident im Dezember 1985 fest: „Hinsichtlich der PLO komme es darauf an, die Wiederherstellung der Einheit auf patriotischer antiimperialistischer Grundlage zu realisieren. Mit Arafat und seiner Gruppierung sei das aber nicht möglich. Arafat habe unwiderruflich den Weg von Camp David eingeschlagen, sich vollständig den USA und der Reaktion ausgeliefert. [...] Syrien habe viele Erfahrungen mit Arafat und den Kräften seiner Umgebung [...]. Wer glaube, mit ihnen zu einer Verständigung auf antiimperialistischer Grundlage zu kommen, lebe in einer großen Illusion. [...] Arafat in diesem Sinne überzeugen zu wollen, komme dem Versuch gleich, Helmut Kohl als antiimperialistischen progressiven Verbündeten zu gewinnen“, so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/87, Vermerk der Botschaft Damaskus, 12. 12. 1985.

⁸⁶³ Vgl. u. a. die Berichte in: ebd.

⁸⁶⁴ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 18. 09. 1985, Bl. 205.

Revision des Hussain-Arafat-Abkommens war also bisher an Arafats Weigerung gescheitert. Dennoch hielt Moskau nach wie vor an dessen Person fest, denn ein Führungswechsel wäre zu diesem Zeitpunkt dem Zerfall oder der syrischen Übernahme der PLO gleichgekommen⁸⁶⁵. Obwohl Moskau und Ost-Berlin es seit Anfang 1985 nicht mehr ausschlossen, Arafat an der Spitze der PLO ablösen zu müssen, und an politischen Alternativen für seine Person arbeiteten, war bis zur Jahreswende 1985/86 noch kein akzeptabler und aussichtsreicher Ersatz für ihn gefunden. Khalaf entzog sich allen Versuchen der DDR, ihn als Führungsfigur des neuen „kollektiv-demokratischen“ Exekutivkomitees der PLO aufzubauen. Die „Aktion Dreiklang“ war bis dahin ohne Ergebnis geblieben.

Nicht zuletzt weil auch Syrien wusste, dass eine zuverlässige Alternative zu Arafat fehlte, sah Assad von einer Tötung des PLO-Vorsitzenden ab. Die internationale Forschung hat als eine der wichtigsten Ursachen, weshalb Syrien erfolglos in seinem Bestreben blieb, die Palästinensische Befreiungsorganisation zu übernehmen, eine zweite PLO zu gründen oder Arafat umzubringen, herausgestellt, dass mit der Bekämpfung der PLO/Fatah durch Syrien das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Assads für die Mehrheit der Palästinenser ruiniert war. Die palästinensische Bevölkerung hätte ihm keine Gefolgschaft geleistet; sie verachtete, was Damaskus mit den Palästinensern im Libanon 1983 getan hatte. Deshalb blieb auch der Musa/Salah-Putsch nur ein Versuch, die Führung der Fatah zu stürzen, denn den Putschisten mangelte es an innerpalästinensischer Unterstützung. Nur Arafat und die Fatah hatten seit 1982/83 durch die Angriffe der Syrer und prosyrischen Verbände auf die PLO und die palästinensischen Flüchtlinge nach der israelischen Offensive im Libanon unter den Palästinensern an Rückhalt gewonnen⁸⁶⁶.

Die sozialistische PLO-Politik befand sich Anfang 1986 insofern am Scheideweg. Entweder die KPdSU wich zurück und hatte möglicherweise zu akzeptieren, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Vorsitz Jassir Arafats zu einer Nahostlösung gelangte, bei der sie keine direkte Bedeutung besaß, oder Arafat musste letztlich doch abgesetzt werden, weil er sich einer Disziplinierung entzog. Beide Wege gingen mit einem Machtgewinn Syriens einher und bedeuteten einen Rückschlag für die sowjetischen Interessen. Die dritte Option war, abzuwarten, bis Arafat seine Westpolitik aufgab. Aber auch bei dieser Alternative war die politische Lage unvorhersehbar. Denn die großen Verwerfungen, die das Abkommen mit Jordanien ab Februar 1985 in- und außerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation verursachte, bedrohten nicht nur den Machtanspruch Arafats, sondern bewirkten auch, dass verschiedene Gruppen, unter anderem Abu Nidal und die PFLP-GC, aber auch nichtpalästinensische islamistische Organisationen wie Amal und Hizballah, die Zahl terroristischer Überfälle erhöhten, um die jordanisch-palästinensische Annäherung zu sabotieren und zu diskreditieren⁸⁶⁷. Falls Arafats projordanische Politik deshalb scheitern sollte, weil

⁸⁶⁵ Vgl. Freedman, *Moscow*, S. 202–209, 235; Golan, *Moscow*, S. 124.

⁸⁶⁶ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 596; Avi-Ran, *Involvement*, S. 158. So auch Frau Koulaïlat im Gespräch am 05. 11. 2013.

⁸⁶⁷ Vgl. Rubin/Rubin, *Arafat*, S. 44–62, 94–110; Sayigh, *Struggle*, S. 581, 587.

Amman das Abkommen einseitig aufkündigte, stand die Führung der PLO ihrer Opposition schutzlos gegenüber. Es war dann unvorhersehbar, wie sich die Machtverteilung ändern würde, welche Rolle Syrien spielen würde und wer an die Spitze des Exekutivkomitees trat.

Arafats „jordanische Option“ als Ziel: Das MfS beauftragt „Alba“

Nachdem Israel Anfang Oktober 1985 bereits Arafats Zentrale in Tunis bombardiert und im Herbst desselben Jahres eine jordanisch-syrische Annäherung stattgefunden hatte, gab König Hussain im Februar 1986 bekannt, Jordanien fühle sich mangels Einigungsbereitschaft Arafats nicht länger an das Abkommen vom 11. Februar 1985 gebunden⁸⁶⁸. Moskau hatte sofort nach dem israelischen Angriff des Hauptquartiers der PLO erkannt, dass dieser von Vorteil war, weil Arafats auf Ausgleich mit Jordanien und den USA bedachte Politik dadurch impraktikabel wurde. Die KPdSU unterwies die SED aus diesem Grund Anfang November 1985 wie folgt: „Die Sowjetunion geht davon aus, dass das Palästina-Problem nicht kurzfristig (nicht zu Lebzeiten Arafats) lösbar ist. [...] Eine Scheinlösung wie die Gewährung einer Autonomie werde das palästinensische Volk nicht befriedigen. [...] Die UdSSR tritt für die Bewahrung der PLO als einheitlicher nationaler Befreiungsorganisation mit antiimperialistischer Ausrichtung ein. Sie [die UdSSR] ist kategorisch gegen die Linie Jassir Arafats, der die kurzfristige Scheinlösung des Palästina-Problems mithilfe der USA, Jordaniens und Ägyptens anstrebt. Zugleich erkennt die UdSSR die ‚Rettungsfront‘ nicht an und tritt gegen die syrischen Absichten zur Bildung einer Parallel-PLO auf. Die Sowjetunion betrachtet die Fatah als Hauptkraft der PLO, fordert aber vom ZK der Fatah, auf eine prinzipielle antiimperialistische Linie zurückzukehren, notfalls indem es sich von Arafat trennt. [...] Die Situation für eine Einigung der PLO ist nach dem israelisch-amerikanischen Angriff auf Tunis günstig. In der Führung der Fatah sind erste politische Veränderungen in Gang gekommen. Arafat wird bedrängt, seine Linie zu verändern.“⁸⁶⁹

Angesichts der nach dem israelischen Angriff neu eingetretenen „günstigen“ Situation untersagte der Kreml Ost-Berlin, die „Aktion Dreiklang“ fortzuführen: „Selbst eine lose Verbindung über eine Zusammenarbeit zwischen der Fatah, DFLP und PKP würde in Syrien als Provokation aufgenommen. Ein solches Dreiertreffen in Berlin könnte daher zum auslösenden Moment für die beschleunigte Bildung einer Gegen-PLO werden. [...] Die SED kann nicht Gastgeber eines Treffens palästinensischer Organisationen sein, dessen Ergebnisse gegen die Interessen der sozialistischen Gemeinschaft im Nahen Osten missbraucht werden könnten.“⁸⁷⁰ Weil Israel das PLO-Hauptquartier angegriffen hatte, war es aus

⁸⁶⁸ Vgl. Habib, Hussein, S. 55; Tessler, Conflict, S. 665; Sayigh, Struggle, S. 586f.; Dannreuther, Soviet Union, S. 140–146; Goodarzi, Syria and Iran, S. 142–144, 160–182. Vgl. auch Arab Summit League, 09. 08. 1985, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 492f.; Syrian-Jordanian Joint Communique, 13. 11. 1985, in: ebd., S. 499. Zur Erklärung Hussains vgl. Ending the Jordan-PLO Initiative, 19. 02. 1986, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 299–313.

⁸⁶⁹ So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 04. 11. 1985, Bl. 228f.

⁸⁷⁰ So ebd., Bl. 230f. Vgl. auch BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 04. 11. 1985, Bl. 3f.

Sicht des Kreml nicht mehr notwendig, ein linkes Oppositionsbündnis innerhalb des Exekutivkomitees aufzubauen, um den absoluten Führungsanspruch der Fatah zu brechen. Denn der israelische Luftschlag delegitimierte alle Anstrengungen Arafats, eine Verhandlungslösung mit Jordanien, den USA und Israel zu erreichen. Er ließ die Sowjetunion wieder als natürlichen Verbündeten einer vom Westen gehassten und verfolgten PLO/Fatah erscheinen. Die KPdSU konnte nun wieder Bedingungen stellen und musste nicht länger mit der Fatah verhandeln. Für den angestrebten Politikwechsel brauchte man keine Konzessionen mehr zu machen, denn Arafat befand sich klar im Nachteil. Syrien durfte nun keinesfalls provoziert werden, etwa indem man Arafat gegenüber noch Zugeständnisse machte, um eine Koalition mit PKP und DFLP im Exekutivkomitee durchzusetzen, obwohl die Position der PLO-Führung schon geschwächt war.

Der Angriff in Tunis bedeutete nicht das unabwendbare Ende der ägyptisch-jordanischen Politik Arafats, aber er erlaubte es der Sowjetunion, ihre Politik neu auszurichten, um am Ende die Rückgängigmachung aller „proimperialistischen“ Entscheidungen, die Arafat zwischen dem Sommer 1982 und dem Herbst 1985 getroffen hatte, zu erreichen. In diesem Sinne galt es, die „antiimperialistische“ Wirkung dieses israelischen Luftschlags gegen die PLO zu verstärken und dabei die seit Januar 1986 gewachsenen amerikanisch-libyschen Spannungen sowie eine jordanisch-syrische Annäherung zu nutzen. Arafats falsche, gegen die Interessen der sozialistischen Staaten betriebene Politik sollte nicht mehr über einen innerpalästinensischen Dialog beendet werden, sondern mithilfe weiterer westlicher Angriffe, die – ähnlich dem israelischen Bombardement von Tunis – eine Reaktion auf vorangegangene terroristische Gewalt waren. Der DDR bot sich Anfang 1986 eine Chance, ihre Ziele zu erreichen und das Hussain-Arafat-Abkommen „zu Fall zu bringen“, ohne dabei die Einheit der PLO zu gefährden. Erich Mielke lenkte dazu die Gruppe „Abu Jabbar“ alias „Orient“, also diejenigen, die Arafat im Januar 1985 in die DDR geschickt hatte, um die ostdeutsch-syrischen Beziehungen anzugreifen, gegen die PLO/Fatah selbst.

Das Ministerium für Staatssicherheit ging ab Februar 1986 dazu über, antiame-rikanische Anschlagpläne Libyens in Berlin zu unterstützen, obwohl es diese Absichten genauso hätte unterbinden können wie Arafats Plan, den syrischen Botschafter zu ermorden. Mielke tat dies im Falle Libyens aber bewusst nicht. Nachdem es dem MfS im Herbst 1985 gelungen war, in „Orient“ einzudringen und ein antisyrisches Attentat zu verhindern – maßgeblich weil die Staatssicherheit „operativen Kontakt“ zu „Orient 2“ herstellte und man ihn ab Anfang November 1985 als Kontaktperson führte –, löste sich die Zelle „Orient“ in den ersten Wochen des Jahres 1986 praktisch auf und existierte fortan nicht mehr als eine der Fatah unterstehende Abteilung⁸⁷¹. Das MfS duldete die drei ehemaligen Mitglieder von

⁸⁷¹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93-97. Mit der KP „Orient 2“ fanden regelmäßig alle zwei Wochen Treffen statt. „Orient 2“ zeichnete sich dabei – so das MfS – durch eine „hohe Kooperationsbereitschaft“ aus. Die KP „Orient 2“ wurde ab dem 04. 04. 1986 unter dem Namen „Faysal“ geführt. Mit der KP „Faysal“ fanden bis Anfang 1988 Treffen in der DDR statt, vgl. ebd., Bl. 98; BStU, MfS, HA XXII, 489/12, Bericht, 28. 10. 1987, Bl. 7-9.

„Orient“, die Personen „Orient 2“, „Orient 3“ sowie „Ast 1“ allerdings weiterhin in der DDR. Sie begannen nach dem Ende von „Orient“ einen neuen Finanzier zu suchen, da jede Unterstützung der Fatah/„Gruppe 17“ eingestellt worden war. Die Staatssicherheit hielt Mitte März 1986 fest: „Inoffiziell wird bestätigt, dass die Gruppe ‚Orient‘ gegenwärtig verstärkt Kontaktbestrebungen zu mehreren arabischen Geheimdiensten unternimmt. Angeblich sind sie bei der Suche ihrer Kontaktpartner prinzipienlos. Entscheidendes Kriterium für eine mögliche Zusammenarbeit würde eine entsprechende finanzielle Unterstützung der Gruppe darstellen. Dementsprechend wird der Kontakt von ‚Orient 2‘ zu den Angehörigen des Libyschen Volksbüros in der DDR bewertet.“⁸⁷²

Aufgrund der bereits hergestellten Beziehung mit der PFLP-GC erteilte das Libysche Volksbüro J. Ch., der Verbindungsperson zwischen dem Volksbüro und der Berliner PFLP-GC, die seit Sommer 1985 eng mit „Orient 2“ zusammengearbeitet hatte, den Auftrag, den ehemaligen Kern der Zelle „Orient“ – also „Orient 2“, „Orient 3“ und „Ast 1“ – anzuwerben und in den Dienst der PFLP-GC/Libyens zu stellen⁸⁷³. Dabei soll auch ein ehemaliger hoher Funktionär der „Gruppe 17“ geholfen haben. Dieser sagte sich Ende 1985 von der Sonderabteilung der PLO-/Fatah-Sicherheit los, nachdem er bis zu diesem Zeitpunkt eine Führungsfunktion für „Orient“ in der DDR besessen hatte⁸⁷⁴. Nach Erkenntnissen der Staatssicherheit beabsichtigte das Libysche Volksbüro aus der ehemaligen Gruppe „Orient“ eine neue Zelle unter Leitung von J. Ch. und „Orient 2“ zu bilden, der Tripolis eine sichere finanzielle Existenz in Aussicht stellte, wenn sie „Liquidierungen von Exilibyern“ und geplante Attentate und Anschläge auf amerikanische Soldaten und US-Einrichtungen in West-Berlin ausführen würde⁸⁷⁵. Libyen konzentrierte sich dabei, so die Feststellungen des MfS, seit Mitte März 1986 vor allem auf „Ast 1“ und erpresste ihn, um seinerseits die geforderte Zustimmung für antiamerikanische Terroranschläge in West-Berlin zu erhalten⁸⁷⁶.

Bei „Ast 1“ handelte es sich um M. al O., der dem MfS unter mehr als zehn Aliasnamen bekannt war; die gebräuchlichsten lauteten auf Abdel Kader al Khalil, Benali Mohammed Suliman, Mohammed Toman, Abdel Razzak, Ali Naim Abdel Kader sowie Abed⁸⁷⁷. O. gehörte mutmaßlich zu Beginn der 1970er Jahre der in

⁸⁷² So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 20. 03. 1986, Bl. 173.

⁸⁷³ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 20. 03. 1986, Bl. 173.

⁸⁷⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18607/3, Abschlussbericht zur OPK „Wal“, 21. 01. 1989, Bl. 66f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 180f.

⁸⁷⁵ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32.

⁸⁷⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 16f.

⁸⁷⁷ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1“, 26. 06. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 19; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21, 24; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed“, 10. 02. 1987, Bl. 27–29; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 2,

West- und Ost-Berlin tätigen PFLP-Gruppe um S. A. an⁸⁷⁸. Er wechselte später zur PFLP-GC und reiste 1979, soweit die Unterlagen der Staatssicherheit dies derzeit belegen können, erstmals wieder unter dem Namen Mohammed Toman in die DDR ein⁸⁷⁹. Gemeinsam mit einer weiteren Person war er für den Sprengstoffanschlag auf das israelische Restaurant „Mifgash“ am 15. Januar 1982 in Berlin-Wilmersdorf verantwortlich⁸⁸⁰. Dabei wurden mehr als 20 Menschen verletzt und ein vierzehn Monate altes Kind getötet⁸⁸¹. Die Tatbeteiligung des M. al O. alias „Ast 1“ alias Mohammed Toman ergibt sich aus der nach dem Anschlag festgehaltenen Einreisepersonalie und dem später von der Staatssicherheit verwandten Aliasnamen⁸⁸². O. sowie der zweite Tatverdächtige flohen demnach am 15. Januar 1982 nach Ost-Berlin und wurden vom MfS – das von deren Tat wusste – dabei unterstützt, von Berlin-Schönefeld in den Nahen Osten zu fliegen⁸⁸³. O. gehörte 1983 zu jenen Mitgliedern der PFLP-GC, die im Zusammenhang mit den syrisch-palästinensischen Kämpfen im Libanon zur Fatah überliefen. Er befand sich bereits seit Herbst 1983 erneut in der DDR und wurde später von „Orient“ als potenzieller Attentäter des syrischen Botschafters rekrutiert⁸⁸⁴. Die Staatssicherheit war von Beginn an darüber informiert, dass O. im Februar/März 1986 gegenüber dem Libyschen Volksbüro in eine „persönliche Abhängigkeit“ geraten war

Index, o. D., Bl. 1-3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Index, o. D., Bl. 5; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Organigramm, o. D., Bl. 15; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, AOP, 7912, Bd. 3, Antrag des Libyschen Volksbüros auf Visaerteilung, 01. 04. 1986, Bl. 27; BStU, MfS, AOP, 7912, Bd. 3, Vermerk, 03. 04. 1986, Bl. 28-32; BStU, MfS, HA II, 4802, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 139; BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 131, 133.

⁸⁷⁸ Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Treffbericht „Patriot“, 20. 12. 1975, Bl. 338f.; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 12. 06. 1975, Bl. 460; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Vermerk, 10. 04. 1986, Bl. 95; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed“, 10. 02. 1987, Bl. 27f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 2, Index, o. D., Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Index, o. D., Bl. 5; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII an Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 11; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18f.

⁸⁷⁹ Vgl. ebd., Bl. 18.

⁸⁸⁰ Vgl. ebd., Bl. 18f.

⁸⁸¹ Vgl. Mehrere Verletzte bei Explosion in israelischem Restaurant in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 16. 01. 1982, S. 1; Ein Kind als Todesopfer des Anschlags in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 19. 01. 1982, S. 1.

⁸⁸² Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69-71; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1“, 26. 06. 1987, Bl. 1-3; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21, 24; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed“, 10. 02. 1987, Bl. 27-29; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Vermerk, 10. 04. 1986, Bl. 95.

⁸⁸³ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18f.

⁸⁸⁴ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69-71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 16f.

und dem J. Ch. „hörig und bereit sei, Aufträge in West-Berlin zu erfüllen“⁸⁸⁵. Das MfS unternahm aber nichts gegen O., obwohl bekannt war, dass Libyen ihn seit dem 27. November 1985 mit einem gefälschten Pass als Besucher des Volksbüros angemeldet hatte, das seinerzeit erteilte Visum bereits abgelaufen war, die Staatssicherheit O. für dringend tatverdächtig hielt, den Sprengstoffanschlag auf das „Mifgash“ verübt zu haben, und gegen ihn offiziell seit dem 24. März 1986 eine Operative Personenkontrolle eingeleitet hatte, um O. und sein Umfeld noch detaillierter überwachen beziehungsweise alle bereits gesammelten Erkenntnisse gezielter auswerten und zusammenführen zu können⁸⁸⁶.

Erich Mielke verstärkte aber auch anderweitig die Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die zunehmend von Libyen dominierte ehemalige Gruppe „Orient“ beziehungsweise PFLP-GC. Nach wie vor standen IM „Alba“ alias Ali Chanaa und IM „Alfredo“ alias Ahmad Hazam in Kontakt mit wichtigen Personen, wobei „Alba“ den größten nachrichtendienstlichen Wert besaß⁸⁸⁷. Im Januar 1986 war es außerdem gelungen, Salam Hadba als IM „Walid“ für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS zu verpflichten⁸⁸⁸. Möglicherweise wählte die Staatssicherheit Hadba gezielt aus, um eine zu diesem Zeitpunkt bereits im engen Umfeld von J. Ch., dem Libyschen Volksbüro und „Orient“ arbeitende Person zu rekrutieren, denn einen ersten Kontakt zu ihm hatte das MfS bereits im Januar 1983 hergestellt, ohne dass eine Werbung seither in Erwägung gezogen worden war⁸⁸⁹.

Die von Libyen in der DDR vorbereiteten Anschläge auf die USA waren ein Resultat der seit Ende 1985 zunehmend eskalierenden Beziehungen zwischen Washington und Tripolis. Die Vereinigten Staaten machten Libyen unter anderem für Gewalttaten gegen amerikanische Bürger und Einrichtungen verantwortlich. Seit Anfang Januar 1986 hielt die US-Marine vor der Küste Libyens ein Manöver

⁸⁸⁵ So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190. Vgl. auch BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21–23; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 01. 04. 1986, Bl. 179; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159.

⁸⁸⁶ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; Vermerk, 17. 01. 1986, Bl. 80; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 11. 04. 1986, Bl. 183f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Vermerk, 03. 04. 1986, Bl. 28–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Antrag des Libyschen Volksbüros auf Visaerteilung, 01. 04. 1986, Bl. 27. O. war Mitte Februar 1986 auch nicht am Flughafen Schönefeld an der Einreise gehindert worden, obwohl DDR-Stellen bemerkt hatten, dass sein Pass gefälscht war, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 36.

⁸⁸⁷ Vgl. u. a. die Bewertung in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Vorschlag der Umregistrierung, o. D., Bl. 194–197. Zum IM „Alfredo“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Bericht, 04. 06. 1986, Bl. 119f.; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Abschlussbericht zur OPK „Eva“, 10. 01. 1987, Bl. 114.

⁸⁸⁸ Vgl. BStU, MfS, AIM, 9751/91, Bd. 1/1, Beschluss, 08. 01. 1986, Bl. 21.

⁸⁸⁹ Hadba war laut Darstellung des MfS im Abschlussbericht des OV „Orient“ als „Sympathisant“ eng mit der Gruppe verbunden u. erfüllte „kleinere Aufträge“, vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 136. Vgl. auch BStU, MfS, AIM, 9751/91, Bd. 1/1, Bericht, 11. 01. 1983, Bl. 41.

ab und reklamierte im Einklang mit internationalem Recht, dass die Bucht von Syrte bis mindestens zwölf Seemeilen vor dem Festland internationales Gewässer sei, während Libyen den gesamten Bereich der Bucht zum Staatsgebiet erklärt hatte und die Einfahrt der amerikanischen Marine als *Casus Belli* definierte⁸⁹⁰. Am 24. März 1986 kam es zu einem ersten, begrenzten Feuergefecht zwischen amerikanischen Streitkräften und der libyschen Armee, dem in den beiden folgenden Tagen weitere derartige Zwischenfälle folgten⁸⁹¹.

Das MfS vermerkte Ende März 1986, J. Ch. sei zwischen dem 26. Februar und dem 3. März 1986 zu Beratungen in Libyen gewesen und die Zentrale des Geheimdienstes in Tripolis habe bis einschließlich 31. März 1986 bereits mit drei Telegrammen „energisch zu Aktionen gegen US-Bürger in Westberlin aufgefordert“⁸⁹². Die Mitglieder des Berliner Terrorkommandos standen also unter hohem Erwartungsdruck, denn die libysche Regierung verlangte – angesichts der Lage in der Bucht von Syrte am 24., 25. und 26. März 1986 – einen erfolgreichen anti-amerikanischen Angriff in West-Berlin. Nach Erkenntnissen des MfS waren die Vorbereitungen für Terroranschläge letztlich so weit vorangeschritten, dass das Libysche Volksbüro am 25. und 26. März, das heißt zeitgleich mit den Gefechten zwischen amerikanischer Marine und libyscher Armee in der Bucht von Syrte, zwei Anschläge ausführen lassen wollte⁸⁹³. Beide scheiterten, laut Vermerk der Staatsicherheit, aus unterschiedlichen Gründen. Im ersten Fall aufgrund „ungenügender Aufklärungshandlungen und fehlender Fluchtfahrzeuge“⁸⁹⁴. Geplant war ein Angriff mittels Handgranaten und Maschinenpistolen auf eine Kaserne oder ein Krankenhaus der amerikanischen Armee in West-Berlin⁸⁹⁵. Möglicherweise ging es auch um ein gezieltes Erschießen von US-Soldaten, denn das libysche Kommando, das nach West-Berlin reiste, führte neben den genannten Waffen auch drei Pistolen mit Schalldämpfern mit sich⁸⁹⁶.

Mutmaßlicher Haupttäter dieses ersten, gegen von den USA militärisch genutzte Objekte in West-Berlin gerichteten terroristischen Anschlags war, neben A. K. und J. Ch., ein gewisser M.-I. S. alias Abu Ahmad, der der PFLP-GC West-Berlins angehörte⁸⁹⁷. M.-I. S. sei, so die Erkenntnis der Staatssicherheit, am 20. März 1986 beauftragt worden, geeignete „Zielobjekte“, unter anderem die genannten amerikanischen Einrichtungen, aufzuklären⁸⁹⁸. Andere Dokumente des MfS verdeutli-

⁸⁹⁰ Vgl. Bruce St John, *Libya*, S. 131–136.

⁸⁹¹ Vgl. DPA: USA führten Vergeltungsschlag gegen libysche Raketenstellung, in: *Der Tagesspiegel*, 25. 03. 1986, S. 1; AP: US-Marine griff weitere libysche Ziele an, in: *Der Tagesspiegel*, 26. 03. 1986, S. 1. Vgl. auch Meining, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 433.

⁸⁹² So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159. Vgl. auch BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20. 03. 1986, Bl. 63.

⁸⁹³ So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37–40.

⁸⁹⁴ So ebd., Bl. 37f.

⁸⁹⁵ Vgl. ebd.

⁸⁹⁶ Vgl. ebd.

⁸⁹⁷ Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA II, 4802, Auskunftsbericht, 29. 01. 1987, Bl. 11.

⁸⁹⁸ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 27. 01. 1987, Bl. 19.

chen, dass Libyen besagten S. lange vorher in die Vorbereitung von terroristischen Anschlägen in West-Berlin einbezog und man derartige „Aktionen“ gemeinsam mit J. Ch. und Führungsmitgliedern der späteren Zelle „Orient“ seit Anfang des Jahres 1985 plante: „Durch die BV Berlin, Abt. IV (Op.-Inf. 191/85 vom 9. 1. 85) wurde bekannt, dass arabische Staatsbürger in der Hauptstadt der DDR Aktivitäten entwickeln, in Westberlin Waffen und Sprengmittel zur Durchführung terroristischer Anschläge zu beschaffen. Als mögliche Ziele wurden eine israelische Einrichtung sowie Polizeidienststellen in Westberlin bestimmt. Die Hauptaktivitäten bei der Beschaffung der Waffen und Sprengmittel gehen von dem Mitarbeiter des libyschen Volksbüros in der DDR [J. Ch.] aus und sollen im Auftrag einer Person Abou Gaber [alias Abu Jabar; die spätere KP „Orient 2“ alias KP „Faysal“] [...] erfolgen.“⁸⁹⁹ In diesem Zusammenhang berichtete IM „Alba“, dass im Oktober 1985 im Anschluss an eine „Solidaritätsveranstaltung“ des Libyschen Volksbüros ein Treffen in einem der „Hinterzimmer“ der Vertretung Libyens stattgefunden habe, für das J. Ch. den M.-I. S. eigens aus West-Berlin hinzuholte⁹⁰⁰. An dieser Zusammenkunft nahmen außer M.-I. S. und J. Ch. auch A. K., eine Person namens I. M. – ebenso Mitglied der West-Berliner PFLP-GC – sowie drei weitere Männer teil, darunter Ali Chanaa alias IM „Alba“⁹⁰¹. „Alba“ bezeichnete S. gegenüber seinem Führungsoffizier „von Verhalten und Sprechweise her als Verbrechertypen“⁹⁰². Gegenstand dieser in der libyschen Vertretung im Herbst 1985 abgehaltenen „Sondersitzung“ war, daran lässt die Darstellung von „Alba“ sowie der Staatssicherheit kaum Zweifel, die Vorbereitung einer terroristischen Straftat in West-Berlin unter Hinzuziehung des M.-I. S.

Nachdem das Volksbüro am Dienstag, dem 25. März 1986, von „einem geplanten Anschlag Abstand genommen“ hatte, reisten am Folgetag J. Ch., M.-U. A. E., „Orient 2“ alias KP „Orient 2“, „Orient 3“ und eine Person Namens „Abed“, das heißt „Ast 1“ alias M. al O., mit einem libyschen Botschaftsfahrzeug sowie einem weiteren, mit West-Berliner Zollkennzeichen versehenen Auto von Ost- nach West-Berlin und trafen sich in einer Wohnung mit drei weiteren Personen: den beiden bekannten Kontakten I. M., M.-I. S. alias Abu Ahmad sowie IM „Walid“ alias Salam Hadba; anwesend war zudem auch Ali Chanaa alias IM „Alba“⁹⁰³.

⁸⁹⁹ So BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, September 1986, Bl. 81f.

⁹⁰⁰ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, Abt. II, 680, Operativ-Information, 11. 10. 1985, Bl. 139f.

⁹⁰¹ Vgl. ebd., Bl. 139; BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3.

⁹⁰² So BStU, MfS, BV Berlin, Abt. II, 680, Operativ-Information, 11. 10. 1985, Bl. 139f.

⁹⁰³ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38f.; BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3. Das Zollkennzeichen des zweiten Fahrzeuges lautete entweder 244-Z-5030 o. 244-Z-8040. Laut den dem MfS mitgeteilten Erkenntnissen des sowjetischen Geheimdienstes, die die Staatssicherheit mit der Aktennotiz „stimmt“ bestätigte, war „Orient 2“ der Halter eines schwarzen Mercedes mit dem Zollkennzeichen 244-Z-5030, u. dieses Auto wurde von den ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Orient“ im März u. Anfang April 1986 dazu genutzt, um Fahrten zwischen Ost- u. West-Berlin zur Unterstützung der anti-amerikanischen Anschlagpläne Libyens durchzuführen. IM „Alfredo“, der engste Kontakte zur ehemaligen Gruppe „Orient“ unterhielt, war dabei diverse Male Fahrer dieses Mercedes. Laut persönlicher Mitteilung des stellv. Ministers für Staatssicherheit, Gerhard Neiber, an Erich Mielke, sollte dieses Auto Ende April 1986 weiterverkauft wer-

Während des Gespräches – so die Hauptabteilung II, gestützt auf die Erkenntnisse ihrer eigenen Quelle „Alba“ sowie Informationen des E. und möglicherweise auch des „Walid“ – sei es zu der Festlegung gekommen, einen Sprengstoffanschlag auf eine Diskothek zu verüben, wobei drei mögliche Ziele in Betracht gezogen wurden: das „Nashville“ am Breitenbachplatz in Berlin-Dahlem, das „La Belle“ an der Hauptstraße in Berlin-Friedenau und das „Starlight“ an der Goerzallee in Berlin-Lichterfelde⁹⁰⁴. Im späteren MfS-Bericht der Hauptabteilung II heißt es: „Die beteiligten Personen [„Alba“, „Walid“, E., Ch., „Orient 2“, „Orient 3“, „Ast 1“, M. und S.] einigten sich [am Abend des 26. März 1986] darauf, dass für einen Anschlag die Diskothek ‚La Belle‘ am geeignetsten sei. Ausschlaggebend dafür war der Auftrag, dass die Bedingungen für den Rückzug der Attentäter über eine GÜST [Grenzübergangsstelle] zur Hauptstadt der DDR als am günstigsten angesehen wurden.“⁹⁰⁵

Noch an jenem Mittwoch, dem 26. März 1986, soll es zu einem ersten Anschlagversuch gegen die Diskothek „La Belle“ gekommen sein. Dieser wurde allerdings abgebrochen, da „von den genannten Personen [„Alba“, „Walid“, E., Ch., „Orient 2“, „Orient 3“, „Ast 1“, M. und S.] am 26. 3. erhöhte Sicherheitsmaßnahmen der Westberliner Polizei in Umgebung des Zielobjektes festgestellt“ wurden⁹⁰⁶. Aus diesem Grund nahmen „sie von dem für diesen Tag beabsichtigten Anschlag Abstand und kehrten in die Hauptstadt der DDR zurück.“⁹⁰⁷ Der Anschlagversuch vom 26. März wird unter anderem im späteren Eröffnungsbericht

den. Das Zollkennzeichen 244-Z-8040 gehörte zu einem Auto, das IM „Alba“ alias Ali Chanaa fuhr. Dieses Fahrzeug wurde Anfang Juni 1986 „einem Araber wohnhaft in Berlin-Pankow“ verkauft, vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Vertrag, 09. 06. 1986, Bl. 192; BStU, MfS, HA II, 4802, Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielle, 15. 04. 1986, Bl. 221 f.; BStU, MfS, HA II, 26622, Übersetzung aus dem Russischen, o. D., ca. 15. 06. 1986, Bl. 13; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, HA II, 26622, Bericht, 20. 06. 1986, Bl. 15; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Bericht, 14. 03. 1986, Bl. 124; BStU, MfS, HA II, 27637, Hinweise für die Kontrolltätigkeit, o. D., ca. April 1986, Bl. 40. Nach Auskunft des Hauptzollamts Berlin vom 14. 08. 2012 existieren keine Unterlagen mehr, die Auskunft über 1986 vergebene Zollkennzeichen bzw. damalige Fahrzeughalter geben.

⁹⁰⁴ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 27. 01. 1987, Bl. 17 f.; BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 4. Vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Bl. 7, für die Kopie der Notizen von E., in denen das „Starlight“ als „Stardust“ bezeichnet wird.

⁹⁰⁵ So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38 f. Die Distanz zwischen den Diskotheken u. der in jedem Fall immer gleichen, nächstgelegenen Grenzübergangsstelle nach Ost-Berlin, der Heinrich-Heine-Straße, betrug beim „Nashville“, rd. 11 km, in etwa 15 Autominuten Fahrzeit. Das „Starlight“ lag ca. 17 km von der Heinrich-Heine-Straße entfernt, die geschätzte Fahrzeit hätte mind. 20 Min. betragen. Vom „La Belle“ waren es 8 km bis an die Grenzübergangsstelle, eine Distanz, die per Auto in weniger als 10 Min. zurückgelegt werden konnte.

⁹⁰⁶ So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38 f.

⁹⁰⁷ So ebd. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 4618, Reisetätigkeit des [M. O. A. E.], 05. 04. 1986, Bl. 4.

des OV „Lux“ bestätigt⁹⁰⁸. Der Rücktransport der Waffen und des Sprengstoffs sei am 27./28. März erfolgt, wobei alles im Libyschen Volksbüro eingelagert worden sei⁹⁰⁹. Im April 1986 befanden sich nach Erkenntnissen der Staatssicherheit auf dem Gelände der Botschaft Libyens in der DDR in Obhut des Geheimdienstmitarbeiters A. K. mehr als 30 Kilogramm Sprengstoff⁹¹⁰.

Der zitierte Bericht der Hauptabteilung II hebt weiter hervor: „Im Rahmen der im Auftrag des MfS erfolgten teilweisen unmittelbaren Beteiligung des IMB ‚Alba‘ an vorgenannten Aktivitäten wurde bekannt, dass der Terroranschlag auf die Diskothek ‚La Belle‘ [am 26. März 1986] durch nachgenannte Personen ausgeführt werden sollte: 1. [M.-I. S.], 2. [BStU-anonymisiert], 3. [A.-J. H.; alias ‚Orient 3‘], 4. [BStU-anonymisiert].“⁹¹¹ Dieselbe Quelle, das heißt ein identisches Dokument, ist als Zweitablage sowohl in der Akte HA II 4782 als auch HA II 32886 enthalten, wobei in dem letztgenannten Band alle vier Namen nicht anonymisiert genannt werden⁹¹². Demnach handelte es sich bei den Zweit- und Viertgenannten um Salam Hadba alias IM „Walid“ und Benali Mohammed Suliman alias „Ast 1“ alias Abed alias Mohammed Toman alias M. al O.⁹¹³

Laut Darstellung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR beteiligten sich folglich am 25. sowie am 26. März 1986 eine Kontaktperson des MfS, Deckname „Orient 2“, und zwei Inoffizielle Mitarbeiter, „Alba“ und „Walid“, an der konkreten Vorbereitung eines Anschlags gegen die Vereinigten Staaten im amerikanischen Sektor von Berlin, wobei IM „Walid“ am 26. März als mutmaßlicher Attentäter auftrat und IM „Alba“ im Auftrag des MfS Unterstützung leistete; sowohl am 25. als auch am 26. März 1986 war IM „Alba“ alias Ali Chanaa, so das

⁹⁰⁸ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 18. E., J. Ch. u. „Orient 2“ hielten sich am 26. 03. 1986 nach Erkenntnissen des MfS zugleich in West-Berlin auf u. waren getrennt mit zwei Fahrzeugen, u. a. eines der libyschen Mission in Ost-Berlin, ausgereist, vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA II, 4618, Reisetätigkeit des [M. O. A. E.], 05. 04. 1986, Bl. 4.

⁹⁰⁹ So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 39.

⁹¹⁰ Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA XXII, 1182, Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke, o. D., ca. August 1986, Bl. 17.

⁹¹¹ So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 39f. Das Magazin „Der Spiegel“ veröffentlichte 1990 einen Artikel, der Zitate aus diesem Dokument enthielt. Zitiert wurden dabei die Angaben zu den Ereignissen am 25. 03. u. 26. 03. 1986, jedoch nicht der Satz aus der Originalakte, der beginnt mit „Im Rahmen der im Auftrag des MfS erfolgten unmittelbaren Beteiligung des IMB ‚Alba‘ an vorgenannten Aktivitäten“. Auch konnte seinerzeit noch nicht der Zusammenhang zwischen „Alba“ u. Ali Chanaa hergestellt werden, vgl. Bomben von Derwisch, in: Der Spiegel, 29/1990, S. 22–25.

⁹¹² Vgl. BStU, MfS, HA II, 32886, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 20f.; BStU, MfS, HA II, 4782, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 104f., die Bl. 108–165, die unmittelbar im Anschluss an diese zitierte Stelle folgen, wurden 1998 vom BStU als VS-Vertraulich eingestuft u. konnten nicht eingesehen werden. Staat, Hauptabteilung XXII, S. 433f., zitiert zwar die erwähnte Passage aus Akte HA II, 32886, gibt aber weder die Klarnamen der IM noch eine Quelle an u. stellt Gesamtzusammenhänge inadäquat dar.

⁹¹³ Vgl. BStU, MfS, HA II, 32886, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 22f.

zitierte Dokument der Staatssicherheit, „im Auftrag des MfS“ an den „vorgenannten Aktivitäten“ – also dem Anschlagversuch mittels Maschinenpistolen und Handgranaten gegen eine US-Kaserne, ein Hauptquartier oder ein Krankenhaus und dem am Folgetag geplanten ersten Sprengstoffanschlag auf die Diskothek „La Belle“ – „unmittelbar“ beteiligt. Diese „teilweise unmittelbare Beteiligung“ des Ali Chanaa bedeutete, so hielt es das MfS in unterschiedlichen Akten fest, dass IM „Alba“ weisungsgemäß den Transport von Waffen und Sprengstoff unterstützte, Kenntnis über ein Depot der Attentäter in der West-Berliner Wohnung des I. M. besaß, die Ziele potenzieller Anschläge mit festlegte und Einfluss auf Art und Durchführung der Tat ausübte⁹¹⁴. Das MfS bezeugt somit glaubhaft sowohl seinen eigenen Tatbeitrag als auch den des IM „Alba“.

Dass die beiden Anschläge vom 25. und 26. März scheiterten, hatte nichts mit einem Eingreifen der Staatssicherheit zu tun, sondern war auf anderweitige Umstände zurückzuführen. Jeder der beiden Versuche, an dem sich IM „Alba“ im Auftrag des MfS unmittelbar beteiligte, sollte durchgeführt werden. So hielt es das Ministerium für Staatssicherheit schriftlich fest. Aus den entsprechenden Aktenbelegen geht hervor, dass die beschriebenen Handlungen nicht dem Ausspähen von Tatorten dienten und an beiden Tagen Waffen mitgeführt wurden, um einen terroristischen Anschlag auszuführen. Erich Mielkes Ministerium nahm, so die eigene, schriftlich niedergelegte Darstellung des MfS, nicht nur billigend in Kauf, dass Ende März 1986 Anschläge in West-Berlin gegen die Vereinigten Staaten im Osten der Stadt vorbereitet wurden, sondern die Staatssicherheit gab mindestens einem Mitglied dieser terroristischen Zelle Aufträge. Darüber hinaus führte das MfS noch eine weitere Kontaktperson und einen zweiten IM in der Gruppe, den man am 26. März weder abzog noch ihm verbot, sich an den libyschen Plänen zu beteiligen: IM „Walid“. Dieser war sogar beim versuchten ersten Sprengstoffanschlag auf die Diskothek „La Belle“ mutmaßlich einer von vier Attentätern.

Erst mit dem dritten Anschlagversuch stellte sich der von Libyen beabsichtigte Erfolg ein. Am Morgen des 5. April 1986 detonierte in der unter amerikanischen Soldaten beliebten Diskothek „La Belle“ ein Sprengsatz und tötete zwei Personen unmittelbar, über 220 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt⁹¹⁵. Ein amerikanischer Soldat verstarb wenig später im Krankenhaus⁹¹⁶. Zum Tatzeitpunkt die-

⁹¹⁴ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 18; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Auskunftsbericht, 11. 08. 1988, Bl. 262; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37-39. Vgl. auch insb. die Übersichten in: BStU, MfS, HA II, 32883, Bl. 160-162, dargestellt werden hier u. a. die personelle Verflechtung von „Orient“ u. der libyschen Attentäterszelle, insb. die Involvierung des „Ast 1“. Außerdem vermerkt das MfS hinter der Person IM „Alba“ alias Ali Chanaa: „Kenntnis, Waffentransport Lager [I. M.] 26. 3. 86“. In einem Vermerk des MfS heißt es im Hinblick auf die Tatbeteiligung des M.: „M. war an Aufklärungshandlungen von US-Militäreinrichtungen in Westberlin beteiligt. Zeitweilig waren in seiner Wohnung Waffen gelagert, die im Auftrag des Volksbüros [Libyens] bei terroristischen Aktionen in Westberlin eingesetzt werden sollten“, so BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3.

⁹¹⁵ Vgl. Zwei Tote bei Bombenanschlag in Friedenau, in: Der Tagesspiegel, 06. 04. 1986, S. 1.

⁹¹⁶ Vgl. „La Belle“-Anschlag fordert weiteres Menschenleben, in: Der Tagesspiegel, 08. 06. 1986, S. 1.

ses zweiten Anschlags auf das „La Belle“ befanden sich – wie aus Informationen des MfS und dem späteren Gerichtsverfahren hervorgeht – Ali Chanaa alias IM „Alba“, M.-U. A. E., A. K. und J. Ch. in der „Hauptstadt“ der DDR. Alle vier Personen reisten laut entsprechenden Vermerken der ostdeutschen Grenzposten am 4. April 1986 bis 23:45 Uhr aus dem Westen kommend in Ost-Berlin ein⁹¹⁷. Dort hielt sich Ch. nach Erkenntnissen des MfS zwischen 00:45 Uhr und 02:00 Uhr am Samstag, dem 5. April, gemeinsam mit „Alba“ und E. in seiner Wohnung auf⁹¹⁸. Er nahm während dieser Zeit zwei Anrufe aus West-Berlin entgegen, in denen ihm mitgeteilt wurde, dass es „noch nicht geklappt“ habe⁹¹⁹. Erst gegen 05:00 Uhr, so die Hauptabteilung II, sei Ch. durch die RIAS-Nachrichten davon in Kenntnis gesetzt worden, dass der Bombenanschlag auf das „La Belle“ stattgefunden habe⁹²⁰. Daraufhin habe Ch. den K. informiert und aufgefordert, sich zur Tat zu bekennen⁹²¹. Ch. schlug vor, sich sofort im Interhotel „Berolina“ zu treffen, um von dort aus telefonisch eine entsprechende Nachricht abzusetzen⁹²². Noch vor 06:00 Uhr trafen sich Ch., K., E. und „Alba“ im Interhotel und riefen über den Hausapparat in West-Berlin zuerst bei der Polizei und im Anschluss bei einer Zeitungsredaktion an, wobei E. im Namen einer fiktiven arabischen Gruppe die Verantwortung für den Bombenanschlag übernahm⁹²³.

Ali Chanaa alias IM „Alba“ blieb bis zum 7. April 1986 in Ost-Berlin⁹²⁴. Nachdem seine Frau Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“ am selben Tag darum gebeten hatte, Ali Chanaa möge zu ihr nach West-Berlin kommen, wurde „Alba“ intensiv auf eine „Konfrontation mit gegnerischen Sicherheitsorganen“ vorbereitet⁹²⁵. Das MfS unterwies seine Quelle, bevor sie ausreisen durfte, dahingehend, dass Ali Chanaa aussagen solle, er habe am 4. April bis 19:00 Uhr gearbeitet, sei anschließend in seine West-Berliner Wohnung gefahren und „gegen 23:00 Uhr

⁹¹⁷ E. war nach Darstellung des MfS derjenige aus der Gruppe um Ch., der als Letzter gegen 23:45 Uhr am 04. 04. 1986 wieder nach Ost-Berlin einreiste. Ch. passierte gemäß den Angaben des MfS um 20:45 Uhr die Grenzübergangsstelle, um nach West-Berlin zu gelangen, u. kehrte um 22:48 Uhr in Begleitung von IM „Alba“ zurück. Unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten könnten sich Ch. u. „Alba“ bis 22:30 Uhr in der Wohnung bei Verena Chanaa aufgehalten haben, vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482; BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19. Es ist nicht bekannt wo sich u. a. IM „Alfredo“, IM „Walid“, I. M. sowie M.-I. S. am Abend des 04. 04. 1986 aufhielten. Außerdem ließen sich in den Unterlagen des MfS keine Aussagen dazu finden, wo sich „Alba“ u. Ch. zwischen ihrer Wiedereinreise nach Ost-Berlin am 04. 04. 1986 gegen 22:50 Uhr u. um 00:45 Uhr am 05. 04. 1986 aufhielten bzw. wo E. zwischen 23:45 Uhr u. 00:45 Uhr gewesen ist.

⁹¹⁸ Vgl. BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19f.

⁹¹⁹ Vgl. ebd.

⁹²⁰ Vgl. ebd.

⁹²¹ Vgl. ebd., Bl. 20.

⁹²² Vgl. ebd.

⁹²³ Vgl. ebd.

⁹²⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 172f. Nach Darstellung des MfS reiste J. Ch. am 05. 04. 1986 um 15:25 Uhr nach West-Berlin aus u. kehrte fünf Minuten später zurück, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482.

⁹²⁵ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 172f.

über die GÜST Friedrichstraße [anonymisiert] in die DDR eingereist, darüber ist die Ehefrau [Verena Chanaa] informiert, führen moderne Ehe, wollen sich nicht trennen. [...] Von dem Terroranschlag Disko ‚La Belle‘ habe er in den Medien der BRD gehört, verabscheut Formen des Terrors mit diesen Opfern, obwohl er kein Freund der USA ist, kennt auch Ch. [J. Ch.] noch aus dem Libanon, als Kind schon flüchtig gekannt, bei flüchtigen Zusammentreffen trinkt man auch mal eine Tasse Kaffee, kein stabiler Kontakt.“⁹²⁶ Weiter hieß es: „Bei Vorhaltungen, dass sich in diesem Personenkreis [um J. Ch./PFLP-GC/„Orient“] offensichtlich die Attentäter befinden, alles abstreiten. [...] Auf den Vorhalt der Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnend reagieren, nicht einschüchtern lassen, [...] nicht verunsichern lassen, [...] auch bei Drohung mit einer eventuellen Ausweisung nicht weich werden. [...] In nächster Zeit nicht mit dem Kreis um Ch. zusammentreffen, keine Telefongespräche, auch zur Ehefrau [Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“] schweigen, in der Wohnung keine Gespräche über Libyen, den Terroranschlag, Zusammenarbeit mit dem MfS, u. a.“⁹²⁷

Das Landgericht Berlin verurteilte im November 2001 J. Ch., M.-U. A. E., Ali Chanaa alias IM „Alba“ und dessen Ehefrau, Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“, zu hohen Haftstrafen, da es das Gericht als erwiesen ansah, dass alle vier Personen für den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in der Nacht vom 4. auf den 5. April 1986 verantwortlich waren; Verena Chanaa wurde als Haupttäterin des dreifachen Mordes und 104-fachen Mordversuches schuldig gesprochen und zu 14 Jahren Haft verurteilt⁹²⁸. Sie soll, nachdem Ali Chanaa, E. und Ch. ihre Wohnung am 4. April 1986 gegen 22:30 Uhr verlassen hatten, den zuvor gemeinsam präparierten Sprengsatz in Begleitung der ihr verwandtschaftlich nahestehenden A. H. in das „La Belle“ transportiert haben. Nachdem beide Frauen sich mehrere Stunden in der Diskothek aufgehalten hatten, soll Verena Chanaa anschließend die Bombe in der Nähe des Bartresens abgelegt, den Zündmechanismus aktiviert und das „La Belle“ gemeinsam mit Frau H. wieder verlassen haben. Die Explosion erfolgte am Samstag, den 5. April 1986 gegen 01:45 Uhr⁹²⁹. Verena Chanaa selbst sagte im Verfahren aus, sie habe sich lediglich dazu bereit erklärt, eine Tasche in die Diskothek zu bringen, um sie dort zu übergeben beziehungsweise abzustellen, da von der Gruppe um Ch. angenommen worden sei, dass sie als Frau unauffälliger als ein Mann mit einer solchen Tasche in das „La Belle“ gelangen könnte. Einen Zündmechanismus habe sie nicht in Betrieb gesetzt⁹³⁰.

Im Laufe der Verhandlung konnte trotz erheblicher Bemühungen nicht zweifelsfrei geklärt werden, warum umfassende Sicherungsmaßnahmen sowie nachrichtendienstliche Aufklärungsarbeit nicht verhindern konnten, dass erkannte

⁹²⁶ So ebd., Bl. 173. Diese Instruktion des „Alba“ seitens des MfS am 08. 04. 1986 wurde im „La Belle“-Prozess nicht thematisiert, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil.

⁹²⁷ So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 173f.

⁹²⁸ Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 5, 347–370. Mechthild Küpper: Hohe Haftstrafen im La-Belle-Prozess, in: FAZ, 14. 11. 2001, S. 1, 8.

⁹²⁹ Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 56f.

⁹³⁰ Vgl. ebd., S. 209–211, sowie die Angaben auf S. 44 über die Praxis der Einlasskontrolle des „La Belle“.

Verdächtige nach West-Berlin einreisen, und welche der in der Wohnung Verena Chanaas am Abend des 4. April 1986 anwesenden Personen den Sprengsatz letztlich zusammengesetzt hatten⁹³¹. Auch wurde nicht bewiesen, dass die libysche Regierung Auftraggeber dieses Anschlags auf die Diskothek „La Belle“ war⁹³². Der Richter des Landgerichts rügte besonders, dass bundesdeutsche und amerikanische Sicherheitsbehörden dem Gericht nur sehr wenige der ihnen vorliegenden Erkenntnisse zum Hintergrund der Tat mitgeteilt hatten⁹³³. Im Juni 2004 verwarf der Bundesgerichtshof die von der Staatsanwaltschaft, Nebenklage und den Angeklagten Verena Chanaa, Ali Chanaa, J. Ch. sowie M.-U. A. E. beantragte Revision, damit wurde das Urteil des Landgerichts von 2001 rechtskräftig. Auch der Bundesgerichtshof verwies ausdrücklich auf die „schwierige Beweis- und Rechtslage“, die unter anderem dazu führte, dass die gegen die vier verurteilten Täter verhängten Freiheitsstrafen zeitlich befristet wurden⁹³⁴.

Nach Einsicht des OV „Orient“ und Auswertung des Operativvorgangs „Lux“, in dem die Personen J. Ch., M.-U. A. E. und A. K. „erfasst“ wurden – sein Deckname geht auf die umgangssprachliche Bezeichnung von Ch. als „Nuri“ zurück, abgeleitet vom arabischen Substantiv *nūr* (نور), „Helligkeit“ –, wird offenbar, wie detailliert die Staatssicherheit über die geplanten antiamerikanischen terroristischen Anschläge informiert war und auf welche Weise sie Ali Chanaa alias IM „Alba“ gezielt an den innersten Kern der libyschen Zelle heranführte, um ihn dort mitagieren zu lassen⁹³⁵. Anders als bisher bekannt, informierte IM „Alba“ seinen Führungsoffizier nicht erst wenige Stunden vor der Explosion in der Diskothek

⁹³¹ Ende März 1986 wurde J. Ch. kurzzeitig am Checkpoint Charlie von den Alliierten aufgehalten. Trotz Vorliegen eines gültigen Haftbefehls des AG Berlin-Tiergarten, Az 351 Gs 2726/84, gegen ihn u. der Identifizierung seiner Person wurde Ch. nicht festgenommen, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 22; Polizei ließ einen mordverdächtigen Libyer laufen, in: Berliner Morgenpost, 12. 04. 1986, S. 1.

⁹³² Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 240–248.

⁹³³ Vgl. Mechthild Küpper: Hohe Haftstrafen im La-Belle-Prozess, in: FAZ, 14. 11. 2001, S. 8. Vgl. auch Trapp, State Responsibility, S. 237. Es ist nicht bekannt, ob die Aktenteile BStU, MfS, HA II, 4782, Bl. 108–165, von der BStU 1998 als VS-Vertraulich eingestuft, dem Gericht vorlagen.

⁹³⁴ Vgl. BGH, Pressemitteilung 73/2004, 24. 06. 2004; BGH, Beschluss 5 StR 306/03.

⁹³⁵ Das Wort *nūrī* (نوري) wird auf Arabisch als Adjektiv gebraucht u. hat im Deutschen die Bedeutung von leuchtend u. strahlend, vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 1327. Zum Aliasnamen des Ch. u. den Bezug zum OV „Lux“ vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 15; BStU, MfS, HA II, 4698, Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 10. 08. 1987, Bl. 110. Der Zusammenhang zwischen Nuri u. dem OV „Lux“ ergibt sich auch aus einer nachträglichen Randbemerkung auf einer Information des MfS vom 08. 12. 1984. Dort steht neben dem Namen J. Ch.: „OAM „Nuri“. Das bedeutet, dass das MfS den Aliasnamen von Ch. bereits zur Bezeichnung des „operativen Ausgangsmaterials“, das formell-bürokratisch die Grundlage des späteren OV war, verwendete, vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40. Vgl. auch Bomben von Derwisch, in: Der Spiegel, 29/1990, S. 23–25; Suckut, Wörterbuch, S. 273, 276f. Nach Angaben des BStU wurde der OV „Lux“ erstmals im Rahmen dieser Studie zur Einsicht gemäß § 32 StUG beantragt. Teile der Aktenbestände des OV „Lux“ mussten aus geheimenschutzbedürftigen Gründen gesperrt bleiben u. konnten nicht eingesehen werden.

„La Belle“; zumal die amerikanische Regierung der DDR und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin bereits am 27. März 1986 per offizieller Note fünf Namen von mutmaßlichen Attentätern, unter anderem auch den des Ch., mitgeteilt hatte, die im Libyschen Volksbüro arbeiten sollten und Anschläge auf die USA in West-Berlin planten, woraufhin weder das MfS noch die Sowjetunion reagierten, da sie angeblich keine Erkenntnisse besaßen, dass Libyen derartige Angriffe vorbereitete⁹³⁶. OV „Orient“ und OV „Lux“ machen deutlich, dass die Staatssicherheit grundsätzlich seit Anfang des Jahres 1986 über die Vorbereitung antiamerikanischer Angriffe informiert war und die libysche Anwerbung der aufgelösten Gruppe „Orient“ exakt beobachtete. Dabei führte das MfS ein Mitglied von „Orient“ als Kontaktperson und positionierte fast ein Dutzend weitere inoffizielle Quellen im Umfeld der Zelle, die Informationen beschafften und auch im Auftrag Libyens

⁹³⁶ Moskau gab den Inhalt der US-Stellungnahme gegenüber der DDR wie folgt wieder: „Am 27. März d. J. fand ein Gespräch mit dem Stellvertreter des politischen Beraters der USA-Administration in West-Berlin [...] und dem Chef des Protokolls [...] auf deren Bitte hin statt. In den Gesprächen teilten die Amerikaner mit, dass nach ihnen vorliegenden glaubwürdigen Angaben sich in der Hauptstadt der DDR aufhaltende libysche Bürger terroristische Aktionen gegen amerikanische Objekte in West-Berlin planen [...]. Sie wandten sich in diesem Zusammenhang an die sowjetische Botschaft mit der Bitte, die erforderlichen Maßnahmen zu erlassen“, so BStU, MfS, HA II, 32887, Übersetzung aus dem Russischen, 27. 03. 1986, Bl. 13. Die US-Regierung hielt in einer späteren Protestnote vom 05. 04. 1986 fest, die USA hätten „am 27. März den Botschaftsrat der sowjetischen Botschaft bei einem Treffen in der sowjetischen Botschaft über drohende Angriffe von Mitgliedern des libyschen Volksbüros im sowjetischen Sektor Berlins“ in Kenntnis gesetzt, so BStU, MfS, HA II, 32887, Non-Paper, 05. 04. 1986, Bl. 22. Gegenüber dem MfAA erklärte der US-Botschafter in Ost-Berlin gemäß ost-deutschem Protokoll am 27. 03. 1986 fest, die USA hätten „in der Weise vorlägen, „dass die Botschaft Libyens in der DDR bei feindseligen Aktivitäten gegen die USA in Westeuropa und möglicherweise auch in Westberlin eine aktive Rolle spiele“. Er bat daher im Namen der US-Administration um verstärkte Sicherungsmaßnahmen. Das MfAA sagte diesbezüglich zu, dass man „entsprechend der Bitte des Botschafters die erforderlichen Maßnahmen veranlassen“ werde. Außenminister Fischer setzte Erich Mielke noch am 27. 03. 1986 von diesem Gespräch in Kenntnis u. schrieb zudem: „Ich schlage vor, dem Ersuchen der USA-Botschaft zu entsprechen und die Schutzmaßnahmen in nichtdemonstrativer Weise zu verstärken“, so BStU, MfS, HA II, 3966, Schreiben Oskar Fischers an Erich Mielke, 27. 03. 1986, Bl. 139. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., Bl. 10; BStU, MfS, HA II, 3966, Vermerk, 27. 03. 1986, Bl. 140f.; BStU, MfS, HA II, 16601, Konsultationen, 16. 05. 1986, Bl. 67; BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 06. 04. 1986, Bl. 1; AAPD, 1986, Dok. 87, Gesandter Wallau, Washington, an das AA, 27. 03. 1986, S. 480f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433f. In amerikanischen Medien hieß es unter anderem: „On March 27, sources say, American diplomats took the unusual step of informing the East German and Soviet authorities that American intelligence had indicated that a Libyan terrorist action was imminent in West Berlin. At that time, the East Germans took no discernible action“, so James M. Markham: U.S. Reported to Tell Russians of Berlin Plot, in: NYT, 20. 11. 1986, S. A1f. Vom State Department in Washington „einbestellt“ worden war am 27. 03. 1986 zudem der DDR-Geschäftsträger, um diesem die sicherheitspolitischen Bedenken der amerikanischen Regierung mit Blick auf die Tätigkeit des Libyschen Volksbüros in Ost-Berlin mitzuteilen. Die Reagan-Administration intervenierte an jenem Tag folglich auf diversen Ebenen zeitgleich diplomatisch, vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 641, Bericht, 08. 04. 1986, Bl. 2037.

sowie in Kooperation mit der PFLP-GC sowie „Orient“ konkrete terroristische Pläne forcierten⁹³⁷. Die Hauptabteilung II verfügte darüber hinaus mit „Alba“, „Walid“ und „Petra Müller“ über drei IM, die Zugang zum innersten Kern dieser Gruppe hatten, sodass Erich Mielkes Ministerium seit dem 27. März vom Ziel „La Belle“ Kenntnis besaß. Es instruierte „Alba“ eigens beziehungsweise hatte ihn bereits instruiert, sich im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit an allen Vorbereitungen von terroristischer Gewalt gegen die USA in West-Berlin zu beteiligen. Diese Beauftragung von Ali Chanaa hatte unter anderem zur Folge, dass IM „Alba“ im März 1986 an zwei antiamerikanischen Anschlagversuchen unmittelbar auf Weisung des MfS mitwirkte. Nach wiederholter Aussage der Hauptabteilung II bedeutete dies unter anderem die Unterstützung beziehungsweise Beteiligung „Albas“ am Transport von Waffen und Sprengstoff nach West-Berlin; IM „Alba“ war ferner ebenso wie IM „Walid“ zu dem Zeitpunkt anwesend, als sich die Gruppe um J. Ch. am Abend des 26. März 1986 auf die Diskothek „La Belle“ als Anschlagziel festlegte⁹³⁸. Da die Hauptabteilung II „Alba“ auch vor dem ihr bekannten Anschlagversuch am 4. April nicht abzog beziehungsweise die libysch kontrollierte Gruppe nicht festnahm, ist davon auszugehen, dass er sich im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auch am dritten Versuch, dem erfolgreichen Abschluss der Tat, beteiligte⁹³⁹. Ob Salam Hadba alias IM „Walid“

⁹³⁷ Die Mehrzahl der MfS-Quellen führte die BV Berlin, vgl. IM „Abbas“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91); IM „Achmed“ (BStU, MfS, AIM, 12231/89); IM „Alba“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91); IM „Alfredo“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91); IM „Anni“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85); IM „Dani“ (BStU, MfS, AIM, 337/91); KP „Faysal“; IM „Oma“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88); IM „Petra Müller“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89); IM „Tosca“ (BStU, MfS, AIM, 156/91); IM „Walid“ (BStU, MfS, AIM, 9751/91); IM „Wolf“ (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91). Zu beachten ist zudem Frau A. K., deren IM-Tätigkeit – laut Darstellung des Gerichts im „La Belle“-Prozess sowie der Aussage ihres ehemaligen Führungsoffiziers des MfS vor Gericht – eine Tatsache ist. Frau K. unterhielt laut Angaben der Staatssicherheit 1985/86 engste Kontakte zur Gruppe „Orient“; in den MfS-Akten wird ihre Erfassung bei der BV Frankfurt/Oder bestätigt. Gemäß Auskunft des BStU vom 30. 05. 2013 bzw. 10. 06. 2013 gibt es jedoch weder Akten zu Frau K. noch war sie IM des MfS. Zu K. vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 132, 135; LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 320. Auch wenn er als Person genannt wird, vernachlässigt das Urteil des LG Berlin die IM-Tätigkeit von Salam Hadba alias IM „Walid“ sowie die Rolle der weiteren wichtigen MfS-Quellen „Alfredo“, „Wolf“, „Dani“, „Tosca“, „Achmed“, „Oma“, „Anni“ u. „Faysal“, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 320, 325. Vgl. auch BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29. Unbeachtet geblieben ist bisher außerdem die zentrale Rolle von Muhammad Amin Askari alias IM „André“ alias KP „Asta“ alias KP „Anton“. Vgl. hierzu die Unterlagen in: BStU, MfS, AIM, 2064/91, Bd. 2/1, 2/2, 3/3; BStU, MfS, AIM 1425/91, Bd. 1/1, 1/2, 1/3, 2/4; BStU, MfS, HA II, 22850; BStU, MfS, HA II/13, 1230.

⁹³⁸ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 18; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Auskunftsbericht, 11. 08. 1988, Bl. 262; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37–39; BStU, MfS, HA II, 32883, Übersichten, Bl. 160–162.

⁹³⁹ Noch Mitte des Jahres 1986 erklärte das MfS: „Das bestehende Vertrauensverhältnis [gegenüber Ch., K. u. E.] führte zu einer Einbeziehung des IM [„Alba“ alias Ali Chanaa] in Vorbereitungshandlungen für terroristische Aktivitäten der libyschen Botschaft gegen US-Einrichtungen in West-Berlin, der Übermittlung von Kenntnissen zum realisierten Anschlag auf die Disko ‚La Belle‘ in West-Berlin, der Lagerung von Waffen und

und Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“ in ähnlicher Form Aufträge oder Weisungen des MfS erhielten wie Ali Chanaa alias IM „Alba“, ist unbekannt. In den eingesehenen Akten des MfS wurden solche Maßnahmen zumindest nicht festgehalten. Es konnte allerdings auch kein Beleg dafür gefunden werden, dass die Staatssicherheit „Walid“ und „Petra Müller“ untersagte, antiamerikanische Anschläge zu begünstigen. Auch ist bisher nicht zu belegen, dass man seitens des MfS versuchte, die beiden IM aus der Zelle um J. Ch. zu entfernen.

Im Hinblick auf „Petra Müller“ ist zu beachten, dass die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, die Frau Chanaa als Quelle führte, zwischen Anfang 1985 und Ende desselben Jahres die Arbeitsweise, Loyalität und Motivation der IM „Petra Müller“ für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gezielt auf die Probe stellte⁹⁴⁰. Das MfS gelangte schließlich im Januar 1986 zu dem Urteil, dass „der IM bereit ist, auch unter Zurückstellung persönlicher Belange [...] kurzfristig Aufträge des MfS zu übernehmen und entsprechende Instruierung zu erfüllen. Im Ergebnis aller Überprüfungen kann festgestellt werden, dass es sich bei dem IMS ‚Petra Müller‘ um eine ehrliche und zuverlässige IM handelt, die übertragene Aufgaben entsprechend der Instruierung und mit hoher persönlicher Einsatzbereitschaft – auch unter Zurückstellung persönlicher Interessen – erfüllt.“⁹⁴¹ Außerdem stellte das MfS fest, dass die der IM „Petra Müller“ nahestehende A. H., die sie am Abend des 4. April in das „La Belle“ begleitet hatte und im Zuge des späteren Gerichtsverfahrens freigesprochen wurde, mit nahezu als sicher geltender Wahrscheinlichkeit wusste, dass sowohl Verena Chanaa als auch ihr Mann, Ali Chanaa, inoffiziell für das Ministerium für Staatssicherheit arbeiteten; Frau H. selbst unterhielt seit längerer Zeit Kontakt zu J. Ch., dem Verantwortlichen des Libyschen Volksbüros für die PFLP-GC/„Orient“⁹⁴². So soll A. H., nachdem ihr Antrag auf Ausreise aus der DDR im Januar 1986 genehmigt worden war, ihr altes Zimmer in einer Ost-Berliner Wohnung J. Ch. überlassen haben, was wiederum durch die Eigentümerin dieser Wohnung bewilligt wurde, die sowohl A. H. als auch Verena Chanaa sehr gut kannten⁹⁴³.

„Petra Müller“ wurde also noch Anfang 1986 seitens der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin als vertrauenswürdig, zuverlässig und hoch motiviert ein-

Sprengstoff in West-Berlin und in der Hauptstadt der DDR u. a. Aktivitäten. Die durch den IM 1986 erarbeiteten Informationen wurden durch die HA II als sehr wertvoll und der Wahrheit entsprechend eingeschätzt.“ Weiter hieß es, es seien „keine Dekonspirationsverstöße“ des IM bekannt u. es bestehe vonseiten der Libyer ein „ungetrübtetes Vertrauensverhältnis“ gegenüber „Alba“, so BStU, MfS, AIM, BV Berlin, 8709/91, Bd. 1/1, Vorschlag der Umregistrierung, o. D., Bl. 197. Zu den IM-Kategorien vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 197f.

⁹⁴⁰ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 207–210. Vgl. auch Suckut, Wörterbuch, S. 189f.

⁹⁴¹ So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 209f.

⁹⁴² Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Dekonspirationsanalyse, 22. 01. 1987, Bl. 247; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20. 02. 1986, Bl. 400.

⁹⁴³ Vgl. ebd. Vgl. auch das Urteil des LG Berlin, das aber nicht auf die Bewilligung zur Anmietung des Zimmers seitens der Verwandten von H. u. Verena Chanaa eingeht: LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 30, 34, 153. Vgl. auch BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29.

geschätzt. Es fanden zudem im Januar, Februar und März 1986 Treffen mit ihrem Führungsoffizier statt, bei denen „Petra Müller“ insgesamt rund 1000 DM erhielt und darüber hinaus verfügte das MfS über mindestens zwei Quellen (IM „Oma“ und IM „Anni“) im Umfeld von Verena Chanaa und A. H., die ihnen „persönlich bekannt“ waren und die über die Kontakte zu J. Ch., das Verhältnis zwischen „Alba“ und „Petra Müller“ sowie „Alba“, Ch., „Petra Müller“ und A. H. berichten konnten. Dieses dichte Netzwerk zeigt, dass das MfS umfassend über die Privatsphäre, Pläne und Absichten zentraler Beteiligten im Bilde war und die Staatsicherheit mit „Petra Müller“, neben „Alba“ und „Walid“, eine dritte hochrangige Quelle im Kern der Attentäterzelle führte, die in jedem Fall einem ihr erteilten Verbot, sich an terroristischen Handlungen nicht zu beteiligen, Folge geleistet hätte⁹⁴⁴. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass Verena Chanaa – in Kenntnis der Tätigkeit ihres Mannes und ihrer eigenen Handlungen – wusste, dass die Staatssicherheit detailliert über die libyschen Absichten informiert war.

Die in den OV „Orient“ und OV „Lux“ dargestellten Zusammenhänge können darüber hinaus noch existierende Lücken im Geschehensablauf zwischen dem 25. März und dem 4. April 1986 schließen. Diese neuen Informationen belegen zweierlei: Zunächst wird deutlich, dass die ehemalige Gruppe „Orient“/PFLP-GC bereits seit Beginn der antiamerikanischen Pläne in Berlin von zentraler Bedeutung war. In den bisherigen Ermittlungen wurde diese Kooperation zwischen Libyen und „Orient“ respektive der PFLP-GC als nicht relevant betrachtet. So ist gemäß den Erkenntnissen des MfS jedoch falsch, dass die Attentäter um Ch. zwar Kontakt mit der PFLP-GC „nahestehenden“ Personen, etwa „Orient 2“, „Orient 3“ sowie „Ast 1“ unterhielten, aber diese Personen einen Tatbeitrag abgelehnt haben sollen beziehungsweise die Gruppe um Ch. keine Unterstützung von ihnen in Anspruch nahm. Denn ausweislich der Unterlagen des Ministeriums für Staatsicherheit waren Mitglieder der ehemaligen Organisation „Orient“ – inklusive „Orient 2“ – beim mutmaßlich ersten Anschlagsversuch am 26. März 1986 auf die Diskothek „La Belle“ beteiligt⁹⁴⁵. Zudem verdächtigte die amerikanische Regierung mehrfach in Schreiben an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

⁹⁴⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20.02.1986, Bl. 400; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, o. D., Bl. 49; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Dekonspirationsanalyse, 22.01.1987, Bl. 248; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 3/5, Quittungen, 18.01., 19.02. u. 15.03.1986, Bl. 40–42; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88, Bd. 1/1, Bewertung, o. D., ca. Juni 1976, Bl. 16; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88, Bd. 1/1, Auskunftsbericht, 17.06.1974, Bl. 12. Im Verfahren am LG Berlin wurde der Aspekt der „Überprüfung“ von IM „Petra Müller“ u. die Anfang 1986 abgehaltenen Treffen sowie die übergebenen Geldbeträge, soweit bekannt, nicht thematisiert, außerdem wurde auch entgegen der Informationen in den Akten BStU, MfS, AOG, 13162/79 u. BStU, MfS, AOPK, 26281/80 erklärt, Frau Chanaa sei erst ab 1981 für ostdeutsche Dienststellen tätig gewesen, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 30–33; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29. Zu IM „Anni“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85, Bd. 1/1, Verpflichtung, 01.03.1979, Bl. 45; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85, Bd. 1/1, Bericht, 29.01.1979, Bl. 25, 27.

⁹⁴⁵ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10.12.1986, Bl. 21–24; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht des OV „Lux“, 29.01.1987, Bl. 15–20; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux“, 08.08.1988, Bl. 200f.; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, o. D., Bl. 74–76.

die Personen „Orient 2“ und „Ast 1“, am Anschlag vom 5. April mitgewirkt zu haben⁹⁴⁶. Auch im „Vorschlag zum Abschluss“ des OV „Lux“ wurde seitens der Hauptabteilung II des MfS festgestellt, die PFLP-GC sei verantwortlich für die Tat Anfang April 1986⁹⁴⁷.

Darüber hinaus spricht für eine Beteiligung von „Orient“/PFLP-GC am „La Belle“-Anschlag, dass am 11. April 1986 in Ost-Berlin eine „positive Antwort“ aus Tripolis einging⁹⁴⁸. Die in der DDR verbliebenen Mitglieder der ehemaligen Zelle „Orient“ – „Orient 2“, „Orient 3“ und „Ast 1“ – erhielten die Zusage, künftig von Libyen finanziell unterstützt zu werden⁹⁴⁹. Diese zugesicherte Protektion lässt vermuten, dass dafür eine Gegenleistung erbracht wurde. Der kurze zeitliche Abstand zwischen der von Tripolis ausgesprochenen Übernahme der ehemaligen Gruppe „Orient“ und dem „La Belle“-Anschlag könnte bedeuten, dass die in der DDR verbliebenen Mitglieder von „Orient“ nicht nur am 26. März die terroristischen Pläne der Zelle um Ch. unterstützten, sondern auch am 4./5. April 1986. Zudem sprach das MfS am 7. April im Zusammenhang mit der Instruierung der Quelle „Alba“ von mehreren Attentätern, die aus der Gruppe um Ch. stammen sollten⁹⁵⁰. Das heißt, dass bei der Durchführung der Tat am 4./5. April 1986 auch von einer Unterstützung der Mitglieder der ehemaligen Zelle „Orient“ ausgegangen werden muss, vor allem der des „Ast 1“. Diese These einer Beteiligung von „Orient“/PFLP-GC wird untermauert durch Hinweise auf eine in der Nacht vom 4. zum 5. April 1986 stattgefundene Aktivität der Gruppe „Orient“, die der seit Monaten enge Vertraute „Oriens“ – IM „Alfredo“ alias Ahmad Hazam – maßgeblich begünstigt haben könnte.

Vgl. demgegenüber LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 22f., 40, 165; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 7–10.

⁹⁴⁶ Vgl. BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., ca. April 1986, Bl. 10; BStU, MfS, HA II, 32888, Arbeitsübersetzung zum „Non-Paper“, 03.09.1986, Bl. 108; BStU, MfS, AOP, 17463, Bd. 10, Übersetzung aus dem Russischen, 02.09.1986, Bl. 61f.; BStU, MfS, AOP, 17463, Bd. 10, Vermerk, 04.09.1986, Bl. 62–65; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 04.09.1986, Bl. 239–242; BStU, MfS, HA II, 32887, Übersetzung aus dem Russischen, 27.03.1986, Bl. 13. Das MfS wurde am 26.06.1986 durch die sowjetische Botschaft darüber informiert, dass „den USA Informationen bekannt sind, dass ‚Orient 2‘ und Shatta Khaled [alias M. al O.] in ‚La Belle‘ beteiligt waren“, vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Bericht, 12.08.1987, Bl. 12. Anfang September 1986 übergab die US-Regierung dem MfAA ein weiteres „Non-Paper“ und erklärte darin, die bekannten Mitglieder von „Orient“/der PFLP-GC würden gemeinsam mit Libyen neue antiamerikanische Anschläge vorbereiten, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 731/13, Non-Paper, 03.09.1986.

⁹⁴⁷ Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux“, 08.08.1988, Bl. 201. In späteren Quellen des MfS wird die Gruppe „Orient“ gleichberechtigt neben den Mitgliedern der libyschen Zelle im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das „La Belle“ betrachtet, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 20171, Organigramm, o. D., Bl. 15.

⁹⁴⁸ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 16.04.1986, Bl. 199; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24.03.1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 18.04.1986, Bl. 23.

⁹⁴⁹ Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24.03.1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 16.04.1986, Bl. 199.

⁹⁵⁰ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08.04.1986, Bl. 174.

So heißt es im Protokoll eines am 5. April 1986 von der Staatssicherheit mitgehörten Telefonates, dass IM „Alfredo“ von einer ihm nahestehenden jungen Person vorwurfsvoll gefragt worden sei, weshalb er am Vorabend trotz fester Zusage nicht wie verabredet auf deren Geburtstagsfeier erschienen sei, woraufhin Ahmad Hazam geantwortet habe, er sei „verhindert gewesen“⁹⁵¹. Im selben Protokoll wird der Inhalt des kurz danach folgenden Telefonates von Hazam mit „Orient 3“ wiedergegeben, bei dem Hazam Detailkenntnisse zum Anschlag auf das „La Belle“ mitteilte⁹⁵². Gemäß der Aussage des IM „Abbas“ alias Muhammad Ghadban fand nach diesem Telefonat noch am 5. April ein Treffen zwischen Ahmad Hazam und „Orient 2“ statt, an dem auch J. Ch. sowie Ghadban selbst teilnahmen. Während dieser Zusammenkunft habe „Orient 2“ mutmaßlich korrekte Angaben zur Menge des bei der Explosion im „La Belle“ verwendeten Sprengstoffes gemacht und sowohl J. Ch. als auch Ahmad Hazam alias IM „Alfredo“ seien – so die Wahrnehmung des IM „Abbas“ – „unrasiert und übermüdet“ gewesen⁹⁵³. Außerdem habe „Alfredo“, so „Abbas“, am 4. April 1986 nach „Landsleuten“ gesucht, die einen Koffer von Ost- nach West-Berlin bringen sollten⁹⁵⁴. In mehreren Quellen wird IM „Alfredo“ zudem als Nutzer eines auf „Orient 2“ zugelassenen Mercedes mit West-Berliner Zollkennzeichen genannt, mit dem „Alfredo“ im März und April 1986 „Orient 2“, „Orient 3“ und „Ast 1“ in Ost- und West-Berlin gefahren haben soll; IM „Alfredo“ könnte also sowohl Ende März 1986 als auch in der Nacht vom 4. auf den 5. April 1986 für die ehemaligen Mitglieder von „Orient“ gearbeitet haben, beispielsweise indem er sie chauffierte⁹⁵⁵.

⁹⁵¹ So BStU, MfS, HA XXII, 19679, Bericht der Abteilung 26 an die Abteilung XXII, 05. 04. 1986, Bl. 293.

⁹⁵² Vgl. ebd.

⁹⁵³ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, o. D., Bl. 74f.

⁹⁵⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 03. 10. 1986, Bl. 165.

⁹⁵⁵ Vgl. BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Vermerk, 04. 06. 1986, Bl. 119f.; BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Vermerk, 14. 03. 1986, Bl. 124; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss zum Anlegen des OV „Orient“, 04. 04. 1986, Bl. 67; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 01. 1986, Bl. 149f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 06. 02. 1986, Bl. 165. Das LG Berlin konnte nicht klären, ob Verena Chanaa u. A. H. tatsächlich wie behauptet „mit der BVG zum ‚La Belle‘ gefahren“ sind. Laut Unterlagen des BVG-Archivs betrug die Fahrzeit zwischen der nächstgelegenen Haltestelle der Wohnung in Berlin-Kreuzberg, in der sie sich am Abend des 04. 04. 1986 aufhielten, u. dem „La Belle“ rd. 60 Min., wobei man zwei- bis dreimal umsteigen musste. Die vom Gericht in Erwägung gezogene Fahrt per Taxi zum „La Belle“ blieb im Gegensatz zur bezugten Abfahrt von Frau Chanaa u. A. H. vom „La Belle“ per Taxi nur gemutmaßt. Insofern steht nicht fest, wie die beiden Frauen mit dem Sprengsatz von der Wohnung in das „La Belle“ gelangten u. ob es tatsächlich glaubhaft ist anzunehmen, dass sie ohne Unterstützung anderer Mittäter etwa eine Stunde reine Fahrzeit in öffentlichen Verkehrsmitteln mit etwa zwei kg Sprengstoff in einer Tasche zurücklegten, um an den Tatort zu gelangen – ohne zu wissen, ob die Tasche nicht zufällig gestohlen würde, die Bombe zuvor detonierte o. andere Unwägbarkeiten an einem Freitagabend um 23:00 Uhr auf dem Weg zwischen Berlin-Kreuzberg u. dem „La Belle“ auftraten. In Anbetracht des unbedingt angestrebten Erfolges der Tat erscheint es plausibel davon auszugehen, dass die Täter jedes vermeidbare Risiko ausschließen u. daher die Bombe „sicher“ zum Tatort bringen wollten. Dies würde heißen, dass Verena Chanaa u. A. H.

Der OV „Orient“ und der OV „Lux“ lassen aber nicht nur eine maßgebliche Involvierung der PFLP-GC in die Vorbereitung antiamerikanischer „Aktionen“ in West-Berlin erkennen, sondern verändern auch die bisherige Beurteilung der Mittäterschaft des SED-Regimes am „La Belle“-Anschlag in mehrfacher Hinsicht. So duldeten Erich Mielke nicht nur passiv, was vor sich ging, sondern nahm durch diverse Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen, vor allem den Informanten „Alba“, Einfluss auf diese Planungen. Ali Chanaa alias IM „Alba“ beteiligte sich im Auftrag der Staatssicherheit an Anschlagversuchen. Das MfS war also nicht nur „in unterschiedlichem Grad durch IM“ über die Absichten der Gruppe um Ch. „orientiert“ und blieb passiv, sondern es griff aktiv in die Vorbereitungen ein und strebte über die „Alba“ erteilten Aufträge eine erfolgreiche Ausführung terroristischer Gewalt an⁹⁵⁶. Auch wusste die DDR-Führung nicht erst kurz vor dem Anschlag des 5. April 1986, dass Libyen Diskotheken angreifen wollte, sondern Erich Mielkes Hauptabteilung II war konkret seit spätestens Donnerstag, den 27. März 1986 bekannt, welche drei potenziellen Ziele ins Auge gefasst worden waren und dass man sich bereits zum damaligen Zeitpunkt auf die Diskothek „La Belle“ festgelegt hatte.

Anders ausgedrückt: Das SED-Regime unterstützte die libyschen Absichten nicht nur durch ein Unterlassen. Vielmehr bereitete „Alba“ am 25. und 26. März 1986 im Auftrag der Staatssicherheit der DDR eine erfolgreiche Ausführung von terroristischen Anschlägen in West-Berlin mit vor, und bei dem ersten Versuch eines Bombenanschlags auf das „La Belle“ am 26. März 1986 trat darüber hinaus nach Angaben des IM „Alba“ sogar IM „Walid“ alias Salam Hadba als einer der Täter in Erscheinung⁹⁵⁷.

nicht mit Bus u. U-Bahn in das „La Belle“ gefahren sind, sondern Mitglieder der Gruppe um J. Ch. sie dorthin brachten. Dafür spricht nicht zuletzt auch, dass beide Frauen aufgrund der Fahrzeit mit der BVG nicht wie behauptet gegen 23:00 Uhr am „La Belle“ hätten eintreffen können, wenn sie um 22:30 Uhr o. 22:45 Uhr, wie angegeben, in Kreuzberg aufgebrochen wären. Zu beachten ist diesbezüglich nicht nur eine mögliche Hilfe des „Alfredo“, sondern auch, dass – im Gegensatz zu J. Ch. u. „Alba“, die die West-Berliner Wohnung, in der sie mit E. u. Verena Chanaa die spätere Bombe präpariert hatten, gemeinsam gegen 22:30 Uhr verlassen haben sollen u. um 22:48 Uhr in Ost-Berlin einreisten – M.-U. A. E. gut eine Stunde später, ca. 23:45 Uhr, nach Ost-Berlin zurückkehrte, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 55f., 211, 318f., 345; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 9; BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05.04.1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482; BVG-Archiv, Fahrplan 1986/87; BVG-Archiv, Liniennetz 1986/87.

⁹⁵⁶ Zu den Aussagen, dass das MfS „orientiert“ gewesen sei, vgl. Stasi-IM legt Libyer-Bombe, in: Berliner Kurier, 22. 10. 2011, S. 5; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433; Staat, Hauptabteilung XXII, S. 433f. Vgl. ebs. Bengtson-Krallert, DDR, S. 300.

⁹⁵⁷ Vor dem LG Berlin wurden die US-Interventionen am 27.03.1986 gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin u. dem MfAA sowie die IM-Tätigkeit von Salam Hadba nicht thematisiert. Mehrere ehemalige hochrangige Verantwortliche des MfS erklärten außerdem als Zeugen, dass „Alba“ zu keinem Zeitpunkt beauftragt worden sei, sich an strafbaren Handlungen zu beteiligen o. sogar die antiamerikanischen Pläne Libyens zu unterstützen. Die Aufgabe von „Alba“ habe vielmehr darin bestanden, einen Anschlag zu verhindern. Ali Chanaa selbst führte vor Gericht aus, dass er am Abend des 04.04.1986 „völlig überrascht“, „ratlos“ u. „schockiert“ gewesen sei, als er plötzlich in der Kreuzberger Wohnung in Gegenwart von E., Verena Chanaa u. Ch. damit kon-

frontiert wurde, dass der libysche Plan des Anschlags auf das „La Belle“ schon „so weit gediehen“ war. Daher habe er sofort nach Rückkehr in Ost-Berlin um 23:00 Uhr am 04. 04. 1986, trotz der Gefahr, im Beisein von Ch. dabei entdeckt zu werden, heimlich vom einem Münztelefon des „Palasthotels“ versucht, das MfS zu erreichen, damit die Staatssicherheit alliierte Stellen in West-Berlin hätte warnen können, um so den Anschlag zu verhindern. Der für diese Absicht naheliegendste Anruf bei der West-Berliner Polizei unterblieb. Der Führungsoffizier von „Alba“ glaubte sich als Zeuge im Prozess daran erinnern zu können, dass es einen Anruf der Quelle „Alba“ am 04. 04. 1986 gegen 23:00 Uhr beim MfS gegeben habe. Die Warnung von „Alba“ sei jedoch MfS-intern nicht weitergeleitet worden. Auch sei, anders als in MfS-Akten festgehalten, das Ziel des versuchten Anschlags vom 25. 03. 1986 ein anderes gewesen. So soll es zunächst einen Plan gegeben haben, einen Bus mit US-Soldaten in Ost-Berlin zu attackieren, was allerdings durch das Einschreiten des MfS verhindert worden sei. Die Gruppe um Ch. habe dann am 25. 03. 1986 einen Anschlagsversuch in West-Berlin unternommen, um dort einen Bus mit amerikanischen Soldaten anzugreifen. Auch dieser Versuch sei jedoch gescheitert. In der Folge habe es dann bis zum 04. 04. 1986 keinen neuen Anschlagsversuch gegeben. In Bezug auf diese Version des Bus-Überfalls ist von Bedeutung, dass laut Quellen des MfS – die auf Erkenntnissen von „Alba“ u. „Alfredo“, mind. vier weiterer IM u. anderer vom MfS beschaffter Informationen beruhen – die Gruppe um Ch. erst zwei Wochen *nach* dem „La Belle“-Anschlag begann, einen solchen Angriff auf einen Bus vorzubereiten; diese Absicht bestand noch im Herbst 1986 u. auch noch im Frühjahr 1987. Gerade weil das MfS sich selbst u. seine Quelle „Alba“ mit der in den Akten festgehaltenen Darstellung der Ereignisse des 25. 03. u. des 26. 03. 1986 schwer belastet, indem man niederschrieb, dass Ali Chanaa an beiden Tagen im Auftrag des MfS zwei Anschlagsversuche der Gruppe um Ch. unterstützte, überzeugte deren Authentizität u. Glaubwürdigkeit gegenüber der später vor Gericht dargestellten Ansicht. Das LG Berlin bewertete zudem die Aussage der Zeugin A. K., die 1986 nicht nur inoffiziell für das MfS arbeitete, sondern seinerzeit auch enge Kontakte zu Mitgliedern der Gruppe um Ch. u. „Orient“ besaß, als relevanter als den vom MfS protokollierten Geschehensablauf. So sollen laut Aussage von K. vor Gericht E., Ch. u. „Alba“ am 05. 04. 1986 zwischen 00:45 Uhr u. 02:00 Uhr in Begleitung von K. die Bar „Linden-Corso“ besucht haben. Die MfS-Akten hingegen sagen aus, dass Ch. in Anwesenheit von E. u. „Alba“ zwischen 00:45 Uhr u. 02:00 Uhr in seiner Wohnung zwei Anrufe aus West-Berlin entgegennahm u. ihm dabei gesagt wurde, dass es „noch nicht geklappt habe“. Erst gegen 02:00 Uhr sollen alle drei Männer die Wohnung verlassen haben u. zu einem Ost-Berliner Hotel gefahren sein. Abgesehen davon, dass E., Ch. u. „Alba“ in den gut 20 Min. zwischen 02:00 Uhr u. dem Zeitpunkt der Bombenexplosion im „La Belle“ um 01:45 Uhr durch einen dritten Anruf erfahren haben könnten, dass es „geklappt“ hatte u. sie deshalb auch um 02:00 Uhr die Wohnung verlassen konnten, weil sie nicht länger auf einen Anruf warten u. telefonisch erreichbar sein mussten, ist von entscheidender Bedeutung, dass das MfS ohne erkennbares Motiv für eine bewusst falsch dargestellte Faktenlage – gestützt auf die Aussagen der Quelle „Alba“ – festgehalten hat, dass Ch., E. u. „Alba“ in der Nacht des 05. 04. 1986 in Kontakt zu weiteren Tatbeteiligten in West-Berlin standen. Diese beobachteten mindestens das Geschehen rund um das „La Belle“ u. bei ihnen kann es sich weder um Verena Chanaa noch um A. H. gehandelt haben, denn diese hielten sich mutmaßlich von 23:00 bis 01:30 Uhr im „La Belle“ auf, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 37–51, 60f., 109–111, 155–171, 248–276, 300–303, 320–324, 366–368; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–10, 14–16; BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 17. 12. 1985, Bl. 2f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 15. 08. 1986, Bl. 214–217; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 06. 02. 1986, Bl. 164; BStU, MfS, HA XXII, 20170, Bericht, 08. 05. 1987, Bl. 2; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 03. 10. 1986, Bl. 167f.; BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 19679, Bericht, 03. 05. 1986, Bl. 248.

Arafat auf dem XI. Parteitag der SED

Am 15. April 1986 griff die amerikanische Luftwaffe Ziele in Libyen an. Präsident Reagan begründete dies damit, dass seine Regierung über „unwiderlegbare Beweise“ verfüge, die eine Verantwortung des libyschen Regimes für den Bombenanschlag auf das „La Belle“ belegten; unter anderem berief er sich dabei auf ein Telegramm, das vom Volksbüro in Ost-Berlin nach Tripolis gesandt wurde und in dem man den Vollzug einer terroristischen Aktion in Berlin meldete⁹⁵⁸. Zwei Tage später besuchte Jassir Arafat die DDR und nahm am XI. Parteitag der SED teil⁹⁵⁹. Dass eine Delegation der PLO unter seiner Führung in ein sozialistisches Land eingeladen wurde, bezeichnete Arafat selbst als eine „mutige Entscheidung“ angesichts der noch immer andauernden Krise im Verhältnis zur KPdSU; die SED sei, so Arafat, nicht wie „die anderen Bruderparteien“ davor zurückgeschreckt, eine des Verrates beschuldigte Person wie ihn zu empfangen⁹⁶⁰. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen hielt fest: „Die politische Brisanz seiner Anwesenheit zum XI. Parteitag der SED war Arafat in vollem Maße bewusst. Das kam auch dabei zum Ausdruck, dass er auf eine Ansprache an den Parteitag verzichtete, ‚um die DDR nicht in politische Verlegenheit‘ zu bringen.“⁹⁶¹ Weiter hieß es: „Der Verlauf des Besuches bestätigte, dass Yasser Arafat [...] seinen Aufenthalt für die Verbesserung der seit der Unterzeichnung der ‚Amman-Vereinbarung‘ beeinträchtigten Beziehungen, insbesondere zur UdSSR, aber auch zu den anderen sozialistischen Staaten nutzen wollte. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung seiner Anwesenheit auf dem XI. Parteitag der SED als einen gewissen Neubeginn in den Beziehungen der PLO zur sozialistischen Gemeinschaft.“⁹⁶²

Am Rande des SED-Parteitages kam im April 1986 ein Treffen zwischen Jassir Arafat und Michail Gorbatschow, seit März 1985 der neue Generalsekretär der KPdSU, zustande, das Honecker auf ausdrücklichen Wunsch Arafats vermittelt

⁹⁵⁸ Vgl. Bruce St John, *Libya*, S. 136f.; Amerikanischer Angriff auf Libyen, in: *Der Tagespiegel*, 16. 04. 1986, S. 1. In einer Mitteilung des ZK-Sekretärs für Sicherheit, Egon Krenz, vom 14. 04. 1986 hieß es: „Der Botschafter der UdSSR in Libyen hat den Auftrag erhalten, unverzüglich Muammar Ghaddafi oder eine von ihm beauftragte Person aufzusuchen und im Auftrag der sowjetischen Führung Folgendes zu erklären: In Moskau ist bekannt geworden, dass die Amerikaner über Beweise für die Beteiligung Libyens an dem kürzlichen terroristischen Akt in West-Berlin verfügen. Sie sind u. a. im Besitz des Textes eines Telegramms, das unmittelbar nach der Explosion aus Tripolis an das libysche Volksbüro in Berlin gesandt wurde. Es besteht kein Zweifel daran, dass die amerikanische Seite in ihrer Hand befindliche diesbezügliche Fakten veröffentlichen wird, [...]. Und man muss offen sagen, dass die Weltöffentlichkeit diesmal kaum auf der Seite Libyens sein wird. [...] [d]ie UdSSR [wird] im Sicherheitsrat [der VN] ihr Vetorecht nicht anwenden können, falls dort die Frage der Beteiligung Libyens an terroristischen Akten gestellt wird“, so SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2. 039/294, Vermerk, 14. 04. 1986, Bl. 56.

⁹⁵⁹ Vgl. ADN: Weitere ausländische Gäste trafen zur Teilnahme am Parteitag ein, in: *ND*, 17. 04. 1986, S. 2.

⁹⁶⁰ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146.

⁹⁶¹ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23. 04. 1986, Bl. 56.

⁹⁶² So ebd.

haben soll⁹⁶³. Dieses Gespräch mit Gorbatschow sei, so Arafat, der „Ausgangspunkt der Überwindung der Probleme in den Beziehungen PLO-UdSSR“ gewesen, der Beginn einer „neuen Etappe des Kampfes um die Einheit der PLO“⁹⁶⁴. Die seit Februar 1985 von Moskau ausgesetzten Kontakte zur Palästinensischen Befreiungsorganisation wurden danach wiederaufgenommen und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO erklärte kurze Zeit später in einem Brief an Gorbatschow, dass die Vereinbarung mit König Hussain als „annulliert“ zu betrachten sei⁹⁶⁵. Gleichzeitig ließ Arafat die seit Herbst 1985 unterbrochenen Gespräche zwischen der Fatah, der palästinensischen KP und der DFLP unter sowjetischer Führung fortsetzen. Ein erstes Treffen der Gruppen fand noch im Mai 1986 in Moskau statt, ein zweiter Gipfel in Algier und ein dritter folgte im Juli in Prag, bevor die vierte und letzte Gesprächsrunde die „antiimperialistische“ Erneuerung der PLO im Kreml förmlich besiegelte. Arafat erklärte sich nun bereit, der DFLP und der PKP mehr Mitsprache im Exekutivkomitee einzuräumen⁹⁶⁶.

Der amerikanisch-libysche Konflikt im April 1986, der nach dem „La Belle“-Anschlag eskalierte, bildete den Hintergrund, vor dem Moskau seine offiziellen Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation wiederaufnahm. Das entscheidende Treffen zwischen Jassir Arafat und dem sowjetischen Parteichef, Michail Gorbatschow, fand am Rande des Parteitages der SED in Ost-Berlin, drei Tage nach den amerikanischen Vergeltungsangriffen auf Libyen und weniger als zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ statt. Erich Honeckers Ziele hatten sich erfüllt: Ohne dass die PLO zerfallen war und ohne dass es eine alternative PLO gab, endete im April 1986 die im Sommer 1982 begonnene antisyrische und projordanische, antisozialistisch/antisowjetische Politik der PLO/Fatah. Arafat hatte sein Schicksal selbstbestimmt gewählt und konnte, ohne seine Funktion als „Integrationsfigur“ des palästinensischen Widerstandskampfes verloren zu haben, von der SED diszipliniert werden.

Die DDR-Staatssicherheit verhinderte zwar die Anschlagplanungen der Gruppe „Orient“ gegen den syrischen Botschafter, unterließ es aber, die maßgeblichen Mitglieder von „Orient“ auszuweisen, und unterstützte Libyen, einen antiamerikanischen Anschlag in West-Berlin vorzubereiten. Nach einem damit provozierten Gegenangriff der Vereinigten Staaten auf ein „fortschrittliches“ arabisches Land konnte niemand in der PLO mehr ernsthaft Gespräche mit den USA oder

⁹⁶³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Schreiben der Botschaft Tunis an das ZK der SED, 04. 08. 1989, Bl. 221; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 04. 1986, Bl. 44. Vgl. auch Dannreuther, *Soviet Union*, S. 147f.; Con Coughlin: *Moscow to Back Arafat*, in: *The Daily Telegraph*, 08. 05. 1986, S. 6.

⁹⁶⁴ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146. Der „Militärattaché“ der PLO erklärte Ende April 1986 dem MfNV: „Genosse Arafat hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin mit Genossen Gorbatschow getroffen. Er hoffe, dass dadurch die Beziehungen der PLO zur SU verbessert würden, denn diese waren in letzter Zeit nicht klar“, so BArch, VA-01/42409, Vermerk, 25. 04. 1986, Bl. 98. Vgl. auch Habib, *Hussein*, S. 51; Kapeliouk, *Arafat*, S. 243; *Rencontre entre M. Arafat et M. Gorbatchev à Berlin-Est*, in: *Le Monde*, 22. 04. 1986, S. 6.

⁹⁶⁵ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23. 06. 1986, Bl. 95.

⁹⁶⁶ Vgl. Dannreuther, *Soviet Union*, S. 147–152; SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146.

ihren arabischen Verbündeten befürworten oder dies in absehbarer Zukunft erneut tun. Eine libysch-amerikanische Konfrontation nützte, die jordanische Option der Fatah zu Fall zu bringen, weil man der Fatah ihren Weg Richtung USA durch ihre eigenen, vermeintlichen Verbündeten abschnitt, aber Arafat zugleich die Möglichkeit verschaffte, anscheinend wie selbstverständlich die Partnerschaft mit der UdSSR – dem natürlichen Verbündeten der PLO im Kampf gegen die aggressive amerikanisch-israelisch-jordanische Allianz – zelebrieren zu können⁹⁶⁷. Und ein amerikanischer Gegenschlag auf Libyen galt nach der seit Wochen in Berlin geplanten Tat sowie vor dem Hintergrund der militärischen Konfrontation in der Bucht von Syrte als sicher. Das MfS wusste spätestens seit dem 27. März 1986, dass die Vereinigten Staaten das Libysche Volksbüro als Drahtzieher eines bevorstehenden Gewaltaktes verdächtigten, und darüber hinaus, dass Libyen diese Pläne tatsächlich in dieser Form verfolgte.

Obwohl das SED-Regime maßgeblich dazu beigetragen hatte, einen amerikanischen Vergeltungsangriff auf Libyen zu provozieren, und im Anschluss Honecker während des XI. Parteitages die sowjetisch-palästinensische Versöhnung auf den Weg brachte, wurde die DDR nicht in die anschließenden Verhandlungen zwischen der Fatah, der DFLP und der PKP einbezogen. Erst im Oktober 1986 sollte ein Treffen der Fatah und der beiden „antiimperialistischen“ Gruppen der PLO in Ost-Berlin stattfinden⁹⁶⁸. Ein Vermerk des MfS bestätigt, dass sich vom 15. bis zum 20. Oktober Delegierte der drei palästinensischen Organisationen in der DDR aufhielten⁹⁶⁹. In einer auf den 10. Oktober datierten Hausmitteilung der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen an Erich Honecker heißt es, die palästinensische Seite habe um die Möglichkeit gebeten, „während ihres Aufenthaltes Gespräche mit Vertretern des ZK der SED sowie des Außenministeriums der DDR“ führen zu können⁹⁷⁰. Die Worte „sowie des Außenministeriums der DDR“ strich Hermann Axen am 13. Oktober handschriftlich durch und schrieb auf diese Mitteilung an Honecker: „Ja; – streng vertraulich halten, nur Gespräche mit Abteilung IV [ZK-Internationale Verbindungen], nicht MfAA, Axen 13/10 [13. Oktober 1986].“⁹⁷¹ Nachdem bereits im Sommer 1986 Ergebnisse der innerpalästinensischen Verhandlungen zwischen der Fatah, der DFLP und der PKP erreicht worden waren, besaß der Termin im Oktober in der DDR rein symbolische Bedeutung. Er wurde weder breit propagandistisch herausgestellt noch begleitete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Gespräch fachlich.

„Die internationale Hauptfrage“, so betonte Erich Honecker gegenüber Jassir Arafat am Rande des XI. Parteitages der SED am 19. April 1986, „bleibt die Bewahrung des Weltfriedens. Wenn es nicht gelingt, eine nukleare Katastrophe zu

⁹⁶⁷ Meining, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 435, stellt diesbezüglich lediglich fest, in den Akten habe sich keine Antwort finden lassen, weshalb Honecker sich für Libyen entschieden habe.

⁹⁶⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 10. 10. 1986, Bl. 168; BStU, MfS, HA XXII, 489/13, Stellungnahme, 20. 10. 1986, Bl. 33.

⁹⁶⁹ Vgl. ebd.

⁹⁷⁰ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 10. 10. 1986, Bl. 168.

⁹⁷¹ Vgl. ebd.

verhindern, wird [...] die Menschheit und damit vielleicht die einzige Zivilisation in den kosmischen Weiten der Galaxis ausgelöscht. Jeder freiheits- und friedliebende Mensch ist über den aggressiven Akt der USA gegenüber Libyen empört. [...] Die SED ist bisher ein treuer Freund des palästinensischen Volkes in seinem Kampf gewesen und wird es auch künftig sein. Die SED wünscht nichts sehnlicher als die Einheit der PLO mit klaren antiimperialistischem Kurs.⁹⁷² Die von Honecker Arafat gegenüber während ihres kurzen Gesprächs im April 1986 herausgestellte „Friedensliebe“ der DDR widerspricht allein der vonseiten der DDR-Staatssicherheit kontrollierte und beauftragte Einsatz des IM „Alba“ im März und April 1986. Die spätere Versöhnung Arafats mit dem Kreml im Mai 1986 war keine Koinzidenz, sondern das Ergebnis vorangegangener vom MfS unterstützter terroristischer Gewalt gegen die Vereinigten Staaten.

Dass sich Arafat in Moskau politisch rehabilitieren konnte, bedeutete nicht, dass sich die Meinung der SED über ihn oder die Fatah veränderte. Das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und der PLO/Fatah blieb distanziert und konfliktbehaftet. Die DDR war nicht an der konkreten politischen Umgestaltung und „antiimperialistischen“ Neuausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation beteiligt, die Moskau ab April 1986 verantwortete. Stattdessen hielt das SED-Regime Arafats Politik nach wie vor für falsch und gefährlich. Die mächtigste Gruppe der PLO, die Fatah, galt noch immer eindeutig als diejenige Organisation der Palästinenser, die mit den „reaktionären“ arabischen Staaten kollaborierte und ein verdeckt arbeitender Teil der sunnitisch-extremistischen antikommunistischen Muslimbruderschaft war. Im April 1986 bekräftigte die Abteilung XXII der Staatssicherheit in einem „Sachstandsbericht zur Moslembroderschaft“ alle bekannten Informationen: „Die Organisation der Moslembroderschaft ist eine ultra-orthodoxe Vereinigung und Sammelbecken verschiedener religiös-fanatischer und extremistisch-terroristischer Organisationen und Gruppen. [...] Zu einer besonders gefährlichen und fanatischen Terrororganisation entwickelte sich der syrische Zweig der Moslembroderschaft. Hier wird versucht, mit Mitteln des Terrors die progressive Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. [...] Es wurde weiter bekannt, dass unter dem Deckmantel der ‚Al-Fatah‘ ebenfalls Gruppierungen der Moslembroder wirken.“⁹⁷³

Assad zählte zu den politischen Gewinnern der seit 1982 andauernden Auseinandersetzung mit Arafat und der PLO im Libanon. Der syrische Präsident hatte sich der Sowjetunion gegenüber behauptet, Arafats Kämpfer geschwächt und parallel das schiitische Bündnis mit dem Iran im Libanon konsolidiert. Islamistische Gruppen wie Amal und Hizballah gehörten dort ab Mitte der 1980er Jahre zu den wichtigsten innenpolitischen Akteuren⁹⁷⁴. Während der Kreml die säkulare PLO unter Arafat auf „antiimperialistischen“ Kurs zurückdrängte und sich bemühte, Assads Hass auf Arafat zu kanalisieren, vergrößerte Damaskus seinen Einfluss auf die islamistische Dominanz der Schiiten im Libanon. Damit festigte Assad nicht

⁹⁷² So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 04. 1986, Bl. 45f.

⁹⁷³ So BStU, MfS, HA XXII, 16767, Bericht, 07. 04. 1986, Bl. 1, 8.

⁹⁷⁴ Vgl. Nir, Berri, S. 25–84; Goodarzi, Syria and Iran, S. 131–135; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 95–153.

allein die Kontrolle über die Innenpolitik des Libanon, sondern er profilierte sich auch auf Kosten der von Moskau favorisierten säkularen Fatah-Opposition. Dieser Zugewinn an Macht Assads bedeutete zweierlei: dass Syrien ein zentraler Akteur blieb, ohne den eine Regelung des Nahostkonfliktes unmöglich war, und dass Assad eine wirkungsvolle schiitisch-islamistische Opposition zur PLO/Fatah aufbaute⁹⁷⁵. Yezid Sayigh betont mit Blick auf die antipalästinensischen Angriffe im Libanon aber dennoch zu Recht: „The Palestinian opposition [gemeint sind vor allem PKP, PFLP und DFLP] was irretrievably split. Its principal members had been faced with an impossible choice over the preceding two years [1984/85–1986/87]. To accept the Syrian-backed war on the refugee camps was morally repugnant and politically suicidal among the wider Palestinian constituency, but to diverge from Syrian policy and confront the onslaught lent credence to the anti-Syrian stance of Arafat and, by extension, to his wider diplomatic strategy. The PLO chairman understood this dilemma perfectly, and kept the camps war active or even escalated it at times [...] with the single-minded purpose of driving the opposition from the middle ground in which it sought political safety.“⁹⁷⁶

Während des Sommers 1986, als die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon erneut das Ziel von Angriffen der von Syrien kontrollierten Arafat-Gegner, vor allem der schiitischen Amal-Miliz wurde, und die PLO – sogar Arafat persönlich – Honecker mehrfach darum bat, politisch zu intervenieren und Waffen zur Verteidigung bereitzustellen, beschränkte sich die SED auf die bekannte Erklärung, dass man sich mit Syrien regelmäßig über relevante Fragen austausche, und verweigerte „nichtzivile“ Hilfsleistungen⁹⁷⁷. Hermann Axen begründete dies im

⁹⁷⁵ Vgl. ebd.; Sayigh, *Struggle*, S. 574–596; Goodarzi, *Syria and Iran*, S. 135–155.

⁹⁷⁶ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 596f.

⁹⁷⁷ Zur Lage im Libanon vgl. ebd., S. 590–596; Nir, Berri, S. 64–66; Freedman, *Moscow*, S. 262. Zur Reaktion der DDR vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, Zusatzbericht, o. D., ca. Juni 1986, Bl. 111. Ende Oktober 1986 genehmigte Honecker die Lieferung von 8000 Maschinenpistolen ohne Munition an die PLO – die einzige offizielle Waffenlieferung für Jassir Arafat, nachdem der palästinensische „Militärattaché“ seit dem Sommer 1986 Maschinengewehre, Granaten, Granatwerfer, Panzerfäuste, großkalibrige Waffen u. Munition angefordert hatte. Syrien bezog hingegen Rüstungsgüter im Wert von mind. 50 Mio. US-Dollar gemäß der gültigen Verträge, vgl. BArch, DVW 1/115510, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 30.10.1986, Bl. 348; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 13.11.1986, Bl. 86, 90; BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25.09.1984. Zwischen Juni u. August 1986 erklärten Jassir Arafat, Faruq al Qaddumi, Mahmud Abbas u. der „Militärattaché“ der PLO in Ost-Berlin, schiitische Milizen u. Syrien seien dazu übergegangen, die palästinensischen Flüchtlingslager anzugreifen; Arafat betonte explizit, er bitte deshalb um Waffen u. richte „die dringende Bitte um politische Unterstützung, angesichts der gefährlichen Situation, die um die palästinensischen Lager im Libanon entstanden ist“, an Erich Honecker, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 17.06.1986, Bl. 87f.; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19.06.1986, Bl. 91–93; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23.06.1986, Bl. 96; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 02.08.1986, Bl. 115–120; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 31.07.1986, Bl. 95. Arafat reiste im August 1986 kurzfristig zu einer „medizinischen Behandlung“ in die DDR, ein Treffen mit Honecker kam nicht zustande, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 18.08.1986, Bl. 145; SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20.08.1986, Bl. 146.

Juni 1986 in einer Vorlage für Honecker mit dem Satz: „Angesichts der äußerst verworrenen politischen und militärischen Lage im Libanon halten wir [die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen] es gegenwärtig für nicht ratsam, Lieferungen vorzunehmen, die von der PLO im Libanon eingesetzt werden [könnten].“⁹⁷⁸ Der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlas sagte Ende September 1986 in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“, für den „Schurken“ Arafat sei der „Rückweg nach Syrien verbaut“⁹⁷⁹. Arafat habe, so Tlas, gehofft, „mit Hussains Hilfe [dem König von Jordanien] seinem Götzen Amerika näherzukommen. Deswegen wollte er sein mieses Blatt Hussain übergeben, der sollte für ihn mit Washington pokern. Aber Hussain weiß, dass es in Amerika nichts zu gewinnen gibt. Hätte er Arafats Spiel gespielt, wäre vielleicht ein Separatfrieden à la Sadat herausgekommen. Doch den hätte der König teuer bezahlen müssen. [...] [Arafat] hat keine Trümpfe mehr in der Hand, er hat ausgespielt. Der ist doch amerikanischer als die Amerikaner.“⁹⁸⁰ Auf die Frage: „Wie soll es weitergehen im Libanon? Arafat brüstet sich damit, dass seine Kämpfer längst in den Libanon zurückgekehrt seien“, antwortete Tlas: „Es gibt keine Arafat-Truppen im Libanon, nur ein paar von Arafat bezahlte Killer. Die stachelt er auf Anweisung seiner CIA-Auftraggeber gegen die schiitischen Amal-Milizen auf.“⁹⁸¹

Auch wenn Syrien 1986 noch immer forderte, Arafat an der Spitze der PLO abzulösen und die Assad-loyalen Verbände unter Führung der schiitisch-islamistischen Amal im Libanon ihre Angriff auf die Palästinenser fortzusetzen, hielt Erich Honecker politisch an Damaskus fest und unterstützte Syrien, während Arafat keine oder nur sehr beschränkte Hilfe gewährt wurde⁹⁸². Die DDR unternahm nichts gegen Assads Vorgehen, denn der SED-Staat wollte weiterhin den „reaktionären“ Einfluss der Fatah auf die PLO bekämpfen. Honecker setzte dabei nicht vordergründig auf eine innerpalästinensische Opposition oder den Dialog mit der linken Fatah, sondern nach wie vor auf das Vorgehen Syriens – mit der Konsequenz, dass die DDR auch die von Assad geförderten schiitischen Islamisten im Libanon unterstützte⁹⁸³. Der Leiter der Politischen Abteilung der PLO, Qaddumi,

⁹⁷⁸ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 17. 06. 1986, Bl. 87.

⁹⁷⁹ So Interview mit dem syrischen Verteidigungsminister, in: Der Spiegel, 39/1986, S. 166.

⁹⁸⁰ So ebd.

⁹⁸¹ So ebd., S. 163, 166.

⁹⁸² Vgl. u. a. BArch, DL 2/17338, Teil 4, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, 25. 09. 1986. Die UdSSR ging mit Syrien zwischen 1985 u. 1988 Rüstungsverträge ein, die sich insgesamt auf einen Gegenwert von rd. 8 Mrd. US-Dollar belaufen haben sollen, vgl. Grimmett, *Conventional Arms Transfers*, S. 64.

⁹⁸³ Die Konsequenzen dieser Politik waren dem MfAA bewusst. Zudem fanden 1985/86 mehrere Treffen zwischen DDR-Diplomaten der Botschaft in Beirut u. dem Anführer der Amal, Nabih Birri, statt. Die Diplomaten thematisierten eine ostdeutsche Unterstützung Birris, ergriffen aber nicht Partei zugunsten der Palästinenser. Vgl. die Berichte, in denen nicht nur die Lage im Libanon detailliert geschildert, sondern auch zutreffend analysiert wurde, in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87 u. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2121/87.

forderte die SED im Sommer 1986 aber nicht nur nachdrücklich auf, den „Vormarsch Syriens gegen die Palästinenserlager im Libanon zu stoppen“, sondern begründete Assads „Hass“ auf Arafat mit der Feindschaft des schiitischen Regimes in Damaskus gegen die Sunniten, wie etwa die Fatah. Im Bericht der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen über das Gespräch mit Qaddumi heißt es: „Zum militärischen Vorgehen Syriens gegen die palästinensischen Lager in Libanon erklärte Qaddumi, die Engstirnigkeit der syrischen Politik diene den Interessen der USA und Israels. [...] Das syrische Regime unternimmt mithilfe schiitischer Amal-Milizen und eigener Artillerie Überfälle auf die palästinensischen Lager. Die Bewohner der Lager setzen jedoch den bewaffneten Widerstand fort und verhindern das Eindringen anderer Kräfte. [...] Leider sei sich der syrische Präsident Assad der Umstände der gegenwärtigen Schlachten nicht bewusst. Sein Blick sei von Hass gegen die PLO getrübt. Er fürchtet die PLO, die starke Sympathien im syrischen Volk genieße [gemeint waren die sunnitischen Bevölkerungsteile]. Deshalb sei es schwer, ihn in dieser Frage zu beeinflussen.“⁹⁸⁴

Die DDR nahm 1986 aber nicht nur indirekt Partei für die schiitischen Islamisten der Amal und ihre antipalästinensischen Angriffe im Libanon, weil Honecker weiterhin auf der syrischen Seite stand. Auch die US-Interessen der DDR kamen ab Frühjahr 1986 als Faktor hinzu, der die ostdeutsche PLO-Politik zuungunsten Arafats veränderte. Die amerikanische Regierung lastete dem SED-Regime große Schuld am Anschlag vom 5. April an und Ost-Berlin war bemüht, die in dessen Nachgang zerrütteten bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu verbessern. Die gegenüber dem Judentum und der Jüdischen Gemeinde veränderte Haltung der DDR war dabei ab 1986 das zentrale Element von Honeckers US-Politik.

⁹⁸⁴ So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 06. 1986, Bl. 91, 93. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 26. 06. 1986, Bl. 91–93; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Zusatzbericht, o. D., ca. Juni 1986, Bl. 110.